



**EUROPÄISCHE KOMMISSION**

**KOLUMBIEN**

**LÄNDERSTRATEGIEPAPIER**

**2007-2013**

**28.03.2007 (E/2007/484)**

# INHALTSVERZEICHNIS

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

0.	KURZER ÜBERBLICK .....	6
1.	ZIELE DER ZUSAMMENARBEIT DER EU .....	8
1.1.	Ziele der außenpolitischen Zusammenarbeit der EU .....	8
1.2.	Gemeinsame Erklärung „Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“ (2005) .....	8
1.3.	Mitteilung der Europäischen Kommission „Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika“ (2005) 9	
2.	ZUSAMMENFASSUNG DES POLITISCHEN UND ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN PROGRAMMS DER REGIERUNG KOLUMBIENS.....	9
2.1.	Programm der Regierung .....	9
3.	BEWERTUNG DER POLITISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN, SOZIALEN UND UMWELTRELEVANTEN LAGE KOLUMBIENS .....	11
3.1.	Politische Situation.....	11
3.2.	Menschenrechtssituation und humanitäre Lage .....	13
3.3.	Wirtschaftliche und soziale Situation.....	15
3.4.	Umweltsituation .....	18
4.	ÜBERBLICK ÜBER DIE DERZEITIGE UND DIE FRÜHERE ZUSAMMENARBEIT DER GEMEINSCHAFT, KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ .....	19
4.1.	Überblick über die derzeitige und frühere Zusammenarbeit der Gemeinschaft.....	19
4.1.1.	Zusammenarbeit EG-Kolumbien bis 2001 .....	19
4.1.2.	2001-2006.....	19
4.1.3.	Lehren und Erfahrungen.....	20
4.2.	Informationen zu den Kooperationsprogrammen der EU- Mitgliedstaaten und anderer Geber, Kohärenz und Komplementarität.....	22
4.2.1.	Kooperationsprogramme der Mitgliedstaaten .....	23
4.2.2.	Andere bilaterale Geber.....	23
4.2.3.	Multilaterale Zusammenarbeit.....	24
4.3.	Analyse der Kohärenz mit den anderen EU-Politiken .....	24
4.3.1.	Humanitäre Hilfe und Soforthilfe.....	24
4.3.2.	Marktzugang.....	24

4.3.3.	Umweltschutz und biologische Vielfalt .....	26
4.3.4.	Justiz, Freiheit und Sicherheit (JLS) .....	26
4.3.5.	Wissensgesellschaft.....	27
4.3.6.	Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit.....	28
5.	AKTIONSSTRATEGIE DER EU .....	28
6.	NRP: PROGRAMMPLANUNG DER PROGRAMMIERBAREN HILFE DER EU ZUGUNSTEN KOLUMBIENS.....	33
6.1.	Frieden und Stabilität einschließlich alternativer Entwicklungsformen: 70 % des NRP.....	33
6.2.	Rechtsstaatlichkeit, Justizwesen und Menschenrechte: 20 % des NRP.....	35
6.3.	Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Handel: 10 % des NRP.....	37
6.4.	Zeitplan für die Durchführung.....	38

## ANHÄNGE

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ABI.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ACCI	Agencia colombiana de cooperación internacional (Kolumbianisches Amt für internationale Zusammenarbeit, alte Bezeichnung für das Präsidialamt für Sozialmaßnahmen und internationale Zusammenarbeit, jetzt unter der Amtsbezeichnung « Acción Social »)
ALA	Asien-Lateinamerika
ALBAN	Stipendienprogramm der Europäischen Union für höhere Studien- und Ausbildungsgänge in Lateinamerika
ALC	Lateinamerikanische und karibische Staaten
ALFA	Programm EU-LA : Akademische Ausbildung – Lateinamerika
ALINVEST	Programm EU-LA für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen der EU und Lateinamerikas
ALURE	Energieprogramm zwischen der EU und Lateinamerika
APS	System der allgemeinen Zollpräferenzen
APS+	Auf die Andenstaaten und bestimmte andere Regionen der Welt ab 1. Juli 2005 angewandtes APS, das an die Stelle von APS „Drogen“ getreten ist.
AUC	Autodefensas Unidas de Colombia (Organisation paramilitärischer Gruppen in Kolumbien)
BID / IADB	Interamerikanische Entwicklungsbank
CAD	Entwicklungshilfeausschuss der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
CAF	Corporación Andina de Fomento (multilaterale Finanzinstitution zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung ihrer Mitgliedstaaten und der andinen Regionalintegration)
CAN	Andengemeinschaft: Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru, + SIA
DIPECHO	ECHO-Programm zum Schutz vor Katastrophen, zur Linderung ihrer Folgen und zur Vorbereitung auf Katastrophen
ECHO	Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Gemeinschaft, Generaldirektion der Europäischen Kommission
EG	Europäische Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
ELN	Ejercito de Liberación Nacional (Guerillagruppe in Kolumbien)
EU	Europäische Union
EUROsozial	Regionalprogramm EU-LA für den sozialen Zusammenhalt in Lateinamerika
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

FARC – EP	Bewaffnete Revolutionskräfte von Kolumbien – Volksarmee
FMI / IMF	Internationaler Währungsfonds
FTE	Forschung und technologische Entwicklung
G 24	Gruppierung von 24 Ländern als informelle Gruppe zur Unterstützung der Regierung von Kolumbien bei der Durchführung der in der Erklärung von London vom 10. Juli 2003 aufgeführten Grundsätze und Herausforderungen
GD	Generaldirektion
HCDHNU/ UNHCR	Amt des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge
IDH / HDI	Index für den Stand menschlicher Entwicklung (UNDP)
IED	Ausländische Direktinvestitionen
JLS	Justiz, Freiheit und Sicherheit
LA	Lateinamerika
LAC	Lateinamerika und Karibik
@LIS	Programm EU-LA : Allianz für die Informationsgesellschaft EU-Lateinamerika
LSP	Länderstrategiepapier
NRO	Nichtregierungsorganisationen
OEA / OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
RPFTE	Gemeinschaftliches Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung
SIA	Andines Integrationssystem (umfasst alle andinen Regionalinstitutionen)
SINAS	Sistema nacional ambiental (nationales Umweltschutzsystem)
SPS	Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNICEF	Welt-Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNODC	Amt für Drogen- und Kriminalitätsbekämpfung der Vereinten Nationen
URBAL	Programm EU-LA zur Förderung des Erfahrungsaustauschs zwischen lokalen Gemeinschaften Europas und Lateinamerikas
USAID	Amt der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung
USD	US-Dollar
WB	Weltbank
WZO	Weltzollorganisation

## 0. KURZER ÜBERBLICK

Kolumbien ist ein Land mit 43 Millionen Einwohnern, das seit über 40 Jahren unter einem bewaffneten internen Konflikt leidet. Guerillas, Regierungstruppen und paramilitärische Kräfte stehen sich feindselig gegenüber. Die kolumbianische Regierung versucht, die staatliche Autorität durch eine ständige Präsenz der regulären Streitkräfte auf dem gesamten Staatsgebiet wiederherzustellen.

Infolge des Konflikts gibt es derzeit zwischen 1,5 und 3 Millionen Binnenvertriebene und etwa 3000 Geiseln. Ferner ist Kolumbien der weltweit größte Kokainherzeuger. Die sich daraus speisende Parallelwirtschaft ist zugleich Ursache wie auch Folge des Konflikts.

Die EU hat seit 2001 und schon mehrfach im Rahmen der Gruppe zur Unterstützung der Regierung Kolumbiens (G 24) verpflichtet, alle ihre Kooperationsbemühungen auf die Herbeiführung des Friedens auszurichten. Sie beabsichtigt diesen Weg weiterzuverfolgen und setzt dabei auf eine flexible Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse.

Die gesamte Strategie der EU für Kolumbien beruht auf folgender Analyse: Zur Förderung des Friedens in Kolumbien gibt es keine einzige und alleinige Lösung; vielmehr sind die verschiedenen Konfliktkomponenten gleichzeitig in Angriff zu nehmen, auch wenn man sich klar machen muss, dass die verschiedenen Aktionen mitunter erst zu unterschiedlichen Zeitpunkten Wirkung zeigen werden.

Um kurzfristig eine Wirkung in dem Konflikt in Kolumbien zu erzielen, leistet die EU zuallererst den Opfern Hilfe; um mittelfristig eine Wirkung bei der Lösung des Konflikts zu erzielen, bemüht sich die EU um eine Förderung des Friedens auf der lokalen und der nationalen Ebene; um schließlich langfristig eine Wirkung für eine dauerhafte Lösung des Konflikts in Kolumbien zu erzielen, will die EU die Entwicklung für alle Betroffenen fördern und die Ursachen des bewaffneten Konflikts damit an der Wurzel packen.

Die Strategie der EU für Kolumbien stützt sich zugleich auf die drei folgenden Maßnahmen:

1. den Dialog auf bilateraler, subregionaler andinischer sowie auf regionaler lateinamerikanischer Ebene; die Teilnahme der EU an den multilateralen Fachgremien zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien (G 24, UNO) ;
2. die Handelspolitik der EU, mit der der Zugang der Erzeugnisse aus den Entwicklungsländern zum Markt der Gemeinschaft gefördert wird;
3. Die Finanzhilfe zu Lasten des Haushaltskapitels "Außenbeziehungen" des Haushaltsplans der Gemeinschaften, einschließlich der programmierbaren bilateralen Zusammenarbeit mit Kolumbien, der Andengemeinschaft und Lateinamerika ebenso wie humanitäre Hilfe, Stabilitäts- und Menschenrechtsinstrumente und einige der thematischen Programme: Umwelt; Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden, In die Menschen investieren, Migration, Sicherung der Lebensmittelversorgung.
4. die Außenaspekte der internen Politiken der EU.

Der im Haushaltsplan der Gemeinschaft für 2007 bis 2013 vorgesehene programmierbare Teil der Hilfe für Drittländer ist eines der Instrumente zur Unterstützung der Aktionsstrategie der EU gegenüber den Herausforderungen Kolumbiens. Das Finanzinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit hat eine Zuteilung in Höhe

von 160 Mio Euro während der Periode 2007 - 2013 vorgesehen. Diese Hilfe konzentriert sich auf folgende Fördersektoren:

1. Frieden und Stabilität einschließlich alternativer Entwicklungsformen;
2. Rechtsstaatlichkeit, Justizwesen und Menschenrechte;
3. Wettbewerbsfähigkeit und Handel.

## **1. ZIELE DER ZUSAMMENARBEIT DER EU**

### **1.1. Ziele der außenpolitischen Zusammenarbeit der EU**

Gemäß Artikel 177 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft fördert die Politik der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, die harmonische, schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft und die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern. Die Politik der Gemeinschaft in diesem Bereich muss dazu beitragen, das allgemeine Ziel einer Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verfolgen. Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mit Kolumbien sind geregelt in der EU-Verordnung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat, Nr.1905/2006 (18. Dezember 2006) "Einführung eines Finanzinstrumentes für Entwicklungszusammenarbeit".

Die EU strukturiert ihre Beziehungen mit Kolumbien nach dem 1993 unterzeichneten und 1998 in Kraft getretenen Rahmenabkommen zur Festlegung der Zusammenarbeit zwischen der EU und den Staaten der Andengemeinschaft. Der politische Dialog stützt sich auf die 1996 unterzeichnete Erklärung von Rom. Die politischen Beziehungen wurden dank der Unterzeichnung des Abkommens über den politischen Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Andengemeinschaft im Dezember 2003 verstärkt und institutionalisiert. Nach seiner Ratifizierung wird das Abkommen die Erklärung von Rom und das Rahmenabkommen ersetzen. Dieses neue Abkommen über den politischen Dialog und die Zusammenarbeit erweitert die Tragweite des politischen Dialogs zwischen den beiden Regionen und umfasst jetzt auch Bereiche wie die Konfliktverhütung, verantwortungsvolle Regierungsführung, Migrationsströme und Terrorismusbekämpfung. Das von der EU und der Andengemeinschaft seit 2004 (Gipfeltreffen EU-ALC von Guadalajara) proklamierte gemeinsame strategische Ziel ist der Abschluss eines Assoziationsabkommens unter Einbeziehung einer Freihandelszone zwischen beiden Regionen.

### **1.2. Gemeinsame Erklärung „Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“ (2005)**

Die Strategie der EU für ihre Beziehungen mit Kolumbien im Zeitraum 2007-2013 ist im Zusammenhang mit dem vom Europäischen Parlament, dem Ministerrat und der Kommission am 20. Dezember 2005 verabschiedeten „Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik“<sup>1</sup> zu sehen. So konzentriert sich diese Erklärung hauptsächlich auf die Armutsbekämpfung im Zusammenhang mit der nachhaltigen Entwicklung und den Millenniumszielen. Sie unterstreicht die Bedeutung der Partnerschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern und der Förderung der verantwortungsvollen Regierungsführung, der Menschenrechte und der Demokratie im Hinblick auf eine gerechtere Gestaltung der Auswirkungen der Globalisierung. Die Erklärung sieht je nach Zusammenhang und Bedarf ein differenziertes Konzept sowie den Vorschlag eines

---

<sup>1</sup> Der Wortlaut des „Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik“ ist auf der Website der Generaldirektion Entwicklung der Europäischen Kommission veröffentlicht:  
[http://europa.eu.int/comm/development/body/development\\_policy\\_statement/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/development/body/development_policy_statement/index_en.htm)

gemeinsamen thematischen Rahmens vor, der aus dem Prioritätenkatalog für die Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft u.a. den sozialen Zusammenhalt und die Beschäftigungsförderung wie auch den Handel und die Regionalintegration umfasst.

In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, dass die Erklärung ein spezielles Kapitel über die Notwendigkeit enthält, Querschnittsthemen bei der Durchführung der Entwicklungspolitik zu berücksichtigen: Förderung der Menschenrechte, Gleichstellung von Frauen und Männern, Demokratie, verantwortungsvolle Regierungsführung, Rechte des Kindes, Rechte der indigenen Bevölkerungsgruppen, Konfliktverhütung, dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung, Bekämpfung von HIV/Aids. Diese Querschnittsthemen sind zugleich eigenständige Zielsetzungen und unverzichtbare Faktoren zur Stärkung der Wirkung und Nachhaltigkeit der Zusammenarbeit.

### **1.3. Mitteilung der Europäischen Kommission „Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika“ (2005)**

Am 8. Dezember 2005 verabschiedete die Europäische Kommission eine Mitteilung über die erneuerte Strategie zur Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika<sup>2</sup>. Angesichts des bevorstehenden Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Lateinamerikas und des karibischen Raums, das im Mai 2006 in Wien stattfand, analysiert die Kommission die bestehenden Herausforderungen und gibt konkrete Empfehlungen, wie dieser Partnerschaft neue Schwungkraft zu geben ist. So schlägt sie insbesondere vor, den politischen Dialog zwischen den beiden Regionen zu vertiefen, Anreize für den Wirtschafts- und Handelsverkehr zu bieten, die Regionalintegration und die Bekämpfung des Regionalgefälles zu fördern und die eigene Politik der Zusammenarbeit und der Hilfe für eine nachhaltige Entwicklung besser an die realen Verhältnisse in Lateinamerika anzupassen.

## **2. ZUSAMMENFASSUNG DES POLITISCHEN UND ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN PROGRAMMS DER REGIERUNG KOLUMBIENS.**

Kolumbien ist ein Land, das gewissermaßen seit Erlangung seiner Unabhängigkeit internen Konflikten ausgesetzt ist. Im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg nahmen diese ideologische Dimensionen an, die die internationale Gemeinschaft zum Anlass genommen hat, das Zutagetreten „des kolumbianischen Konflikts“ auf die 60er Jahre zu datieren. Die staatlichen Institutionen blieben dennoch immer funktionstüchtig, so dass die demokratisch gewählten Regierungen stets das politische Programm durchführen konnten, für das sie gewählt wurden.

### **2.1. Programm der Regierung**

Das Programm der Regierung setzt nach der Wiederwahl von Präsident Uribe im Mai 2006, der sich nach den Wahlen vom März 2006 außerdem auf eine komfortable

---

<sup>2</sup> Die Mitteilung ist auf der Website der Generaldirektion Außenbeziehungen der Europäischen Kommission veröffentlicht:

[http://www.europa.eu.int/comm/external\\_relations/la/news/ip05\\_1555.htm#text](http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/la/news/ip05_1555.htm#text)

Mehrheit im Kongress stützen kann, auf eine gewisse Kontinuität. Die von 2002 bis 2006 eingeschlagene Politik der „Sicherheit durch demokratische Grundordnung“ wird in großen Zügen auch von 2006 bis 2010 mit der Zielsetzung weitergeführt, der Gewalt ein Ende zu setzen und die Regierbarkeit des Staates auf seinem gesamten Hoheitsgebiet wiederherstellen zu können. Während der 1. Amtszeit vom Präsident Uribe wurden im Wege von Gesetzesänderungen im Grundgesetz und in anderen Gesetzen strukturelle Reformen am Rechts-, Politik-, Wirtschafts- und Sozialsystem vorgenommen.

Im Rahmen des nationalen Entwicklungsplans von Präsident Uribe (2002–2006), der die Bezeichnung „*Hacia un Estado Comunitario*“ (Auf dem Weg zu einem gemeinschaftlichen Staat) trägt, bemühte sich die Regierung um die Umsetzung folgender staatlicher Grundsätze: „ein partizipativer Staat, der die Bürgerschaft bei der Verwirklichung der sozialen Ziele einbezieht; ein hinsichtlich seiner Bewirtschaftung und Verwaltung ordnungsgemäß geführter Staat, der die öffentlichen Ressourcen im Sinne von Effizienz und wirtschaftlicher Strenge investiert; und ein dezentralisierter Staat, der der regionalen Autonomie unter Gewährleistung von Transparenz eine Vorrangstellung einräumt“.

Im August 2005 veröffentlichte das für den Entwicklungsplan zuständige Ministerium ein Dokument mit dem Titel „*Visión Colombia II Centenario: 2019*“ (Perspektiven für die Zweihundertjahrfeier von Kolumbien: 2019), das einen ehrgeizigen Vorschlag zu der Zukunftsgestaltung Kolumbiens für die nächsten 14 Jahre darstellt. Der darin entwickelte Zukunftsentwurf berücksichtigt den demografischen Wandel (Bevölkerungszuwachs von 10 Millionen Einwohnern bis 2019), die Alterung der Gesellschaft und die Verstädterung.

Die Strategie verlangt die Verwirklichung von 4 Zielen: eine Wirtschaft, die mehr Wohlstand gewährleistet (die kolumbianische Wirtschaft hat sich dank gesteigener Ausfuhren, die jetzt 25% des BIP ausmachen, vom Volumen her mehr als verdoppelt); eine unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit ausgewogenere und geeintere Gesellschaft (die Armutsrate ist von 45 auf 15% gesunken); eine Gesellschaft freier und verantwortungsbewusster Bürger (die Gewaltquote ist jetzt auf dem gleichen Niveau wie in den entwickelten Ländern, die illegale Drogenherstellung ist ausgemerzt, der Rückstau unerledigter Rechtsfälle im Justizwesen ist von 62,6% auf 32,5% gesunken); ein effizienter Staat im Dienste seiner Bürger (Konsolidierung des ergebnisorientierten Staates, in dem alle territorialen Einheiten finanziell lebensfähig sind).

Das Dokument weist darauf hin, dass Kolumbien mit dieser Strategie in 14 Jahren unter Umständen eine Hauptrolle in den jeweiligen Gruppen und Blöcken der Länder der Region und des Kontinents spielen kann, indem es die Vorteile seiner vorteilhaften geografischen Lage nutzt.

Die Rede, die Präsident Uribe am 7. August 2006 aus Anlass der Einführung in seine zweite Amtszeit hielt, bestätigte diese Orientierungen<sup>3</sup> und garantiert damit gewissermaßen Kontinuität. Das Dokument „*Eine Vision für Kolumbien 2019*“ wurde zur Grundlage für die nationalen Konsultationen, die mit der Ausfertigung eines neuen nationalen Entwicklungsplanes für den Zeitraum 2006-2010 abgeschlossen wurden.

---

<sup>3</sup> Der Wortlaut der Rede kann auf der Website der Präsidentschaft der Republik Kolumbien abgerufen werden : [http://www.presidencia.gov.co/prensa\\_new/sne/2006/agosto/07/08072006.htm](http://www.presidencia.gov.co/prensa_new/sne/2006/agosto/07/08072006.htm)

Dieser Entwicklungsplan trägt den Titel: „*Estado comunitario: desarrollo para todos*“ (Ein Gemeinschaftsstaat: Entwicklung für alle)<sup>4</sup>.

Laut Wahlkalender für den Zeitraum 2006-2010 stehen im Oktober 2007 Lokalwahlen (Gouverneure, Bürgermeister und Gemeinderäte) an. Die vorliegende europäische Strategie deckt zwei Wahlperioden für das Amt des kolumbianischen Präsidenten (2006-2010 und 2010-2014) ab.

Wegen der Bedeutung der politischen und finanziellen Hilfe der internationalen Gemeinschaft für dieses Land<sup>5</sup>, legt die kolumbianische Regierung ihre Agenda für die Zusammenarbeit in enger Abstimmung und Beratung mit dieser fest (siehe Abschnitt 4.2).

In diesem Zusammenhang ist sich die Regierung auch ihrer Verpflichtungen bezüglich der Millenniumsziele bewusst. So ist die Bekämpfung der Herstellung und des Handels von Drogen auch einer der wichtigsten Bereiche des Programms der kolumbianischen Regierung, die die internationale Gemeinschaft dazu aufruft, sie bei dieser Bekämpfung zu unterstützen.

### **3. BEWERTUNG DER POLITISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN, SOZIALEN UND UMWELTRELEVANTEN LAGE KOLUMBIENS**

#### **3.1. Politische Situation**

Der interne Konflikt in Kolumbien hat tiefe historische Wurzeln und gründet hauptsächlich auf der Aufgabe von ganzen Regionen seitens der staatlichen Gewalt. Die diesbezügliche Analyse ist kompliziert, da sich der Konfliktherd aus mehreren Regionalkonflikten speist, die alle eine unterschiedliche Dynamik aufweisen, aber einen gemeinsamen Nenner haben: den Kampf um die Produktionszentren und die Kontrolle des jeweiligen Territoriums im Zusammenhang mit einem großen wirtschaftlichen und sozialen Gefälle<sup>6</sup>. Dieser Zusammenhang kommt in einem hohen Indizes der Zwangsverschleppungen<sup>7</sup> wie auch in der hohen Anzahl der

---

<sup>4</sup> Zum Zeitpunkt des Verfassens des vorliegenden Dokumentes war der Entwicklungsplan für 2006-2010 noch nicht verabschiedet ; er soll dem kolumbianischen Kongress im Februar 2007 vorgelegt werden.

<sup>5</sup> Die internationale Gemeinschaft sah sich angesichts der besorgniserregenden Situation der internen bewaffneten Konflikte und ihrer Rückwirkungen auf die Stabilität in der Region wie auch auf die Schlüsseldossiers der internationalen Agenda zu einer Aufstockung ihrer Präsenz veranlasst.

<sup>6</sup> Das Ausbrechen der Konflikte lässt sich in Kolumbien auf vier zentrale Ursachen zurückführen: die Kultur der Gewaltausübung zu politischen Zwecken, deren Wurzeln bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen, die Schwäche des kolumbianischen Staates, die begrenzte politische Beteiligung und Teilhabe und der ungleich verteilte Zugang zu Grund und Boden und zu den Ressourcen. Die Lage hat sich danach mit der wachsenden Bedeutung des Drogenhandels verkompliziert, der in den 80er Jahren zum Hauptfaktor für die Dynamisierung des Kriegsgeschehens in Kolumbien wurde. (Quelle : S. Kurtenbach: “El papel de los actores externos en la contención de la violencia en Colombia”, Institut für iberoamerikanische Studien, Hamburg, 2004).

<sup>7</sup> Die Zahlenangaben über die zwangsverschleppten Bevölkerungsteile hängen von den jeweiligen Quellen ab. Nach den Regierungsquellen gab es Ende 2004 1.574.266 (registrierte) verschleppte Personen. Die CODHES (Consultoria para los derechos humanos y el desplazamiento humano) beziffert die Anzahl der verschleppten Personen auf 2.601.168. Die CODHES weist auch darauf hin, dass seit 1997 über 2,1 Millionen Menschen verschleppt wurden.

Menschenrechtsverletzungen und der Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zum Ausdruck 8. Diese Problematik erhält ständig neue Nahrung aus dem Phänomen des illegalen Drogenhandels und aus anderen Problemen im Zusammenhang mit Drogen.

Die aufeinander folgenden Regierungen haben diverse politische Maßnahmen zur Bereinigung dieser Situation ergriffen, ohne jedoch eine endgültige Lösung gegen die allgemein verbreitete Gewalt finden zu können. Nach einer langen Reihe von Bemühungen um eine friedliche Regelung des Konflikts, die seit Anfang der 80er Jahre zur Aushandlung des Friedens unternommen wurde (von denen einige zu Erfolgen mit kleinen Guerillagruppen führten), wurde in der Amtszeit von Präsident Pastrana ein landesweiter Friedensprozess in die Wege geleitet, der von der internationalen Gemeinschaft unterstützt wurde. Aufgrund ausbleibender Ergebnisse wurden diese Verhandlungen mit den FARC im Februar 2002 jedoch abgebrochen und die Gespräche mit der ELN im Mai 2002 ausgesetzt.

Im Rahmen ihrer Politik der „demokratischen Sicherheit“ hat die Regierung von Präsident Álvaro Uribe Vélez seit 2002 umfangreiche Aktionen durchgeführt, die auf die **Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit im gesamten nationalen Hoheitsgebiet zielen**. Die Hauptkonfliktgebiete befinden sich nach wie vor im Süden des Landes, der schon seit jeher von den FARC kontrolliert wird und wo die kolumbianische Armee regelmäßig Offensiven durchführt<sup>9</sup>. Der Norden weist eine stärkere Präsenz von paramilitärischen Gruppen auf, die vor allem Gebiete wie die Atlantikzone beherrschen.

Aufgrund der **Politik der „Sicherheit durch demokratische Grundordnung“** (Política de Seguridad Democrática) konnte das Sicherheitsgefühl im Land verbessert und die Konfliktdynamik verändert werden. So ist bei der Mehrzahl der Gewaltindikatoren ein rückläufiger Trend und bei den Wirtschaftsindizes des Landes ein Aufschwung zu verzeichnen. Diese Politik setzt gegenüber den Akteuren des bewaffneten Konflikts die Methoden der **Terrorismusbekämpfung** ein<sup>10</sup>, die zum Lieblingsthema von Präsident Uribe im Laufe seiner Amtszeit von 2002 bis 2006 wurde.

Im Juli 2003 nahm die Regierung von Präsident Uribe Gespräche mit den paramilitärischen Gruppen der AUC auf, um über ihre Demobilisierung unter der Bedingung einer einseitigen Waffenruhe ihrerseits zu verhandeln. Diese Erörterungen führten am 21. Juni 2005 zur Verabschiedung des **Gesetzes „Recht und Frieden“** (Ley de Justicia y Paz) durch den kolumbianischen Kongress, das den juristische Rahmen für die Demobilisierung von illegalen bewaffneten Gruppierungen vervollständigt und dessen Verabschiedung von der internationalen Gemeinschaft gefordert worden war<sup>11</sup>. Die EU hatte ihre Unterstützung für die Verhandlungen der kolumbianischen Regierung mit den paramilitärischen Gruppen über ihre Demobilisierung von der Verabschiedung eines juristischen Rahmens abhängig gemacht, der mit den internationalen

---

8 Bericht des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte 2005 in Kolumbien.

9 Der Krieg erstreckt sich auf die Verwaltungsbezirke Caquetá, Putumayo, Guaviare und Meta, ein schwer zugängliches Urwaldgebiet von etwa 160.000 km<sup>2</sup> („Las fronteras: zonas de contención y expansión del conflicto“, Dokument CODHES, Juni 2005).

10 Die EU setzte die paramilitärischen Gruppen der AUC (Mai 2002), die Guerillakräfte der FARC (Juni 2002) und der ELN (April 2004) auf ihre Liste der terroristischen Organisationen.

11 Erklärung von Cartagena der internationalen Gruppe zur Unterstützung der Regierung von Kolumbien, Februar 2005.

Verpflichtungen und der Wahrung der Rechte der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung in Einklang steht <sup>12</sup>.

In seinen Schlussfolgerungen vom 3. Oktober 2005 weist der Rat der EU darauf hin, dass er die vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte über das Gesetz zum Ausdruck gebrachten Besorgnisse teilt, er aber nichtsdestoweniger glaubt, dass es, wenn es auf effiziente und transparente Art und Weise umgesetzt werde, einen positiven Beitrag zu den Friedensbemühungen in Kolumbien darstellen könne. Der Rat bestätigte die Bereitschaft und Verfügbarkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten, der Regierung und der Zivilgesellschaft dieses Landes Hilfe zur Verfügung zu stellen, um die von dem internen bewaffneten Konflikt in Mitleidenschaft gezogenen Gemeinschaften, die einzelnen Gruppen von Konfliktopfern, die Maßnahmen zur Wiederaussöhnung auf lokaler Ebene und zur Demobilisierung und Wiedereingliederung der Kindersoldaten zu unterstützen und damit die von UNICEF und anderen Organisationen ausgearbeiteten Programme zu ergänzen.

Ein weiterer Punkt des politischen Programms von Präsident Uribe, der sich unter Umständen auf die künftige internationale Zusammenarbeit auswirken dürfte, betrifft die vereinbarten Anstrengungen zur Erreichung eines **humanitären Abkommens** zwischen der Regierung und den bewaffneten Revolutionskräften von Kolumbien – Volksarmee (FARC-EP).

In seiner Rede, die Präsident Alvaro Uribe am 7. August 2006 aus Anlass der Einführung in seine zweite Amtszeit hielt, stellte er die Themen seiner künftigen politischen Aktionen vor: demokratische Sicherheit, öffentliche Freiheiten, sozialer Zusammenhalt/soziale Integration, Transparenz und unabhängige Institutionen.

Die Bekämpfung der Korruption ist eine wichtige Herausforderung für das kolumbianische Verwaltungssystem; dies gilt auch in Bezug auf die Schwachstellen des Justizwesens. Der Justizapparat ist überlastet, und die Anzahl der nicht behandelten Rechtsfälle steigt, und damit auch die Straflosigkeit bzw. die Nichtahndung von Verbrechen. Diese schlechte Funktionsweise der Justiz trägt zur Beschädigung des Vertrauens der Bürger in den Staat bei und führt zu der Tendenz, Konflikte außerhalb des Rechtswegs zu lösen. Dies führt auch zu einer unmittelbaren Beeinträchtigung der Menschenrechtssituation in diesem Land. Die zu lösende Herausforderung wird umso bedeutender durch die Bearbeitung der Fälle demobilisierter Soldaten, die sich dem Gesetz „Recht und Frieden“ unterwerfen müssen: aufgrund der Leitung zusätzlicher Untersuchungen und der Notwendigkeit der Unterstützung von Opfern und Zeugen erzeugt dieser Prozess eine zusätzliche Last für den Justizapparat.

### **3.2. Menschenrechtssituation und humanitäre Lage**

Nach den staatlichen und nichtstaatlichen Quellen und nach den Angaben der internationalen Einrichtungen ist die **Menschenrechtssituation und die Lage der Demokratie** in Kolumbien nach wie vor besorgniserregend<sup>13</sup>. Es kommt immer noch zur

---

<sup>12</sup> Erklärung des Rates der EU vom 13.-14. Dezember 2004

<sup>13</sup> Siehe im Anhang die Zusammenfassung des „Berichts des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte über die Menschenrechtssituation in Kolumbien für das Jahr 2005“.

Verletzung des Rechts auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit, persönliche Sicherheit und Datenschutz wie auch der Grundfreiheiten der Freizügigkeit, des freien Aufenthaltsrechts, der Meinungsfreiheit und der freien Meinungsäußerung sowie der Grundrechte auf Vereinigungs- und Kollektivverhandlungen. Am stärksten gefährdet sind insbesondere die indigenen Bevölkerungsgruppen und die Afrokolumbianer, wie auch die Führungspersönlichkeiten von Sozialverbänden, Gewerkschafter, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten. Die meisten Rechtsverletzungen werden von illegal bewaffneten Akteuren (FARC und AUC) begangen. Auch die staatlichen Streitkräfte haben bisweilen militärische Operationen durchgeführt, bei denen die humanitären Grundsätze nicht eingehalten wurden.<sup>14</sup>

Der interne Konflikte führte zu **Vertreibungen** innerhalb des Landes und in die Grenzgebiete. Die große Mehrheit der 3 Millionen Menschen, die im Laufe der letzten sieben Jahre seit 1985 vertrieben wurden, halten sich in ländlichen und halbländlichen Gebieten auf, auch wenn ebenfalls die Städte mehr und mehr betroffen sind. Darüber hinaus hat diese Problematik auch auf der Regionalebene an Bedeutung gewonnen: zahlenmäßiger Anstieg der kolumbianischen Flüchtlinge in Ecuador, Verstärkung des militärischen Schutzes in Peru, Durchlässigkeit der Grenze mit Venezuela, Errichtung eines Aufspürsystems durch Brasilien entlang seiner Grenze mit Kolumbien, höheres Maß an „Durchlässigkeit“ der Grenzen. Das Verfassungsgericht musste wiederholt in letzter Instanz urteilen, dass der kolumbianische Staat seinen Verpflichtungen bei der Lösung des Problems der zwangsverschleppten Bevölkerungsgruppen nicht nachkommt<sup>15</sup>.

**Geschlechterspezifische Probleme:** Aufgrund der derzeitigen sozialen und kulturellen Zusammenhänge in der kolumbianischen Gesellschaft sind die Frauen den Männern nach wie vor nicht gleichgestellt. Die Ungleichbehandlung zeigt sich im familiären Umfeld durch den hohen Prozentsatz an häuslicher Gewalt, auf wirtschaftlichem Gebiet durch die Arbeitslosenquote, die bei den Frauen bei 18% (bei den Männern bei 11%) liegt, und auf der politischen Ebene<sup>16</sup> dadurch, dass eine anteilige Vertretung der Frauen in den Entscheidungsgremien im Allgemeinen fehlt<sup>17</sup>.

Besonders erheblich sind die Gewalttaten, die gegenüber Frauen im Rahmen des bewaffneten Konflikts verübt werden. Über den humanitären Aspekt hinaus führt diese Situation zu hohen wirtschaftlichen Kosten für das Land und trägt zur „Kultur der Gewalt“ im Land bei. Die Frauen wurden von allen Verhandlungen für das Land ausgeschlossen. Dennoch haben sie mit Hilfe von Basisorganisationen ständig auf die

---

14 Siehe im Anhang die Auszüge aus der jüngsten Erklärung des Vorsitzenden der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen über die Situation der Menschenrechte in Kolumbien vom 21. April 2005.

15 Urteil T-025 vom 6. Februar 2004: Das Verfassungsgericht hatte der Staatsgewalt ein Jahr lang Zeit gegeben, um bei der Behandlung des Problems der verschleppten Bevölkerungsgruppen bessere Verfahrensweisen an den Tag zu legen; im September 2005, also 20 Monate später, musste es feststellen, dass diesbezüglich keinerlei Anstrengungen unternommen worden waren.

16 In der Wahlperiode 2004-2007 kommen auf die 32 gewählte Gouverneuren gerade einmal 2 Frauen. 7,6% der Bürgermeister sind Frauen. Quelle: Bericht des UNOHCHR für 2004.

17 42% der Positionen im öffentlichen Sektor werden von Frauen bekleidet, aber sie besetzen weniger als 15% der Entscheidungspositionen. Quelle: Mujeres constructoras de Paz y Desarrollo (Frauen als Erbauer von Frieden und Entwicklung), Ratgeber der Präsidentschaft für die Gleichstellung der Frauen, Seiten 51 und 52, Bogotá, 2003.

Friedensbemühungen eingewirkt. Im Juli 2002 versammelten sich Frauengruppen der fünf wichtigsten Netzwerke mit dem Ziel der nationalen Mobilisierung der Frauen gegen den Krieg, was beigetragen hat zur Sichtbarkeit der politischen Macht, welche die Frauenbewegung für den Frieden darstellt.

**Rechte des Kindes:** Ein großer Teil der Bevölkerung im Kindesalter ist Opfer des internen bewaffneten Konflikts. Schätzungen zufolge gehören 2006 fast 14.000 minderjährige Jungen und Mädchen Gruppen illegaler Armeen an. Auch werden Kinder als Geiseln genommen, vertrieben oder Opfer von Antipersonenminen, Menschenrechtsverletzungen gegenüber ihren Familien und ihren Gemeinschaften oder gegen ihr Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit und persönliche Freiheit, und zwar aufgrund von Aussetzung, sexueller Ausbeutung, Zwangsarbeit, schlechter Behandlung und häuslicher Gewalt. Fast 20% der kolumbianischen Kinder haben keine Geburtsurkunde, was die staatliche Fürsorge für sie erschwert. Das Ministerium für Erziehung und Bildung bestätigt, dass die Hälfte der rund eine Million Kinder, die in Kolumbien arbeiten, nicht zur Schule geht.

### 3.3. Wirtschaftliche und soziale Situation

Nach der Rezession von 1999 verzeichnet Kolumbien seit 2003 einen Wirtschaftsaufschwung, der in den meisten seiner **makroökonomischen Indikatoren** zum Ausdruck kommt. Das BIP-Wachstum betrug 2004 4,8 % und 2005 5,1% und liefert damit die besten Ergebnisse, die seit 1995 zu verzeichnen waren. Dagegen ist das BIP pro Kopf auch weiterhin eines der schwächsten in ganz Lateinamerika. Sein Bruttosozialprodukt pro Kopf (Pro-Kopf-BSP) von 2000 USD verweist das Land auf Platz 122<sup>18</sup> von insgesamt 177 Ländern.

Die Inflation stabilisiert sich im Bereich von 5 bis 6 %, und die **Handelsbilanz** hat in den letzten beiden Jahren dank der günstigen Entwicklung der Ausfuhren positive Anzeichen erkennen lassen. Die Vereinigten Staaten stellen für die kolumbianischen Erzeugnisse das Hauptabsatzgebiet dar, wobei sich diese Tendenz in der Folge der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen den beiden Ländern noch verstärken wird. Den zweitwichtigsten Absatzmarkt bildet die Andengemeinschaft, gefolgt von der Europäischen Union. Die in Kolumbien zwischen 1994 und 2004 getätigten **ausländischen Direktinvestitionen** belaufen sich auf fast 27.000 Millionen USD. Die EU ist die größte Quelle ausländischer Direktinvestitionen (26% der Gesamtsumme), so hauptsächlich in den Sektoren Elektrizität, Gas, Wasser wie auch im Finanzsektor und im Erzbergbau.

Nach den Prognosen für die nächsten Jahre dürfte das Wirtschaftswachstum anhalten. Die Schwierigkeiten der kolumbianischen Wirtschaft bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und das weitere Auftürmen des öffentlichen Schuldenberges sind nach wie vor besorgniserregend. Dabei ist jedoch festzuhalten, dass das Niveau der öffentlichen Verschuldung tendenziell sinkt<sup>19</sup>. Der Schuldendienst für die Auslandsverbindlichkeiten machte 2005 45,1% der Exporterlöse aus<sup>20</sup>. Insgesamt sind

---

<sup>18</sup> Quelle: Länderdatenprofil für Kolumbien, Website der Weltbank.

<sup>19</sup> Die öffentliche Verschuldung hat 2004 und 2005 leicht abgenommen ; durch die Kreditaufnahmepolitik der Regierung ließ sich auch eine Verlängerung der Fälligkeiten und eine deutliche Reduzierung des Anteils der auf Devisen lautenden öffentlichen Schulden erreichen.

<sup>20</sup> Quelle: IWF Länderbericht 05/392, November 2005..

die **öffentlichen Finanzen** jedoch gesund. Das Land kann Zahlen aufweisen, die einen guten Haushaltsvollzug und ein moderates Haushaltsdefizit erkennen lassen. Am 2. November 2006, nach Ablauf des „Stand By“ Abkommens wurde Kolumbien wegen des erzielten Fortschritts von jeder Verpflichtung gegenüber dem IWF entbunden. Dieses Ereignis hat die internationale Wahrnehmung des Landes verbessert und seine Attraktivität für ausländische Investoren gesteigert. Die Finanzlage der dezentralisierten öffentlichen Einrichtungen hat sich verbessert, auch wenn die Finanzlage der Zentralregierung nach wie vor Schwächen aufzeigt. Im Dezember 2006 hat der kolumbianische Kongress eine Steuerreform verabschiedet, die vor allem eine schrittweise Reduzierung der Einkommensteuer, eine Reform der Mehrwertsteuer, eine Abschaffung der Briefmarkensteuer und die Einführung der Erbschaftsteuer beinhaltet.

**28 % der kolumbianischen Bevölkerung leben im ländlichem Raum.** 2002 trug der Landwirtschaftssektor 13 % zum BIP und 24 % zu den Gesamtausfuhren bei, wohingegen es 1990 noch 60 % waren. Diese Situation lässt sich mit den Auswirkungen des Konflikts erklären, aber auch mit der mangelnden Aufmerksamkeit, die diesem Sektor entgegengebracht wurde, wie auch mit der ungerechten Konzentration des Eigentums an Grund und Boden, die eine schlechte Bewirtschaftung dieser Landflächen zur Folge hat.

Die historisch begründete Tendenz der **Konzentration des Eigentums** wurde durch den bewaffneten Konflikt und den Erwerb und/oder die Aneignung von Land durch die Drogenhändler und die illegalen bewaffneten Gruppen <sup>21</sup> noch verstärkt. 1,3 Millionen bäuerliche Familien (54 %) besitzen keine eigenen Anbauflächen. In den ländlichen Gebieten sind 24 % der Familienvorstände Frauen, von denen wiederum 57 % über keinerlei Eigentum verfügen.

Kolumbien ist **der größte Produzent von Kokain** und stellt nach Angaben des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) 57 % der weltweiten Gesamtproduktion. Was den Mohnanbau angeht, so stellt es die wichtigste Quelle für das Heroin auf dem Markt der Vereinigten Staaten dar. Nach Studien des UNODC ist die für den unerlaubten Anbau genutzte Fläche kleiner geworden. Andererseits sinkt der Endpreis für Koka auf den europäischen und nordamerikanischen Märkten weiter. Angesichts der Illegalität ist dieses Wissen über Produktion und Handel aber nicht ausreichend, denn die vorliegenden Fakten könnten ja bedeuten, dass die Produktivität pro Hektar Anbaufläche gestiegen ist. Die meisten pflanzlichen Kulturen werden derzeit von Kleinerzeugern (< 3 ha) angebaut und machen etwa 70 % der Koka-Anbauflächen in diesem Land aus. Kokakulturen gibt es in 23 der 32 Verwaltungsbezirke.

Kolumbien steht nach Brasilien und Guatemala an dritter Stelle der lateinamerikanischen Länder mit dem höchsten **sozialen Gefälle**. 10 % der reichsten Familien erzielen 45 % des Gesamteinkommens, während 20 % der ärmsten Familien nur 2,7 % erreichen. Im Durchschnitt hat ein Reicher ein 58 Mal höheres Einkommen als ein Armer. Die Ungleichverteilung des Einkommens hat negative Auswirkungen auf die menschliche

---

21 Die Drogen- und Betäubungsmittelhändler besitzen 48 % der besten Anbauflächen des Landes, während 68 % der Eigentümer (Kleinbauern) nur 5,2 % der Landbauflächen besitzen. Quelle : UNDP-DNE, Drogues illicites en Colombie, 1997.

Entwicklung. Der Index der menschlichen Entwicklung platziert Kolumbien 2005 an 69. Stelle von insgesamt 177 Ländern <sup>22</sup>.

Auch beim Entwicklungsstand gibt es in Kolumbien ein sehr großes Gefälle, und zwar nicht nur zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, sondern auch zwischen den verschiedenen Verwaltungsbezirken. Dies ist eine der größten Herausforderungen, denen sich Kolumbien bei der Umsetzung der **Millenniumsziele** stellen muss <sup>23</sup>.

Nach Brasilien ist Kolumbien das Land Lateinamerikas, das die größte Anzahl an Afrokolumbianern aufweist, die nach Schätzungen 26 % der Gesamtbevölkerung des Landes ausmachen. Auch sind etwa 80 ethnische Gruppen erfasst, die sich auf das gesamte Staatsgebiet verteilen und etwa 2,5 % der kolumbianischen Bevölkerung darstellen.

Kolumbien verwendet 0,7 % seines BIP für die **Sozialfürsorge** zugunsten besonders schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen: Kinder, junge Familienvorstände, bildungsmäßig benachteiligte Personen, Vertriebene und Zwangsumgesiedelte sowie Wohnungslose. Außerdem haben Vertreibung und Zwangsumsiedlung die Sterblichkeits- und die Erkrankungsziffer aufgrund der Verschlechterung der Sozial- und der Umweltbedingungen nach oben schnellen lassen. Nach Angaben des Sozialministeriums haben 39% der Bevölkerung keine Krankenversicherung.

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen HIV/AIDS, der ca. 160.0000 Personen in Kolumbien betrifft – bei einer Verbreitungsquote von 0,6% der Bevölkerung zwischen 15 und 49 Jahren – hat die kolumbianische Regierung im Dezember 2004 eine nationale Epidemiebeobachtungsgruppe eingesetzt und einen nationalen multisektoralen Plan zur Koordination, Prävention und Behandlung geschaffen. 2005 hat das nationale System der sozialen Sicherung 66% der Bevölkerung erfasst und bietet damit eine umfassende Versorgung für Menschen, die mit dem HIV-Virus infiziert sind und mit Medikamente, die gegen die Retroviren wirken.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die sozialen Indikatoren trotz der günstigen Entwicklung der makroökonomischen Variablen wenig verbessert haben. In 2006 lebten 17,8% der kolumbianischen Bevölkerung mit weniger als 2 US \$ pro Tag<sup>24</sup>. Wegen dieser multidimensionalen Merkmale (Unsicherheit, Mangel an wirtschaftlicher Gelegenheit, Fehlen politischer Einflussnahme) nährt die Armut weiterhin den bewaffneten Konflikt in Kolumbien.

Trotz des umfangreichen gesetzlichen Rahmens, der zum Schutz der **Rechte der indigenen und der afrostämmigen Bevölkerungsgruppen** besteht, sind nach wie vor strukturelle Probleme vorhanden, die diese Bevölkerungsgruppen in ihrer Entwicklung behindern: Die Grundbedürfnisse von über 80 % dieser Gruppen sind nicht gedeckt, und 74 % von ihnen erhalten nur Beträge, die unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegen. Der Analphabetismus ist dort dreimal höher als bei den anderen Kolumbianern. Über

---

<sup>22</sup> Quelle: UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung für das Jahr 2005.

<sup>23</sup> Quelle: “Metas y estrategias de Colombia para el logro de los objetivos de desarrollo del milenio-2015”, Bericht des Nationalrates für Sozialangelegenheiten „CONPES social“ (Consejo Nacional de Política Económica y Social) des Staatsministeriums der Regierung von Kolumbien, März 2005.

<sup>24</sup> Quelle: Bericht der Weltbank über die Weltentwicklungsindikatoren, 2006. Armutsquote: Leben mit weniger als 2 USD pro Tag

15 % der Kinder sterben in ihrem ersten Lebensjahr. Unter diesen Umständen der allgemeinen Armut haben der bewaffnete Konflikt, die Zwangsumsiedlungen, die Erzeugung von pflanzlichen Kulturen zu illegalen Zwecken und die dagegen gerichteten massiven Sprühaktionen (Fumigationen) sehr starke negative Auswirkungen auf diese ethnischen Gruppen.

### **Siehe Anhang: Basisdaten über Kolumbien**

**Kultur:** Der interne bewaffnete Konflikt bildet eine Bedrohung für die ethnische und die kulturelle Vielfalt des Landes. Mehrere Ethnien sind vom Aussterben bedroht<sup>25</sup>. Die allgemeine Tendenz der rückläufigen Entwicklung bei den Indikatoren für bestimmte Formen von Gewaltanwendung trifft auf die Situation der indigenen und afrokolumbianischen Gemeinschaften nicht zu.

### **3.4. Umweltsituation**

Das Land besitzt 10 % der biologischen Vielfalt der Welt. 56 % seines kontinentalen Staatsgebietes sind mit Naturwäldern bedeckt (wovon 17,5 Millionen ha den indigenen und den afrostämmigen Gemeinschaften gehören). Die Armut, die illegale Abholzung, die Erweiterung der landwirtschaftlichen Anbaugrenzen und die Erzeugung von Pflanzen zu illegalen Zwecken verursachen einen Verlust von über 100.000 ha pro Jahr. Die beschleunigte Verstädterung, die durch die Zwangsverschleppungen noch verschlimmert wird, bringt Mängel auf dem Gebiet der Trinkwasserversorgung und der Sanitärmaßnahmen bei den sozioökonomischen Randgruppen und in den ärmsten Verwaltungsbezirken mit sich. Etwa 48 % des Staatsgebietes weist Erosionsprozesse auf, und 20 % der Gemeinden leiden an Wassermangel. Das Oberflächenwasser ist aufgrund von Aktivitäten, die nicht im hauswirtschaftlichen Bereich liegen, stark verunreinigt. Die Wasser- und Bodenverschmutzung wird auch durch die Sprühaktionen (Fumigationen) mit Pflanzenvernichtungsmitteln aus der Luft verursacht, die mit der Zielsetzung erfolgen, die illegalen pflanzlichen Kulturen durch eine in der Dosierung nicht angepasste Verwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln zu vernichten. Insbesondere in Bogota ist die Luftverschmutzung aufgrund des Straßenverkehrs sehr hoch.

Kolumbien ist es im Laufe der Jahre gelungen, ein kohärentes nationales Umweltschutzsystem (SINA, Sistema Nacional Ambiental) einzuführen. Indessen ist in den letzten drei Jahren eine schwere institutionelle Krise eingetreten. Aufgrund des bewaffneten Konflikts und der Haushaltskrise werden die zur Verfügung stehenden staatlichen Ressourcen unaufhörlich knapper. Schließlich lässt auch die mangelnde Anwendung der geltenden Rechtsvorschriften ernsthafte Zweifel aufkommen, ob das Ziel der nachhaltigen Entwicklung zu erreichen ist.

---

<sup>25</sup> Bericht des Sonderberichterstatters über die Situation der Menschenrechte und Grundfreiheiten der indigenen Bevölkerungsgruppen, M. Rodolfo Stavenhagen, vom 10. November 2004, Seite 2: *“wenigstens 12 kleine indigene Gruppen im Amazonasgebiet sind in Gefahr, aufgrund der Auswirkungen der verschiedenen Prozesse auszusterben... zu den besonders bedrohten Bevölkerungsgruppen gehören die Awa, Kofán, Siona, Páez, Coreguaje, Carijona, Guayabero, Muinane-Bora, Pastos, Embera und Witoto in den Provinzen Putumayo, Caquetá und Guaviare”*.

Hervorzuheben ist, dass ein direkter Zusammenhang zwischen der Entwicklung des internen bewaffneten Konflikts und der Frage des Zugangs zu und der Kontrolle über die natürlichen Ressourcen besteht, und dass sich dies auf die Umweltsituation auswirkt.

### **Siehe Anhang: Umweltprofil**

#### **4. ÜBERBLICK ÜBER DIE DERZEITIGE UND DIE FRÜHERE ZUSAMMENARBEIT DER GEMEINSCHAFT, KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ**

##### **4.1. Überblick über die derzeitige und frühere Zusammenarbeit der Gemeinschaft**

###### *4.1.1. Zusammenarbeit EG-Kolumbien bis 2001*

Da Kolumbien im Verhältnis weiter entwickelt war als andere Entwicklungsländer, hat das Land bis 1984 quasi keine Hilfe der Europäischen Gemeinschaft erhalten; erst ab diesem Jahr wurden bescheidenere Hilfen gewährt, und zwar ungefähr 28,5 Millionen ECU bis 1989. Im anschließenden Zeitraum 1990-1994 beliefen sich die Hilfen auf insgesamt 87 Millionen ECU.

Kolumbien hat bei seinen internationalen Partnern um Unterstützung in einigen grundlegenden Bereichen nachgesucht: Drogenbekämpfung, Achtung der Menschenrechte und Schutz der biologischen Vielfalt, aber die Priorität hat sich nach und nach auf die Suche nach Unterstützung für die Errichtung einer soliden und nachhaltigen Basis zur Friedenssicherung konzentriert; daher kam die kolumbianische Regierung wiederholt in den Genuss der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und insbesondere der Europäischen Union.

###### *4.1.2. 2001-2006*

#### **Bilaterale Zusammenarbeit EG-Kolumbien:**

Für den Zeitraum 2001-2006 umfasst der Beitrag der Gemeinschaft zugunsten Kolumbiens folgende Leistungen:

- Eine programmierbare Hilfe der Gemeinschaft in Höhe von 105 Millionen EUR aus dem nationalen Richtprogramm.

Das Länderstrategiepapier (LSP) hat die 2001 festgelegten Prioritäten<sup>26</sup> und die bei der Geberkonferenz im April 2001 eingegangenen Verpflichtungen im Hinblick auf die folgenden Schwerpunktsektoren wieder aufgegriffen: a) wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie Armutsbekämpfung, b) alternative Entwicklungsformen, c) Unterstützung der Reform des Justizwesens, d) Unterstützung der Förderung der Menschenrechte, e) humanitäre Hilfe für die Opfer des internen Konflikts;

- Eine nicht programmierbare Hilfe der Gemeinschaft (humanitäre Hilfe, Hilfe für entwurzelte Bevölkerungsgruppen, Unterstützung für den Schutz der Menschenrechte, Kofinanzierung von Projekten der NRO, Finanzhilfe für Umweltprojekte, Unterstützung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit usw.), die im Zeitraum 2001-2006 170 Millionen EUR erreichen dürfte.

---

26 Mitteilung der Kommission KOM(2000) 670.

## **Siehe Anhang: Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Kommission mit Kolumbien im Zeitraum 2001 - 2006**

Bei den Interventionsbereichen, die am meisten Unterstützung erhalten, handelt es sich um die Förderung des Friedensprozesses (46 %), die Unterstützung der vertriebenen oder zwangsverschleppten Bevölkerungsgruppen (16 %), die Umwelt, die ethnischen Gruppen und die Entwicklung des ländlichen Raums (16 %), die Konsolidierung des Rechtsstaats, der Menschenrechte und des Justizwesens (13 %) sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung (9 %).

### **Regionale Zusammenarbeit EG/Andengemeinschaft (CAN) und EG/Lateinamerika (LA) zugunsten Kolumbiens**

Im Zeitraum 2001-2006 profitierte Kolumbien von Initiativen, die zu einem Gesamtbetrag in Höhe von etwa 29 Millionen EUR auf der Ebene der Andenregion durchgeführt wurden. Das Land beteiligt sich an Projekten auf den Gebieten Statistik, Zivilgesellschaft, technische Hilfe im Handelsbereich, Vorbeugung und Verhütung von Katastrophen und Drogenbekämpfung.

Im Rahmen dieser horizontalen Programme, die die EG zusammen mit Lateinamerika durchführt, beteiligt sich Kolumbien auch an den Netzwerken, die von lateinamerikanischen und europäischen Organisationen eingerichtet wurden, die in den verschiedenen Sektoren aktiv sind, so insbesondere in der Erziehung und Bildung (ALFA, ALBAN), der Energie (ALURE), den Information- und Kommunikationstechnologien (@LIS), der Forschung und technologischen Entwicklung (PCRD), der Investitionsförderung (AL INVEST), dem Sozialsektor (EUROSOCIAL) und der Stadtentwicklung (URBAL).

### **Siehe Anhang: Horizontale Programme**

Die EU gewährt seit 1990 allen gewerblichen Erzeugnissen wie auch zahlreichen landwirtschaftlichen Erzeugnissen einen präferenziellen Zugang zum Gemeinschaftsmarkt (Zollfreiheit oder Zollermäßigung). Seit dem 1. Juli 2005 profitiert Kolumbien vom **Mechanismus APS+** (System der allgemeinen Zollpräferenzen), der als Entwicklungshilfelinstrument konzipiert ist. Nach Schätzungen kommen 20 % der Ausfuhren <sup>27</sup> in den Genuss des APS+, was bedeutet, dass 84 % der kolumbianischen Erzeugnisse, die in Europa verkauft werden, von Zöllen befreit sind.

#### *4.1.3. Lehren und Erfahrungen*

Zwischen 2002 und 2006 entwickelten sich die Friedenslaboratorien zu den wichtigsten Programmen der finanziellen und technischen Zusammenarbeit der Europäischen Union in Kolumbien. Mit ihnen war es möglich, ein integrales Konzept zur Bekämpfung der Konfliktursachen zu verfolgen, mit dem die Potenziale auf den Gebieten Entwicklung, Verringerung der Konfliktintensität und Verminderung des hohen Gefälles aktiviert werden. Die anderen Projekte, die ausgearbeitet wurden, machten es insbesondere

---

<sup>27</sup> 64 % der Ausfuhren Kolumbiens mit dem Bestimmungsziel Europäische Union sind aufgrund des Tatbestands der Zollerleichterung, die im Rahmen des Konzepts der „Meistbegünstigung“ gewährt wird, bereits vollständig von Zöllen befreit.

möglich, die Stärkung der institutionellen Strukturen und der Kapazitäten der staatlichen Einrichtungen sowie der indigenen Gemeinschaften zu fördern.

Die im Rahmen der nicht programmierbaren Haushaltslinien durchgeführten Projekte hatten sehr wichtige Auswirkungen.

Man kann die Lehren und Erfahrungen, die aus der Zusammenarbeit zwischen der EG und Kolumbien in den Jahren 2002 bis 2006 gezogen wurden, wie folgt zusammenfassen:

- Im Rahmen der Friedenslaboratorien und der Errichtung von Vereinigungen und Netzwerken kommt es darauf an, mehr Anstrengungen auf die Festlegung von Wirtschaftsprojekten zu verwenden, um diese nach und nach in die lokale, nationale und globale Wirtschaft einzubringen;
- die Beteiligung der regionalen und lokalen Behörden an den Friedenslaboratorien müsste im Wege der Kofinanzierung und der Investition in die Humanressourcen seitens der Partner verstärkt werden;
- es kommt darauf an, die Formulierung von Friedenspolitiken auf der zentralen Ebene zu unterstützen, sobald man im Rahmen von regionalen und lokalen Politiken tätig wird;
- bei der Ausarbeitung einer integralen Kooperationsstrategie ist es ganz entscheidend und zweckmäßig, auf die Komplementarität zwischen der programmierbaren und der nicht programmierbaren Zusammenarbeit zu achten;
- die europäische Entwicklungszusammenarbeit kann nicht zum Ziel haben, sich bei Sozialinvestitionen an die Stelle des Staates zu setzen;
- die Entwicklungszusammenarbeit in einem konfliktbeladenen Umfeld verlangt von der Europäischen Kommission, dass sie im vertraglichen und finanziellen Bereich schnell und flexibel reagieren kann;
- aufgrund der Aktionen, die im Rahmen der europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte finanziert wurden, konnte die EU in Kolumbien als wichtiger Akteur für die Verteidigung der Menschenrechte wahrgenommen werden;
- die Bestrebungen der EG, Querschnittsthemen hinsichtlich der Chancengleichheit (Gender) und der Ethnien in die bilateralen Programme einzubeziehen, trugen zu einer Verbesserung des Kenntnisstands und der Sensibilität der nationalen Institutionen bezüglich dieser Fragen bei und führten zu ihrer Aufnahme in die Programme. Die Genderdimension findet mehr und mehr Berücksichtigung, so insbesondere in den Programmen zur Bekämpfung der in Kolumbien vorhandenen Gewaltanwendung und Gewaltkultur. Die Sorge um die Umwelt war integraler Bestandteil der Projekte für alternative Entwicklungsformen;
- Partner:

*Regierung:* Festzustellen war die Notwendigkeit einer viel engeren und strafferen Begleitung seitens des Präsidialamtes für Sozialmaßnahmen und internationale Zusammenarbeit (*Acción Social*) und der anderen staatlichen Einrichtungen, die Gelder von der Gemeinschaft erhalten und für die Umsetzung der Maßnahmen sorgen;

*Einrichtungen der Vereinten Nationen:* Die Zusammenarbeit der EG wird zum Teil konkret über die Vereinten Nationen durchgeführt, weil sie dabei von der Erfahrung und der Neutralität dieser Organisation in ganz bestimmten Bereichen profitieren kann

und die politische Unterstützung der EU für die Maßnahmen der UNO in Kolumbien dadurch konkret dargestellt wird. Dennoch wäre eine bessere Koordinierung zwischen den Einrichtungen der Vereinten Nationen wünschenswert;

*Zivilgesellschaft:* Die europäische Zusammenarbeit hat nunmehr auch die Funktion der politischen Unterstützung und des Schutzes der Begünstigten, so vor allem der Organisationen der Zivilgesellschaft. Diese Schutzfunktion stellt einen Mehrwert der europäischen Zusammenarbeit dar, der in den Indikatoren über die Auswirkungen nur schwerlich zum Ausdruck kommt, der aber eine unschätzbare Unterstützung für die Organisationen darstellt, die davon profitieren können.

#### **4.2. Informationen zu den Kooperationsprogrammen der EU-Mitgliedstaaten und anderer Geber, Kohärenz und Komplementarität**

Zwischen der kolumbianischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft wurde während der Amtszeit von Präsident Pastrana (1998-2002) ein koordinierter politischer Dialog begründet, der der Festlegung der Prioritäten und der Strategie der kolumbianischen Regierung für die Zusammenarbeit dient.

Eingeführt wurden auch **Mechanismen für die Geberkoordinierung** (G-24).

Eingeführt wurden auch Mechanismen für die Geberkoordinierung, vor allem im Rahmen der «Gruppe der 24». (G 24). Die G 24 förderte den Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und der Regierung im Hinblick auf die Schaffung abgestimmter thematischer Kooperationseinheiten anlässlich der dreigeteilten Konferenz von Carthagène, die im Februar 2005 die kolumbianische Regierung, die Zivilgesellschaft und die G 24 zusammengeführt hat.

In der Erklärung von Carthagène (04/02/2005) wiederholt die internationale Gemeinschaft <sup>28</sup> die in der Erklärung von London (vom 10. 07. 03) festgelegten Verpflichtungen <sup>29</sup> : Die Regierung bei der Bekämpfung des Terrorismus und der illegalen Drogen nochmals zu unterstützen und die Initiativen zu fördern, die der Suche nach einer ausgehandelten und friedlichen Lösung des Konflikts dienen.

Die **kolumbianische Regierung** legte die „Strategie Kolumbiens für die internationale Zusammenarbeit“ so fest, dass sie bis 2006 sechs Themenblöcken Priorität für eine Förderung einräumt: (1) Wälder; (2) Wiedereingliederung in das Zivilleben; (3) Konsolidierung des sozialen Rechtsstaats und Festigung der Menschenrechte; (4) produktive und alternative Entwicklungsformen; (5) Regionalprogramme für Entwicklung und Frieden; (6) Vertreibung, Zwangsumsiedlung und humanitäre Hilfe.

In dem Bestreben, **Kohärenz und Komplementarität** zu gewährleisten, spiegeln die Analysen und Vorschläge des Länderstrategiepapiers (LSP) die Erörterungen und Verpflichtungen der EU im Rahmen des Konsultationsprozesses der Gruppe zur Unterstützung des Friedensprozesses und der Sitzungen der wichtigsten Geber und der anderen wichtigen Partner in der **G-24** wider.

---

28 Siehe den vollständigen Wortlaut der Erklärung von Cartagena im Anhang.

29 Siehe den Wortlaut der Erklärung von London im Anhang.

Zwischen 1999 und 2003 hat Kolumbien 6,2 Milliarden USD an rückzahlbaren Hilfen auf dem Gebiet der Zusammenarbeit erhalten, und zwar hauptsächlich von der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der Weltbank und der Andinen Entwicklungsgesellschaft. 2001 machten diese Beiträge (die meisten in Form von Krediten) 2 % des BIP aus.

Kolumbien ist außerdem eines der ersten Empfängerländer von nicht rückzahlbaren Leistungen der Zusammenarbeit in Lateinamerika. Nach Angaben des *Acción Social* (Präsidialamt für Sozialmaßnahmen und internationale Zusammenarbeit) erhielt das Land zwischen 1998 und 2004 nicht rückzahlbare Mittel in Höhe von 1,3 Milliarden USD. Die wichtigsten Geber dieser Zusammenarbeit sind das Amt der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung (USAID) und die EU (Mitgliedstaaten plus EG).

#### 4.2.1. *Kooperationsprogramme der Mitgliedstaaten*

2004 betrug die europäische Unterstützung (Projekte in der Durchführung) über 420 Millionen EUR in der Form von nicht rückzahlbaren Hilfen auf dem Gebiet der Zusammenarbeit (Mitgliedstaaten plus EG<sup>30</sup>) und 100 Millionen EUR in Form von Krediten (Spanien). Die Mitgliedstaaten und die EG haben ihre Koordinierung und ihre Komplementarität auf den grundlegenden Gebieten, wie Förderung des Friedensprozesses, der Menschenrechte und des Umweltschutzes, erheblich verbessert. Sie stimmen überein in der besonderen Wichtigkeit hinsichtlich des Vorgehens im Bezug auf die humanitäre Krise. Sie informieren sich gegenseitig und koordinieren ihre Bemühungen innerhalb der Koordinationstreffen, welche vor Ort von den EU Botschaften und EG Delegationen organisiert werden.

#### 4.2.2. *Andere bilaterale Geber*

Die **Vereinigten Staaten** sind der wichtigste Geber der bilateralen Zusammenarbeit in Kolumbien. Zwischen 2000 und 2005 haben sie diesem Land über 3,9 Milliarden USD bereitgestellt, wovon 80% für Programme zur Unterstützung von Armee und Polizei bestimmt waren. Die für Menschenrechte, Demokratie, Justizwesen, alternative Entwicklungsformen und humanitäre Hilfe bereitgestellten Mittel beliefen sich auf 603,4 Millionen USD.

**Japan** richtet seine Zusammenarbeit auf die Bereiche Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmensentwicklung, Umweltschutz und Katastrophenvorbeugung und -verhütung, Armutsbekämpfung und Förderung des Friedensprozesses aus. **Kanada** konzentriert sich auf das Justizwesen und die Menschenrechte, den Umweltschutz und die nachhaltige Entwicklung. Die **Schweiz** gewährt Unterstützung für den Friedensprozess, die humanitäre Hilfe und den Schutz der Menschenrechte. Auch die Unterstützung **Norwegens** stellt auf Bereiche wie die Menschenrechte und die humanitäre Hilfe ab.

Außerdem beteiligt sich Kolumbien an Aktionen der **Süd-Süd-Zusammenarbeit**, so vor allem mit Chile, China, Zentralamerika, Brasilien und Afrika.

---

<sup>30</sup> 2004 wurden die 420 Millionen Euro für die in Durchführung befindlichen Projekte nach folgendem Aufbringungsschlüssel finanziert: 39,22% EG; 18,66% Deutschland; 15,35% Schweden; 11,84% Spanien; 9,35% Niederlande; 1,81% Frankreich; 1,64% Italien; 0,46% Österreich; 1,36% Belgien; 0,31% Vereinigtes Königreich.

#### 4.2.3. *Multilaterale Zusammenarbeit*

Die **Weltbank** konzentriert ihre Maßnahmen auf die Unterstützung des Friedensprozesses und seine Fortentwicklung, auf die institutionelle Stärkung des Staates, des politischen Systems und des Humankapitals sowie auf die Umwelt. Die **Interamerikanische Entwicklungsbank** unterstützt die Stärkung der institutionellen Strukturen, die soziale Entwicklung, die Reform des Staates, den Umweltschutz, die Wettbewerbsfähigkeit und die Unternehmensentwicklung. Die **Andine Entwicklungsgesellschaft** konzentriert sich auf die Erziehung, Bildung und Kultur, die Regierbarkeit und die Demokratie, die wirtschaftliche Stabilität, die Wettbewerbsfähigkeit und die Unternehmensentwicklung.

Das System der **Vereinten Nationen** konzentriert seine Unterstützung u.a. auf die nachhaltige soziale Entwicklung, die humanitäre Hilfe, die Stärkung des Schutzes der Menschenrechte, die Kinder, die Gesundheit, die Bekämpfung von Drogen und organisierter Kriminalität, die Aktionen für den Frieden, die Stärkung der institutionellen Strukturen und die Probleme der Migration. Die europäische Zusammenarbeit unterstützt die Aktivitäten mehrerer Organisationen der Vereinten Nationen.

**Siehe Anhang: Gebermatrix**

### 4.3. **Analyse der Kohärenz mit den anderen EU-Politiken**

#### 4.3.1. *Humanitäre Hilfe und Soforthilfe*

Die humanitäre Hilfe der EU greift in Sektoren, in denen die programmierbare bilaterale Hilfe keine Projekte betreut und die Situation in Bezug auf die humanitären Bedürfnisse besonders kritisch ist. In den Sektoren, in denen sowohl humanitäre Hilfe als auch andere Finanzierungsquellen der Gemeinschaft für die Hilfe an die durch Gewalt in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerungsgruppen zur Verfügung stehen, wird die humanitäre Hilfe nur für kurze Dauer (12 Monate) gewährt und anschließend durch andere Programme der Gemeinschaft abgelöst. Es werden Gemeinschaftsprogramme entwickelt, um eine gut funktionierende Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung zu schaffen. Diese Strategie sorgt dafür, die Kontinuität der auf diesem Gebiet entwickelten Komplementarität zu gewährleisten, so vor allem zugunsten der vertriebenen und zwangsverschleppten Bevölkerungsgruppen.

#### 4.3.2. *Marktzugang*

##### 4.3.2.1. **Handel und Entwicklung**

Die EU gewährt seit 1990 allen gewerblichen Erzeugnissen wie auch zahlreichen landwirtschaftlichen Erzeugnissen der Andenländer, die sich für die Bekämpfung der Erzeugung von und den Handel mit Drogen einsetzen, einen präferenziellen Zugang zum Gemeinschaftsmarkt (Zollfreiheit oder Zollermäßigung).

Am 1. Juli 2005 trat für Kolumbien ein neues System der allgemeinen Zollpräferenzen (APS), das „APS+“, für einen Zeitraum von zehn Jahren in Kraft <sup>31</sup>.

Beim 3. Gipfeltreffen EU/ALC, das im Mai 2004 in Guadalajara stattfand, verständigten sich die EU und die Andengemeinschaft auf ein gemeinsames strategisches Ziel: Abschluss eines Assoziationsabkommens, das die Errichtung einer Freihandelszone zwischen der EU und der Andengemeinschaft (CAN) vorsieht. Ein solches Assoziationsabkommen muss auf den Ergebnissen der im Rahmen der WTO geführten Verhandlungsrunde von Doha und auf der Verwirklichung eines ausreichenden Maßes an regionaler wirtschaftlicher Integration beruhen.

In diesem Zusammenhang bestehen die wichtigsten Ziele der Handelspolitik der Union gegenüber der Andengemeinschaft darin,

- Katalysator für den gemeinsamen Markt der Andengemeinschaft (CAN) und den regionalen Integrationsprozess zu sein, um bessere Voraussetzungen für den Waren- und Dienstleistungsverkehr zu schaffen; die Erleichterung des Handels und die Übernahme der internationalen Normen zu fördern, wie derjenigen der Normensammlung der WZO zur Sicherung und Erleichterung des Welthandels;
- die Ausfuhren der CAN in die Europäische Union mit Hilfe des Systems „APS+“ zu erleichtern, und zwar so lange, bis ein Freihandelsabkommen mit der Andengemeinschaft ausgehandelt werden und in Kraft treten kann;
- den Staaten der CAN bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber der WTO zu helfen.

Als Beitrag zu diesen Zielen umfasst die vorliegende Strategie auch die Unterstützung eines Prozesses, mit dem die Leistungsfähigkeit Kolumbiens so gestärkt werden soll, dass es sich in die Weltwirtschaft eingliedern kann. Zu diesem Zweck sind insbesondere im Schwerpunktsektor der Wirtschaftsentwicklung Unterstützungsmaßnahmen zur Einhaltung der für die Erzeugnisse des Landes geltenden technischen Vorschriften vorgesehen, um damit ihre Vermarktung auf der nationalen und der internationalen Ebene zu fördern.

#### 4.3.2.2. Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

Nur wenige Agrarprodukte, die unter die GAP fallen, stehen mit den kolumbianischen Erzeugnissen im Wettbewerb; nur die Banane stellt eine beachtenswerte Ausnahme dar. Die Politik der Kommission bezüglich dieses Erzeugnisses war übrigens ein schwerwiegender Grund für die Spannungen mit den kolumbianischen Bananenproduzenten. Außerdem hat die GAP auch Einfluss auf die Märkte im Fleisch- und im Zuckersektor genommen.

---

<sup>31</sup> Dieses System sieht besondere Vorteile zugunsten von krisenanfälligen Ländern vor, die den wichtigsten internationalen Übereinkommen zum Schutz der sozialen Rechte, der Menschenrechte, der Umwelt und der verantwortungsvollen Regierungsführung, wozu auch die Drogenbekämpfung gehört, beigetreten sind. Die Andenstaaten kommen für dieses neue System APS+ in Betracht, da sie die grundlegenden Übereinkommen der UNO/IAO auf dem Gebiet der Menschenrechte und des Arbeitsrechts, insbesondere in Bezug auf den Schutz der Umwelt und die verantwortungsvolle Regierungsführung unter Einbeziehung der Drogenbekämpfung, ratifiziert haben und anwenden.

Die im Rahmen dieses Strategiepapiers festgelegten Maßnahmen berücksichtigen die Möglichkeiten als auch die Einschränkungen in Bezug auf die Ausfuhren auf den europäischen Markt.

#### 4.3.2.3. Politik der gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Kontrolle - Verbraucherschutz

Die Außenhandelspolitik der Gemeinschaft stellt in diesem Sektor auf die Sicherstellung eines hohen Schutzniveaus für die Gesundheit, die Sicherheit und die wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher wie auch auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit in der EU ab. Die Umsetzung dieses Grundsatzes wird von den kolumbianischen Wirtschaftsbeteiligten bisweilen als nichttarifliche handelspolitische Schutzmaßnahme betrachtet, die den Zugang bestimmter Produkte – hauptsächlich landwirtschaftlicher Erzeugnisse – zu den europäischen Märkten behindert.

Die festgelegte Strategie sieht Unterstützungsmaßnahmen zur Einhaltung der für die Erzeugnisse des Landes geltenden technischen Vorschriften vor, um damit ihre Vermarktung auf der nationalen und der internationalen Ebene zu fördern.

#### 4.3.3. *Umweltschutz und biologische Vielfalt*

Die Prioritäten der Umweltpolitik für Kolumbien sind auf zwei Ebenen festgelegt: sie stellen zunächst auf die Erfüllung der Ziele und Grundsätze ab, die im 6. Umweltaktionsprogramm der Gemeinschaft (2002-2011) enthalten sind<sup>32</sup>, und dann auf die Förderung Kolumbiens bei der Erfüllung der internationalen Verpflichtungen, die dem Land aufgrund der verschiedenen multilateralen Übereinkommen auf diesem Gebiet obliegen.

Diese Ziele sind mit der vorliegenden Strategie vereinbar, so insbesondere aufgrund der Tatsache, dass der Umweltschutz als eine der wichtigsten Querschnittsaufgaben für die nachhaltige Entwicklung in die Kooperationsstrategie einbezogen wurde: ein wichtiges Element davon ist die Unterstützung von Projekten für alternative Entwicklungsformen unter Berücksichtigung der Anforderungen zur Förderung des Umweltschutzes.

#### 4.3.4. *Justiz, Freiheit und Sicherheit (JLS)*

##### 4.3.4.1. Bekämpfung der illegalen Drogenerzeugung/-vermarktung

Die Anstrengungen, die die EU auf dem Gebiet der Bekämpfung des Konsums, der Erzeugung und des Handels mit illegalen Drogen zugesagt hat, stützen sich auf die Drogenstrategie der EU 2005-2012<sup>33</sup> (und den neuen Aktionsplan 2005-2008), in der ein Rahmen für die Festlegung eines integrierten und ausgewogenen Konzepts zur Lösung des Problems vorgesehen ist. Die Strategie konzentriert sich auf die Reduzierung von Angebot und Nachfrage, befasst sich aber auch mit Querschnittsfragen wie der internationalen Zusammenarbeit.

---

<sup>32</sup> Klimawandel, Verknappung der natürlichen Ressourcen und Verlust der biologischen Vielfalt, Teilnahme an den Erörterungen und Verhandlungen über die Probleme im Zusammenhang mit den Wäldern.

<sup>33</sup> „Drogenstrategie der EU“ (2005-2012), Dok. Nr. 15074/0422, November 2004.

Auf internationaler Ebene werden bereits folgende Instrumente eingesetzt: multilaterale Erörterungen in der Betäubungsmittelkommission der UNO, Koordinierungs- und Kooperationsmechanismus EU/ALC auf dem Drogengebiet, präferenzbegünstigter Marktzugang für die Staaten der Andengemeinschaft im Rahmen des Systems APS+, polizeiliche Zusammenarbeit, spezialisierter Drogendialog EU/Andengemeinschaft auf hoher Ebene, Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Staaten der Andengemeinschaft über die Drogen Grundstoffe und chemischen Stoffe.

Die vorliegende Strategie möchte zur Aktion der EU auf dem Gebiet der Drogenbekämpfung im Wege von Programmen für alternative Entwicklungsformen sowie von Programmen für den Frieden und die Stärkung des politischen Dialogs beitragen.

#### 4.3.4.2. Migration

Zwar ist Lateinamerika kein prioritäres Zielgebiet für die Asyl- und Einwanderungspolitik der EU, doch ist diese für viele Länder der Region zu einem größeren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problem geworden. Das im Dezember 2003 zwischen der EU und der Andengemeinschaft unterzeichnete Abkommen über den politischen Dialog und die Zusammenarbeit enthält auch eine Klausel über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Migration. Außerdem ist die Europäische Kommission dabei, Maßnahmen zur Erleichterung der Übermittlung von Guthaben und Vermögenswerten der in der EU niedergelassenen Migranten in lateinamerikanische und karibische Staaten zu bringen.

Die Kooperationsstrategie der EU für Kolumbien ist mit den allgemeinen Maßnahmen, die auf regionaler und teilregionaler Ebene auf diesem Gebiet ergriffen werden, insofern kohärent, als ihre Hauptziele darin bestehen, zur Festigung des Friedens und zur lokalen Entwicklung beizutragen: es handelt sich dabei nämlich um eine direkte Antwort auf die wichtigsten Gründe, warum Kolumbianer nach Europa abwandern, wo ihr Zielland hauptsächlich Spanien ist.

#### 4.3.5. Wissensgesellschaft

Die Möglichkeiten, die sich durch den Ausbau der Außenaspekte der internen EU-Politiken auf den Gebieten Forschung und technologische Entwicklung, Kultur, Bildung und Erziehung sowie Informationsgesellschaft bieten, müssen ausgeschöpft werden, um die in der vorliegenden Aktionsstrategie der EU festgelegte Komponente Wissensgesellschaft ins Werk zu setzen. Diese müssen auch mit der von Kolumbien selbst durchgeführten Reform der Wissenschafts- und Innovationspolitik kompatibel sein.

Was die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung anbelangt, so steht das 7. FTE-Rahmenprogramm (2007-2013) für die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den Partnerländern der internationalen Zusammenarbeit, zu denen auch Kolumbien gehört, offen und bietet Unterstützung für die Koordinierung eines biregionalen Dialogs, bei dem Kolumbien seinen eigenen Platz finden kann. Das Programm sieht Instrumente für einen vermehrten Austausch von Forschern mit Drittländern und für eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten vor. Außerdem ist auf den für Ende 2006 vorgesehenen Start von 4 Koordinierungsplattformen in der Region Lateinamerika hinzuweisen, und zwar für das Gebiet des Gesundheitswesens (koordiniert von Chile), der Biotechnologien (koordiniert von Argentinien), der Energiewirtschaft (koordiniert von Mexiko) und der Informationstechnologien (koordiniert von Brasilien).

Was die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, Bildung und Erziehung anbelangt, so kommt die Politik der Förderung von Kultur und europäischen Werten auf der EU-Ebene durch eine Reihe von Programmen zur Finanzierung von Stipendien für Studenten aus Drittländern<sup>34</sup> und durch die Vernetzung der akademischen Einrichtungen zum Ausdruck<sup>35</sup>.

Was die Zusammenarbeit mit Lateinamerika auf dem Gebiet der Informationsgesellschaft anbelangt, so werden die folgenden großen Ziele verfolgt: 1. Förderung der Entwicklung einer Informationsgesellschaft, die auf der Integration in diesen Ländern aufbaut, und Verringerung der digitalen Kluft innerhalb der Länder und Regionen und zwischen ihnen; 2. Förderung der Regionalintegration und der Integration der Länder Lateinamerikas in die globale Informationsgesellschaft; 3. Förderung der Interessen der gewerblichen Wirtschaft Europas in Lateinamerika durch Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für europäische Akteure der Informationsgesellschaft in dieser Region; 4. Stärkung der technologischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Informationsgesellschaft, insbesondere im Wege des Rahmenprogramms der Europäischen Union auf dem FTE-Gebiet.

#### *4.3.6. Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit*

In ihrer Mitteilung vom 12. April 2005 über die „Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung“ schlägt die Kommission ein integriertes wirtschaftliches und soziales Konzept vor, das zur Bekämpfung des jeweiligen Gefälles die Wirtschaft, die Beschäftigungslage und den sozialen Zusammenhalt als miteinander verflochtene Elemente berücksichtigt. Die Einhaltung der grundlegenden Arbeitsrechte stellt ein Schlüsselement der EU-Politik dar. In diesem Zusammenhang wird die EU die Schaffung von Arbeitsplätzen und korrekten Arbeitsbedingungen für alle gemäß der Agenda der IAO fördern. Besondere Bedeutung wird der schrittweisen Eingliederung des informellen Sektors in formelle Wirtschaft, dem sozialen Dialog und der sozialen Verantwortung der Unternehmen beigemessen.

Dieses Engagement der EU wird noch vervollständigt durch die Verpflichtungen auf der Ebene der strategischen Partnerschaft EU-Lateinamerika und Karibik zur Förderung der Arbeit unter korrekten Bedingungen und zur Förderung des sozialen Zusammenhalts. Verpflichtungen übernommen haben auch die Länder der Andengemeinschaft, und zwar in ihrer Erklärung von Cochabamba vom 25. November 2005 im Anschluss an die 2. andine Regionalkonferenz zum Thema Beschäftigung. Im September 2004 haben sie auch einen Plan für die integrierte Sozialentwicklung verabschiedet, der von der EU als Ausgangspunkt für die Durchführung einer Globalstrategie für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt angesehen wird, und so hat sie sich dazu verpflichtet, diesen Prozess der Zusammenarbeit zwischen den Andenstaaten zu unterstützen.

## **5. AKTIONSSTRATEGIE DER EU**

Bei diesem Land, das seit über 40 Jahren internen bewaffneten Konflikten ausgesetzt ist, und dem es trotz allem gelingt, den demokratischen Staat zu erhalten, der wiederum Anstrengungen zur Erlangung des Friedens zusagt, besteht das grundlegende Ziel der

---

<sup>34</sup> Erasmus Mundus (2004-2008, weltweit) ; ALBAN (2002-2010, Lateinamerika)

<sup>35</sup> ALFA (1994-2005, Lateinamerika)

Aktionsstrategie der EU darin, zum Frieden und zur Stabilität beizutragen und dabei nicht den Blick für das große wirtschaftliche Entwicklungspotenzial zu verlieren, das ein befriedetes Kolumbien für die gesamte Andenregion hervorbringen könnte.

Dieses Ziel steht in der Kontinuität der Verpflichtungen, die die EU in den internationalen Gremien (Runde Tische für die internationale Zusammenarbeit, London 2003 und Cartagena 2005) übernommen hat, wobei eine flexible Anpassung an die jeweilige Entwicklung der Situation des Landes vorgesehen ist.

Die gesamte Strategie der EU für Kolumbien bewegt sich im Rahmen der schrittweisen Verpflichtungen, zu deren Übernahme sich die EU je nach den Entwicklungen bei den Friedensverhandlungen (Schlussfolgerungen des Rates der EU vom 13. Dezember 2004) bereit erklärt hat. Sie beruht auf folgender Analyse: Zur Förderung des Friedens in Kolumbien gibt es keine einzige und alleinige Lösung; vielmehr sind die verschiedenen Konfliktkomponenten gleichzeitig in Angriff zu nehmen, auch wenn man sich klar machen muss, dass die Ergebnisse dieser verschiedenen Aktionen mitunter erst zu unterschiedlichen Zeitpunkten Wirkung zeigen.

*1. Um kurzfristig Auswirkungen auf den Konflikt in Kolumbien zu erzielen, leistet die EU zunächst **Hilfe für die Opfer** der Gewalt (hauptsächlich im Rahmen von nicht programmierbarer Hilfe). Weil diese eine moralische und humanitäre Verpflichtung darstellt, aber auch weil es ohne Versorgung der Opfer schwierig ist, eine Verhandlungslösung oder wenigstens eine dauerhafte Lösung für den Konflikt zu erzielen,*

- besteht die humanitäre Hilfe und die Rehabilitationshilfe der EU aus Maßnahmen der Soforthilfe und der nachsorgenden Soforthilfe, die auf die von dem Konflikt in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sind, wozu auch die Binnenvertriebenen (und die kolumbianischen Flüchtlinge in den angrenzenden Staaten) gehören; besondere Aufmerksamkeit gilt der Verzahnung von Sofort-, Rehabilitations- und Entwicklungshilfe wie auch der Verbindung, die zwischen der von ECHO in Notsituationen vergebenen humanitären Hilfe und den Mitteln für die bilaterale Zusammenarbeit (Sektor 1 des NRP) zu gewährleisten ist;
- ist auch vorgesehen, die Maßnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung gegenüber den Gefahren und Risiken, die Hilfe für die Opfer und die Minenräumung fortzusetzen;
- zielt die Hilfeleistung an die Opfer auch auf die Hilfe für Gemeinschaften, die von internen Konflikten betroffen sind; die Opfergruppen; die lokalen Aktivitäten zur Aussöhnung und die Wiedereingliederung und Demobilisierung von Kindersoldaten, wie dies in den Schlussfolgerungen des Rates vom 3. Oktober 2005 vorgesehen ist.

*2. Um mittelfristig Auswirkungen zur Lösung des Konflikts in Kolumbien zu erzielen, setzt die EU auf eine **Förderung des Friedens** auf der lokalen und der nationalen Ebene (die Aktionen sind in die Schwerpunktsektoren 1 und 2 des nationalen Richtprogramms mit einbezogen), indem sie*

- die **Bürger** dazu ermutigt, sich an Initiativen zu beteiligen, die dem Zusammenschluss zu Zwecken der lokalen Verwaltungsführung oder der Teilhabe am Wirtschaftsleben dienen, so z.B. lokale Bürgerversammlungen und die Bauern- und Erzeugerverbände;
- die Achtung der **Menschenrechte**, die verantwortungsvolle Regierungsführung und die Bekämpfung der Straflosigkeit bzw. Nichtahndung fördert;

- die Anstrengungen der Regierung zur Stärkung der **staatlichen Präsenz** auf dem gesamten Staatsgebiet unterstützt; zwar setzte die Strategie der Regierung von Präsident Uribe in der ersten Zeit auf die militärische und polizeiliche Präsenz, doch unterstützt die EU die künftigen Anstrengungen des kolumbianischen Staates, auch eine Präsenz der staatlichen Institutionen und des öffentlichen Dienstes sicherzustellen, so z.B. Richter, Schulen, Krankenhäuser, Trinkwasserversorgung;
- zusammen mit der kolumbianischen Regierung die Geißel der **Droge** bekämpft, deren Erzeugung und Handel auf direktem Wege den Konflikt speist; da sie auf der Grundlage des Koordinierungs- und Kooperationsmechanismus EU-lateinamerikanische und karibische Staaten und ihres Aktionsplans arbeitet, übernimmt die EU den Teil der Verantwortung, der ihr auf diesem Gebiet zukommt; sie unterstützt die Initiativen für alternative Entwicklungsformen in Kolumbien im Rahmen der europäischen Strategie für die Drogenbekämpfung 2005-2012, die auch die Bekämpfung des Drogenkonsums in Europa und die Zerschlagung der kriminellen Netzwerke, die den Drogenhandel organisieren, mit umfasst;
- auf die zugunsten der Sicherheit der Individuen («human security»), im Zusammenhang mit den Anforderungen der kolumbianischen Regierung und den auferlegten Einschränkungen durch die gemeinschaftlichen Instrumente für die Entwicklungszusammenarbeit und für die Stabilität hinarbeitet, nämlich im Rahmen der Stärkung der Kapazitäten der Zivilgesellschaft und der Regierung zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit und der Verbreitung von leichten und kleinkalibrigen Waffen und der entsprechenden Munition wie auch von Antipersonenminen und explosiven Reststoffen aus dem Krieg, sowie ferner im Rahmen der Unterstützung der vereinbarten Anstrengungen zur Erfüllung der internationalen Verpflichtungen auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung (Umsetzung der Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und der einschlägigen internationalen Übereinkommen). Die Gemeinschaft wird im Zusammenhang mit den Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit für die Bereiche gute Regierung, Demokratie, Menschenrechte sowie die Unterstützung institutioneller Reformen, insbesondere die Kooperation und Zusammenarbeit im Bereich von Sicherheit und Recht betreffend, Maßnahmen durchführen, welche die OECD-DAC Leitlinien vollständig respektieren. Relevante Ratsentscheidungen werden ebenso berücksichtigt.

3. Um langfristig Auswirkungen zur dauerhaften Lösung des Konflikts in Kolumbien zu erzielen, setzt die EU auf die **Förderung der Entwicklung für alle** und verfolgt somit das Ziel, die Wurzeln des bewaffneten Konflikts in Kolumbien auszumerzen (die Aktionen sind in die Schwerpunktsektoren 1 und 3 des nationalen Richtprogramms mit einbezogen).

Die Anführer der illegalen bewaffneten Gruppen haben anscheinend keine Ideologie mehr zu verteidigen, und gleichwohl machen sie sich die Hoffnungslosigkeit und den Mangel der jungen Menschen an sozialer Unterstützung, Bildung und Arbeitsplätzen zunutze, um ihre Bedeutung hochzuspielen. Das Streben nach Entwicklung für alle muss somit die **Politiken für den sozialen Zusammenhalt** mit einbeziehen.

Die Entwicklung für alle erfolgt auch im Rahmen der **Entwicklung von Wirtschaft und Handel**:

- Die Strategie der EU besteht in der Unterstützung des Prozesses der Wiederbelebung der kolumbianischen Wirtschaft und ihrer Integration in die Weltwirtschaft. Zu diesem Zweck unterstützt die EU Aktionen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit

- im ländlichen Bereich wie auch Projekte für alternative Entwicklungsformen, den Technologietransfer und die Stärkung der Instrumente zur Unterstützung von KMU.
- Ebenso unterstützt die EU die Einhaltung der für die nationalen Erzeugnisse geltenden technischen Regelungen und fördert damit ihre Vermarktung auf der nationalen wie auch der internationalen Ebene.
  - Angesichts der möglichen Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und der Andengemeinschaft unterstützt die EU die kolumbianische Regierung im Rahmen der Anstrengungen, die sie für die Integration in die Andenregion und die Einhaltung der betreffenden Regionalstrategie zusagt. Die Ergebnisse der zur Evaluierung des jeweiligen Bedarfs durchgeführten Studie sind dabei zu berücksichtigen.
  - Kolumbien profitiert auch weiterhin von den Initiativen zur Förderung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der EU und Lateinamerika.
  - Kolumbien kommt insbesondere in den Genuss des APS+, das den Ländern gewährt wird, die sich dazu verpflichten, die wichtigsten internationalen Normen auf dem Gebiet der Menschenrechte und des Arbeitsrechts sowie die Übereinkommen über den Umweltschutz und die verantwortungsvolle Regierungsführung zu ratifizieren und effektiv umzusetzen. Somit bietet die EU eine zusätzliche Unterstützung, um die Anstrengungen Kolumbiens auf diesen Gebieten zu flankieren.

Zur Entwicklung für alle gehört auch die **Umweltqualität und die Erhaltung der biologischen Vielfalt**, für die sektorspezifische Aktionen im Rahmen der Initiativen für den Frieden ins Auge gefasst sind. So erfolgt die Förderung der nachhaltigen Nutzung von umweltfreundlichen Gütern und Diensten, insbesondere derjenigen, die die biologische Vielfalt, die Böden und das Wasser betreffen.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Bedeutung von Kooperationsmaßnahmen gewidmet, die zur Verwirklichung sowohl der Millenniumsziele in Kolumbien als auch der europäischen und internationalen Verpflichtungen zur Bekämpfung von HIV/AIDS beitragen.

Zur Entwicklung für alle gehört auch die Förderung der **Wissensgesellschaft**, wie die EU dies für sich in der Strategie von Lissabon festgelegt hat <sup>36</sup>. Die EU stützt sich dabei im Rahmen der Beziehungen EU-Lateinamerika auf die Außenaspekte der internen Politiken der EU, um die Wissensgesellschaft in Kolumbien zu fördern: Dialog und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Informationsgesellschaft, der Forschung und technologischen Entwicklung, der Kultur, Erziehung und Bildung.

### **Die EU-Strategie für Kolumbien wird im Rahmen folgender Maßnahmen zugleich umgesetzt:**

1. Bilateralen Dialog auf andiner Ebene für die Teilregion und auf lateinamerikanischer Ebene für die Region; Beteiligung der EU an den multilateralen Gremien für die Unterstützung des Friedensprozesses (G-24, UNO) ;

---

<sup>36</sup> Der außerordentliche Europäische Rat, der vom 23.-24. März 2000 in Lissabon tagte, hat für die Europäische Union das neue strategische Ziel festgelegt, die Beschäftigungssituation, die wirtschaftlichen Reformen und den sozialen Zusammenhalt im Rahmen einer auf Wissen gestützten Wirtschaft zu stärken.

2. Handelspolitik der EU begünstigt den Zugang zum Gemeinschaftsmarkt für Erzeugnisse aus den Entwicklungsländern;

3. Finanzhilfe zu Lasten des Haushaltskapitels "Außenbeziehungen" des Haushaltsplans der Gemeinschaften, einschließlich der programmierbaren bilateralen Zusammenarbeit mit Kolumbien, der Andengemeinschaft und Lateinamerika ebenso wie humanitäre Hilfe, Stabilitäts- und Menschenrechtsinstrumente und einige der thematischen Programme: Umwelt; Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden, In die Menschen investieren, Migration, Sicherung der Lebensmittelversorgung ;

4. Außenaspekte der internen Politiken der EU.

Jeder Schritt der Strategie wird unter Berücksichtigung der Chancengleichheit (im Zusammenhang mit der Anwendung von Gewalt, von der insbesondere die Frauen betroffen sind) und der spezifischen Bedürfnisse der indigenen Bevölkerungsgruppen (die aufgrund des Konflikts noch schutzbedürftiger sind), der Rechte von Kindern, der Förderung der Demokratie, der guten Regierung, der nachhaltigen Entwicklung und des Kampfes gegen HIV/AIDS durchgeführt.

### **Strategie EU/Andengemeinschaft**

Die Strategie der EU für Kolumbien wird auf der Ebene der Andengemeinschaft durch eine Regionalstrategie ergänzt, die die den Andenländern gemeinsamen Probleme behandelt: regionale Wirtschaftsintegration, sozialer Zusammenhalt und Drogenbekämpfung.

## **6. NRP: PROGRAMMPLANUNG DER PROGRAMMIERBAREN HILFE DER EU ZUGUNSTEN KOLUMBIENS**

Zur Unterstützung der Aktionsstrategie der EU als Antwort auf die Herausforderungen Kolumbiens konzentriert sich der im Haushaltsplan der Gemeinschaft vorgesehene programmierbare Teil der Hilfe für Drittländer auf die folgenden Fördersektoren:

1. Frieden und Stabilität einschließlich alternativer Entwicklungsformen;
2. Rechtsstaatlichkeit, Justizwesen und Menschenrechte;
3. Wettbewerbsfähigkeit und Handel.

Außerdem wird angenommen, dass Kolumbien, um eine ganzheitliche Förderung zu erhalten, die gewünscht ist, in den Genuss von Mitteln aus bestimmten Instrumenten und thematischen Programmen (nicht programmierbar) kommen kann <sup>37</sup>.

Bei allen von der EU finanzierten Aktionen ist zu berücksichtigen, dass sie sich auch auf die Querschnittsthemen auswirken sollen, so insbesondere Menschenrechte, Demokratisierung und verantwortungsvolle Staatsführung, Gleichstellung von Frauen und Männern, Rechte des Kindes, Rechte der kolumbianischen Urvölker und ihre Existenzgrundlage, Schutz und Förderung der Kultur, Umweltschutz, Bekämpfung von HIV/AIDS und Konfliktlösung. Darüber hinaus sind die Rechte der indigenen Völker wie auch ihre Lebensgrundlagen zu schützen.

### **6.1. Frieden und Stabilität einschließlich alternativer Entwicklungsformen: 70 % des NRP**

(CAD-Code 430: Andere multisektorielle Maßnahmen)

Im Rahmen der Unterstützung der Initiativen für den Frieden, die Wirtschaftsentwicklung und die Drogenbekämpfung strebt die EU mit ihren Kooperationsmaßnahmen auch eine Stärkung des **sozialen Zusammenhalts** in Kolumbien an.

Die Europäische Union erneuert ihre Unterstützung für die Suche nach einer Verhandlungslösung für den internen bewaffneten Konflikt in Kolumbien.

Die von der EU seit 2002 durchgeführte Strategie der Friedenslaboratorien unterstützt lokale Initiativen zur Schaffung von Friedenszonen und Räumen für das ausgewogene Miteinander der Bürger, Wirtschaftsentwicklung und Wiederaussöhnung. Angesichts der Wirkungen, der erzielten Ergebnisse und der bisherigen Lehren und Erfahrungen auf diesem Gebiet setzt die EU ihre Unterstützung für die lokalen Friedensprozesse fort und stützt sich dabei auf die lokalen Institutionen und auf die Zivilgesellschaft.

Nachdem die Verordnung „Hilfe für entwurzelte Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern Asiens und Lateinamerikas“<sup>38</sup> im Dezember 2006 ausläuft, soll die

---

<sup>37</sup> Im Zeitraum 2001-2006 hat Kolumbien in Ergänzung der programmierbaren Hilfe in Höhe von 105 Millionen Euro weitere 170 Millionen Euro im Rahmen von nicht programmierbarer Hilfe erhalten.

Unterstützung der lokalen Friedensprozesse für den Zeitraum 2007-2013 an die Stelle der Maßnahmen treten, die in diesem Rahmen bisher auf diesem Sektor durchgeführt wurden.

**Allgemeine Ziele:** In mehreren Regionen Kolumbiens sollen im Wege der Unterstützung der lokalen Institutionen und der Verteidigung der Menschen- und Grundrechte die nachhaltige menschliche Entwicklung, die Eindämmung aller unerlaubten Tätigkeiten (so insbesondere die Drogenerzeugung und der Drogenhandel sowie der illegale Handel mit leichten Waffen), die Errichtung von Räumen für das ausgewogene Miteinander der Bürger und die Schaffung eines Bereichs für öffentliche Aufgaben gefördert werden, und zwar im Rahmen der Förderung der Friedensdialoge und der nachhaltigen sozioökonomischen Entwicklung als Mittel zur Konfliktlösung.

**Spezifische Ziele:**

- Konsolidierung der Friedensaktionen, Stärkung der institutionellen Kapazitäten und der nachhaltigen Entwicklung in mehreren Regionen des Landes, insbesondere in denen, auf die sich die von der EG im Zeitraum 2002-2006 finanzierten Aktionen für den Frieden und die lokale Entwicklung konzentrierten;
- ganzheitliche lokale Entwicklung gemäß einem mehrere Aspekte umfassenden Konzept, Stärkung der institutionellen Kapazitäten, Förderung der grundlegenden Infrastrukturen, Kultur des Handelns nach Recht und Gesetz, soziale und menschliche Entwicklung zur Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen auf der lokalen Ebene und von alternativen Entwicklungsformen in den Gebieten mit illegalen Pflanzenkulturen;
- Unterstützung der Prozesse der Stabilisierung der sozio-ökonomischen Situation der Bevölkerungsgruppen, Gemeinschaften und Opfer des bewaffneten Konflikts an dem zivilen Leben, einschließlich der vertriebenen und zwangsverschleppten Bevölkerungsgruppen sowie der Opfer von Tretminen und explosiven Reststoffen aus dem Krieg.

**Art der Maßnahmen:** In der Vergangenheit hatte das mit dem Vorhaben der Friedenslaboratorien geweckte Interesse auch die aktive und fortgesetzte Beteiligung der Weltbank, der Vereinten Nationen und der Zentralregierung zur Folge, wobei letztere gerne die Federführung übernehmen wollte, um dabei auf die nationale staatliche Politik einwirken zu können. Auf Dauer ist somit vorgesehen, dieses Thema im Rahmen eines globalen Konzepts und gegebenenfalls einer Budgethilfe zugunsten der Friedensaktionen und der lokalen Entwicklung in Angriff zu nehmen, um insbesondere den Auf- und Ausbau der öffentlichen Dienst- und Versorgungsleistungen in den betreffenden Gebieten zu fördern. So kann der kolumbianischen Regierung dabei geholfen werden, ihr bisher auf Ruhe und Absicherung ausgerichtetes Konzept zu vervollständigen, indem die staatliche Präsenz auf dem gesamten Hoheitsgebiet in Form von öffentlichen Institutionen und Dienst- und Versorgungsleistungen sichergestellt wird.

---

38 Siehe Anhang: Maßnahmen zugunsten der entwurzelten Bevölkerungsgruppen, die für Kolumbien im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 2130/2001 „Hilfe für entwurzelte Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern Asiens und Lateinamerikas“ finanziert werden, die im Dezember 2006 ausläuft.

Im Rahmen der Drogenbekämpfung werden die Aktionen für alternative Entwicklungsformen verstärkt und sind damit ein wichtiger Bestandteil der Initiativen für den Frieden und die wirtschaftliche Entwicklung. Bei diesen Aktionen sind ihre etwaigen Auswirkungen auf die Umwelt zu berücksichtigen, so insbesondere wenn es dabei darum geht, andere Arten von pflanzlichen Kulturen durch Abholzung oder den Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln zu fördern.

**Begünstigte:** besonders schutzbedürftige Bevölkerung, vertriebene und zwangsverschleppte Bevölkerungsgruppen, Gemeinschaften, Sozialorganisationen und lokale Behörden, nationale Institutionen und Behörden.

**Indikatoren für die erzielten Wirkungen:**

- Verbesserter Zugang zu den grundlegenden sozialen Versorgungsleistungen;
- mehr Stellenangebote auf lokaler Ebene;
- gestiegene Produktion und höheres Pro-Kopf-Einkommen in den spezifischen Gebieten;
- Komplementarität der öffentlichen Investitionen des Staates und der europäischen Zusammenarbeit;
- weniger illegale Aktivitäten und Handelsgeschäfte.

**6.2. Rechtsstaatlichkeit, Justizwesen und Menschenrechte: 20 % des NRP**

(CAD-Code 150: Regierung und Zivilgesellschaft)

Angesichts der Herausforderungen, die Kolumbien bewerkstelligen muss, um das Vertrauen seiner Bürger wiederzuerlangen, hält die EU die Stärkung des kolumbianischen Justizsystems für erforderlich. Auf dem Gebiet der Unterstützung der Menschenrechte gilt es, die Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplans zu fördern und die darin enthaltenen Aktivitäten zu unterstützen. In Bezug auf die Förderung der verantwortungsvollen Regierungsführung sollen die Aktionen zur Bekämpfung der Korruption wie auch die Aktionen zur Förderung der institutionellen Zurechenbarkeit und Verantwortlichkeit, der Demokratie und des sozialen Dialogs Unterstützung finden.

Mit den Aktionen wird die Ausarbeitung und Durchführung von zweckdienlichen nationalen Politiken unterstützt, und zwar nach Möglichkeit im Wege von sektorspezifischen Aktionen/Programmen und in Ergänzung zu den Aktionen, die im Rahmen der thematischen Programme finanziert werden.

**Allgemeine Ziele:** Stärkung des Rechtsstaats im Rahmen eines effizienteren Justiz- und Polizeisystems; Gewährleistung der Menschenrechte; verantwortungsvolle Regierungsführung und Förderung des sozialen Dialogs.

**Spezifische Ziele:**

- Stärkung der Reaktionskapazitäten des Justiz- und Polizeisystems und der justiziellen Zusammenarbeit zwischen diesen staatlichen Stellen, insbesondere auf der lokalen Ebene, in Kohärenz mit der nationalen Politik;

- Verbesserung der Kapazitäten des Staates zur Stärkung seines Dialoges mit der kolumbianischen Bevölkerung auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Teilhabe der Bürger;
- Beiträge zur Entwicklung des sozialen Dialogs, insbesondere zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgebern, zu leisten.

#### **Art der Maßnahmen:**

- Unterstützung des Staates bei der Umsetzung und Anwendung der spezifischen Empfehlungen des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte;
- Unterstützung der Initiativen für die Justiz in der Zeit des Übergangs und/oder für die Wiederherstellung der Ordnung und die Wiederaussöhnung;
- Stärkung der Untersuchungs-, und Aburteilungskapazitäten des Staates;
- Unterstützung der Aktionen zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat zur Förderung einer Kultur des Handelns nach Recht und Gesetz, der Teilhabe der Bürger und der verantwortungsvollen Regierungsführung;
- Unterstützung der Aktionen zur Förderung einer Kultur des sozialen Dialogs;
- Unterstützung der Durchführung der entscheidenden Vorbeugungs- und Verhütungssowie Schutzmaßnahmen (für Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten, Journalisten usw.);
- Stärkung der institutionellen Kapazitäten auf dem Gebiet der Hilfe für besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen;
- Förderung der Korruptionsbekämpfung durch Aktionen zur Förderung der Transparenz bei der Verwaltung des öffentlichen Eigentums.

#### **Indikatoren für die erzielten Wirkungen:**

- Aufklärung von schweren Delikten, einschließlich derer mit Menschenrechtsverletzungen;
- Verkürzung der Dauer der Rechtswegs bez. der Gerichtsverfahren oder Beibehaltung nur in den Grenzen der gesetzlich geregelten Standards;
- bessere Obhut und Versorgung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch die staatlichen Institutionen;
- bessere Qualität der Leistungen an die Opfer;
- rückläufige Indikatoren für vorliegende Korruption (amtliche Quellen und Zivilgesellschaft) ;
- bessere Absicherung der Obhut und Versorgung der besonders schutzbedürftigen Personen/Gruppen;
- Vorhandensein und wirksames Funktionieren von Konsultationsmechanismen zwischen den Behörden und den schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen;
- Vorhandensein von wirksamen Konsultationsmechanismen und des sozialen Dialogs auf Zwei- und Dreiparteienebene;
- wirksame Anwendung der Vorschriften des Arbeitsrechts;

- Ausarbeitung, Verbreitung und Anwendung öffentlicher Politiken, die auf die besonders schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sind.

In der Vorgehensweise war bei den Aktionen, die im Laufe des Programmplanungszeitraums 2001-2006 auf dem Gebiet der Menschenrechte und der verantwortungsvollen Staatsführung zulasten nicht programmierbarer Haushaltslinien finanziert wurden, eine ausgezeichnete Komplementarität mit den zulasten der programmierbaren Hilfe finanzierten Aktionen gegeben. Dies sollte in der Zukunft fortgesetzt werden.

### **6.3. Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Handel: 10 % des NRP**

(CAD-Code 331: Handel)

Im Rahmen der auf offene Wirtschaftssysteme ausgerichteten Globalisierung haben die Entwicklungsländer und die Länder mit mittleren Einkommen nur die Alternative, in den Wettbewerb einzutreten und dabei Erzeugnisse mit höherer Wertschöpfung anzubieten. Jede Maßnahme muss nach den Kriterien erfolgen, die für die Förderung der Schaffung von Kapazitäten gelten, die wiederum den Qualitätsnormen und den von den nationalen und internationalen (und insbesondere den europäischen) Märkten aufgestellten Regeln entsprechen müssen. Die Unterstützung der EG kommt auch durch die Unterstützung von Initiativen zum Ausdruck, die auf die wirtschaftliche Integration Kolumbiens in die Andenregion abzielen. Das durchzuführende Programm wird auf der Grundlage einer Untersuchung zur Evaluierung des Bedarfs auf handelspolitischem Gebiet ausgearbeitet, die im Laufe des Jahres 2006 abgeschlossen sein dürfte.

**Allgemeines Ziel:** Stärkung der für die Integration in eine globalisierte Wirtschaft erforderlichen Kapazitäten des Landes.

#### **Spezifische Ziele:**

- Anstieg der Wettbewerbsfähigkeit und der Kapazitäten der Wirtschaftsakteure;
- Unterstützung der Vermarktung der auf lokaler Ebene hergestellten Produkte auf den nationalen und internationalen Märkten;
- Bereitstellung von Absatzmärkten für Erzeugnisse, die aus den Gebieten für alternative Entwicklungsformen hervorgehen, in denen Projekte durchgeführt werden, die dem Zweck der alternativen Erzeugung und damit der Bekämpfung der illegalen pflanzlichen Kulturen dienen.

#### **Art der Maßnahmen:**

- Unterstützung von KMU im Wege der Förderung von Unternehmensverbänden, Innovation, technologischer Entwicklung und Technologietransfer;
- Konsolidierung der lokalen Marken auf den traditionellen und den alternativen Absatzmärkten (fairer Handel, grüne Märkte) zur Unterstützung der lokalen Entwicklung;
- technische Hilfe auf dem Gebiet der Handelspolitik und der Verbreitung empfehlenswerter Praktiken
- Ausfuhrförderung.

### Indikatoren für die erzielten Wirkungen:

- Anzahl der Handelsbündnisse, der örtlichen oder landesweiten Zusammenschlüsse und der anderweitigen einschlägigen Verbände und Vereinigungen, die zu Handelszwecken begründet wurden;
- Anstieg der formellen Wirtschaftsaktivitäten in den Fördergebieten;
- Anzahl der konsolidierten Produktionsketten mit Wertschöpfung, die mit den jeweiligen Absatzmärkten in Geschäftsbeziehungen stehen;
- Anstieg der Zahl der kolumbianischen Unternehmen, die den Anforderungen des europäischen Marktes entsprechen;
- Anzahl der örtlichen oder landesweiten Marken, die auf den nationalen und internationalen Märkten formalisiert und positioniert sind;
- Anstieg der Ausfuhren.

Als zusätzliche Aktionen zur bilateralen Zusammenarbeit sind die Instrumente und Programme EU/Lateinamerika und das APS+ für eine ganzheitliche Förderung unverzichtbar; dies gilt insbesondere auch für die Berücksichtigung der tatsächlichen Einhaltung der internationalen Übereinkommen zum Arbeitsrecht.

Die Europäische Kommission stellt sicher, dass im Rahmen ihrer Projekte Systeme für die Erfolgskontrolle und die Evaluierung zur Anwendung kommen, aufgrund derer die Aktionen beurteilt und im Laufe der Durchführung gegebenenfalls die erforderlichen Änderungen vorgenommen werden können. Darüber hinaus können zu diesem Zweck auch Prüfbesuche für die externe Evaluierung durchgeführt werden.

### 6.4. Zeitplan für die Durchführung

NRP 1 : 65% des Gesamtbetrags für Kolumbien

NRP 2 : 35% des Gesamtbetrags für Kolumbien

Sektor 1 : 70% des NRP 1

Sektor 2 : 20% des NRP 1

Sektor 3 : 10% des NRP 1

<b>NRP I</b>					<b>NRP II</b>
	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	2011-2013
Sektor 1 : 70%		50%		50%	
Sektor 2 : 20%	35%		65%		
Sektor 3 : 10%	70%			30%	

## ANHANG

- (1) Karte von Kolumbien
- (2) Kolumbien in Kürze
- (3) Basisdaten über Kolumbien
- (4) Erklärung von Carthagène 2005
- (5) Erklärung von London 2003
- (6) Auszug aus dem Bericht des Hohen Kommissars für Menschenrechte in Kolumbien 2005
- (7) Auszug aus der Erklärung des Präsidenten der Menschenrechtskommission in Genf
- (8) Umweltprofil
- (9) Migrationsprofil
- (10) Spendermatrix
- (11) Kooperationen der europäischen Kommission in Kolumbien 2001 - 2006
- (12) In Kolumbien finanzierte Aktivitäten zugunsten der entwurzelten Völker im Zusammenhang mit Verordnung (2130/2001) „über Maßnahmen im Bereich der Hilfe für entwurzelte Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern Asiens und Lateinamerikas“ (Fristablauf Dezember 2006)
- (13) Horizontale Programme
- (14) Redaktionsverfahren zum Dokument über die Strategie für Kolumbien

## CARTE DE COLOMBIE



Source: Wikipedia, the free encyclopedia

## COLOMBIA AT A GLANCE

<b>Flag:</b>	
<b>Country profile:</b>	Republic of Colombia National name: República de Colombia
<b>Area:</b>	1,138,910 sq km
<b>Population:</b>	42,954,279 (growth rate: 1.5%); birth rate: 20.8/1000; infant mortality rate: 21.0/1000; life expectancy: 71.7; density per sq mi: 98
<b>Language:</b>	Spanish
<b>Administrative Capital:</b>	Santafé de Bogotá, <b>Other large cities:</b> Cali, Medellín, Barranquilla, Cartagena,
<b>Ethnicity/race:</b>	mestizo 58%, white 20%, mulatto 14%, black 4%, mixed black-Amerindian 3%, Amerindian 1%
<b>Religion:</b>	Roman Catholic 90%
<b>Head of state:</b>	President: Alvaro Uribe Velez (2002, reelected in 2006); note - the president is both the chief of state and head of government
<b>Legislative branch:</b>	bicameral Congress or Congreso consists of the Senate or Senado (102 seats; members are elected by popular vote to serve four-year terms) and the House of Representatives or Camara de Representantes (166 seats; members are elected by popular vote to serve four-year terms)
<b>Literacy rate:</b>	94%
<b>Natural resources:</b>	petroleum, natural gas, coal, iron ore, nickel, gold, copper, emeralds, hydropower.
<b>Unemployment:</b>	13.6%.
<b>Major trading partners:</b>	U.S., EU, Venezuela, Ecuador, , Mexico, Japan, Brazil, China

Sources: World Bank: Global Data Information System, UN Statistics Division – Common Database, Information Please® Database; Wikipedia, the free encyclopedia, Andean Community web

(all data 2004 unless specified)

## COLOMBIA DATA PROFILE

**1. Selected social indicators****1.1 Indicators related to the Millennium Development Goals**

	1990	1994	1997	2000	2003
<b>Goal 1: Eradicate extreme poverty and hunger</b>					
<a href="#">Percentage share of income or consumption held by poorest 20%</a>	..	..	..	2.7	..
<a href="#">Population below \$1 a day (%)</a>	2.8	3.1	14.5	8.2	..
<a href="#">Population below minimum level of dietary energy consumption (%)</a>	..	..	13.0	..	13.0
<a href="#">Poverty gap ratio at \$1 a day (incidence x depth of poverty)</a>	0.8	0.5	8.8	2.2	..
<a href="#">Poverty headcount, national (% of population)</a>	..	60.0	..	64.0	..
<a href="#">Prevalence of underweight in children (under five years of age)</a>	10.1	8.4	..	6.7	..
<b>Goal 2: Achieve universal primary education</b>					
<a href="#">Net primary enrollment ratio (% of relevant age group)</a>	68.1	..	86.6	88.5	87.4
<a href="#">Primary completion rate, total (% of relevant age group)</a>	71.0	80.0	90.0	91.0	88.0
<a href="#">Proportion of pupils starting grade 1 who reach grade 5</a>	62.1	..	63.4	60.9	..
<a href="#">Youth literacy rate (% ages 15-24)</a>	..	..	..	..	97.6
<b>Goal 3: Promote gender equality and empower women</b>					
<a href="#">Proportion of seats held by women in national parliament (%)</a>	5.0	..	12.0	12.0	12.0
<a href="#">Ratio of girls to boys in primary and secondary education (%)</a>	114.0	..	102.7	103.7	103.7
<a href="#">Ratio of young literate females to males (% ages 15-24)</a>	..	..	..	..	101.7
<a href="#">Share of women employed in the nonagricultural sector (%)</a>	42.6	43.6	46.1	48.8	48.8
<b>Goal 4: Reduce child mortality</b>					
<a href="#">Immunization, measles (% of children ages 12-23 months)</a>	82.0	87.0	75.0	75.0	92.0
<a href="#">Infant mortality rate (per 1,000 live births)</a>	30.0	24.0	..	20.0	18.0
<a href="#">Under 5 mortality rate (per 1,000)</a>	36.0	29.0	..	24.0	21.0
<b>Goal 5: Improve maternal health</b>					
<a href="#">Births attended by skilled health staff (% of total)</a>	81.8	85.6	..	86.4	..
<a href="#">Maternal mortality ratio (modeled estimate, per 100,000 live births)</a>	..	..	..	130.0	..

<b>Goal 6: Combat HIV/AIDS, malaria, and other diseases</b>					
<u>Contraceptive prevalence rate (% of women ages 15-49)</u>	66.1	72.2	..	76.9	..
<u>Incidence of tuberculosis (per 100,000 people)</u>	57.5	55.8	54.6	53.5	52.3
<u>Number of children orphaned by HIV/AIDS</u>	..	..	..	..	..
<u>Prevalence of HIV, total (% of population aged 15-49)</u>	..	..	..	0.5	0.7
<u>Tuberculosis cases detected under DOTS (%)</u>	..	..	..	83.0	7.3
<b>Goal 7: Ensure environmental sustainability</b>					
<u>Access to an improved water source (% of population)</u>	92.0	..	..	..	92.0
<u>Access to improved sanitation (% of population)</u>	82.0	..	..	..	86.0
<u>Access to secure tenure (% of population)</u>	..	..	..	..	..
<u>CO2 emissions (metric tons per capita)</u>	1.6	1.8	1.6	1.4	..
<u>Forest area (% of total land area)</u>	49.6	..	..	47.8	..
<u>GDP per unit of energy use (2000 PPP \$ per kg oil equivalent)</u>	8.4	8.3	8.7	9.3	<i>10.0</i>
<u>Nationally protected areas (% of total land area)</u>	..	..	..	..	10.2
<b>Goal 8: Develop a global partnership for development</b>					
<u>Aid per capita (current US\$)</u>	2.6	2.1	4.9	4.4	18.0
<u>Debt service (% of exports)</u>	69	58	36	41	69
<u>Fixed line and mobile phone subscribers (per 1,000 people)</u>	69.1	95.1	166.2	223.3	320.6
<u>Internet users (per 1,000 people)</u>	..	1.0	5.2	20.7	52.5
<u>Personal computers (per 1,000 people)</u>	..	13.2	30.3	35.4	<i>49.3</i>
<u>Unemployment, youth female (% of female labor force ages 15-24)</u>	31.4	21.0	28.3	40.7	..
<u>Unemployment, youth male (% of male labor force ages 15-24)</u>	23.4	11.9	20.7	31.9	..
<u>Unemployment, youth total (% of total labor force ages 15-24)</u>	27.1	16.2	24.2	36.3	..
<b>Source: World Development Indicators database, April 2005 (figures in italics refer to periods other than those specified)</b>					

## 1.2 Others

	1985	1990	1995	2000	2003
<b>Human Development Index *</b>	0,708	0,727	0,752	0,773	0,785 Colombia ranked <b>69</b> in the total of 177 countries included in the HDR
<b>Gender-related Development Index **</b>	-	-	-	-	0,780 Colombia ranked <b>55</b> in the total of 177 countries included in the HDR

Source: UN Human Development Report 2005

\*The HDI – human development index – is a summary composite index that measures a country's average achievements in three basic aspects of human development: longevity, knowledge, and a decent standard of living. Longevity is measured by life expectancy at birth; knowledge is measured by a combination of the adult literacy rate and the combined primary, secondary, and tertiary gross enrolment ratio; and standard of living by GDP per capita (PPP US\$).

\*\*The GDI – gender-related development index – is a composite indicator that measures the average achievement of a population in the same dimensions as the HDI while adjusting for gender inequalities in the level of achievement in the three basic aspects of human development. It uses the same variables as the HDI, disaggregated by gender.

## 2. Selected economic, finance and trade indicators

### 2.1 Economic and finance indicators

	2000	2003	2004
GNI, Atlas method (current US\$)	86.8 billion	81.7 billion	90.6 billion
GNI per capita, Atlas method (current US\$)	2,050.0	1,830.0	2,000.0
GDP (current \$)	83.8 billion	80.0 billion	97.4 billion
GDP growth (annual %)	2.9	4.0	4.0
GDP implicit price deflator (annual % growth)	12.1	8.2	7.0
Inflation rate (%)*		7,1	5,9
Value added in agriculture (% of GDP)	14.0	12.3	12.6
Value added in industry (% of GDP)	30.3	29.4	0.0
Value added in services (% of GDP)	55.6	58.3	87.4
Foreign direct investment, net inflows in reporting country (current US\$)	2.4 billion	1.7 billion	..
Present value of debt (current US\$)	33.5 billion	36.3 billion	..
Total debt service (% of exports of goods and services)	27.8	43.7	..
Short-term debt outstanding (current US\$)	2.9 billion	3.6 billion	..

Source: World Bank: World Development Indicators database, August 2005

\*Source: MFI, delivered by DG Trade website

## 2.2 Trade indicators

	2000	2003	2004
<u>Exports of goods and services (% of GDP)</u>	21.5	21.4	19.1
Total exports (US\$ millions)		12,812	16,216
Coffee		806	950
Petroleum		3,383	4,180
Manufactures		4,801	6,413
<u>Imports of goods and services (% of GDP)</u>	19.4	22.5	21.2
Total imports (US\$ millions)		12,792	15,324
Food		1,417	1,554
Fuel and energy		239	262
Capital goods		3,671	4,110
Trade in goods as a share of GDP (%)	29.3	33.8	..
High-technology exports (% of manufactured exports)	7.7	6.5	..
Rank of Columbia as an EU's trade partner*			
Total			48
Imports from Columbia			44
Exports to Columbia			52

Source: World Bank: World Development Indicators database, August 2005

\*Source: EUROSTAT 2005

## 2.3 EU-Colombia Trade indicators

### 2.3.1 European Union, trade with Colombia (in Mio euro)

Year	Imports	Yearly % change	Share of total EU imports	Exports	Yearly % change	Share of total EU exports	Balance	Imports + Exports
2000	2 424		0.24	1 944		0.23	-480	4 368
2001	2 480	2.3	0.25	2 158	11.0	0.24	-322	4 638
2002	2 416	-2.6	0.26	1 890	-12.4	0.21	-526	4 306
2003	2 367	-2.0	0.25	2 035	7.6	0.23	-332	4 402
2004	2 957	24.9	0.29	1 927	-5.3	0.20	-1 030	4 884
3m 2004	693		0.29	468		0.21	-225	1 161
3m 2005	725	4.7	0.28	499	6.6	0.21	-226	1 224
Average annual growth		5.1			-0.2			2.8

Source: EUROSTAT 2005

### 2.3.2 Colombia, trade with European Union (in Mio euro)

Year	Imports	Yearly % change	EU Share of total imports	Exports	Yearly % change	EU Share of total exports	Balance	Imports + Exports
2000	2 141		17.62	1 986		13.94	-154	4 127
2001	2 505	17.0	17.73	1 950	-1.8	14.22	-554	4 455
2002	1 973	-21.2	14.89	1 749	-10.3	13.72	-224	3 722
2003	1 951	-1.1	16.09	1 682	-3.8	14.59	-268	3 633
2004	2 102	7.7	16.73	2 750	63.5	20.49	649	4 852
Average annual growth		-0.5			8.5			4.1

Source: IMF

### 2.3.3 Colombia's Trade balance with main partners (2004)

The major import partners			The major export partners			The major trade partners		
Partners	Mio euro	%	Partners	Mio euro	%	Partners	Mio euro	%
World	12 561	100.0	World	13 420	100.0	World	25 982	100.0
1 USA	3 885	30.9	1 USA	5 510	41.1	1 USA	9 395	36.2
2 EU	2 102	16.7	2 EU	2 750	20.5	2 EU	4 852	18.7
3 Venezuela	732	5.8	3 Ecuador	784	5.8	3 Venezuela	1 374	5.3
4 Brazil	657	5.2	4 Venezuela	641	4.8	4 Ecuador	1 134	4.4
5 Japan	655	5.2	5 Peru	405	3.0	5 Mexico	997	3.8
6 Mexico	636	5.1	6 Mexico	361	2.7	6 Japan	866	3.3
7 China	538	4.3	7 Dominican Republi	345	2.6	7 Brazil	751	2.9
8 Ecuador	350	2.8	8 Canada	257	1.9	8 China	666	2.6
9 Korea	289	2.3	9 Japan	212	1.6	9 Peru	599	2.3
10 Chile	273	2.2	10 Chile	209	1.6	10 Canada	524	2.0
11 Canada	267	2.1	11 Costa Rica	195	1.5	11 Chile	482	1.9
12 Argentina	220	1.7	12 Panama	172	1.3	12 Korea	365	1.4
13 Peru	193	1.5	13 China	128	1.0	13 Dominican Republ	347	1.3
14 Bolivia	170	1.3	14 Switzerland	115	0.9	14 Switzerland	281	1.1
15 Switzerland	166	1.3	15 Trinidad Tobago	99	0.7	15 Argentina	239	0.9
16 India	96	0.8	16 Brazil	93	0.7	16 Costa Rica	211	0.8
17 Hong Kong	81	0.6	17 Guatemala	92	0.7	17 Bolivia	206	0.8
18 Israel	76	0.6	18 Israel	89	0.7	18 Panama	190	0.7
19 Thailand	63	0.5	19 Korea	76	0.6	19 Israel	164	0.6
20 Indonesia	59	0.5	20 Turkey	70	0.5	20 Trinidad Tobago	128	0.5

Source: IMF

### 2.3.4 European Union, Imports from Colombia by product grouping (Mio euro)

SITC Rev.3 Product Groups	2000	%	2002	%	2004	%
<b>TOTAL</b>	<b>2 424</b>	<b>100.0</b>	<b>2 416</b>	<b>100.0</b>	<b>2 957</b>	<b>100.0</b>
<b>Primary Products</b>	<b>2 022</b>	<b>83.4</b>	<b>1 999</b>	<b>82.7</b>	<b>2 325</b>	<b>78.6</b>
<i>of which:</i>						
Agricultural prod.	1 263	52.1	1 150	47.6	1 147	38.8
Energy	753	31.0	830	34.3	1 142	38.6
<b>Manuf. Products</b>	<b>394</b>	<b>16.3</b>	<b>407</b>	<b>16.8</b>	<b>611</b>	<b>20.7</b>
<i>of which:</i>						
Machinery	17	0.7	34	1.4	15	0.5
Transport equipm	15	0.6	9	0.4	166	5.6
<i>of which:</i>						
Automotive prod.	1	0.0		0.0		0.0
Chemicals	27	1.1	30	1.2	37	1.3
Textiles and cloth.	55	2.3	55	2.3	43	1.4

Source: EUROSTAT 2005

### 2.3.5 European Union, Exports to Colombia by product grouping (Mio euro)

SITC Rev.3 Product Groups	2000	%	2002	%	2004	%
<b>TOTAL</b>	<b>1 944</b>	<b>100.0</b>	<b>1 890</b>	<b>100.0</b>	<b>1 927</b>	<b>100.0</b>
<b>Primary Products</b>	<b>165</b>	<b>8.5</b>	<b>150</b>	<b>7.9</b>	<b>140</b>	<b>7.3</b>
<i>of which:</i>						
Agricultural prod.	137	7.1	119	6.3	108	5.6
Energy	3	0.1	4	0.2	5	0.3
<b>Manuf. Products</b>	<b>1 702</b>	<b>87.6</b>	<b>1 672</b>	<b>88.5</b>	<b>1 629</b>	<b>84.5</b>
<i>of which:</i>						
Machinery	512	26.3	490	25.9	628	32.6
Transport equipm	147	7.5	150	8.0	129	6.7
<i>of which:</i>						
Automotive prod.	94	4.9	129	6.8	100	5.2
Chemicals	556	28.6	559	29.6	492	25.5
Textiles and cloth.	68	3.5	69	3.6	44	2.3

Source: EUROSTAT 2005

### CARTAGENA DECLARATION, FEBRUARY 2005

1. On 3 – 4 February 2005, the second meeting of the international Coordination and Cooperation Board for Colombia took place in Cartagena de Indias to continue the policies and cooperation dialogue initiated in London on 10 July.
2. The meeting was convened by the President of the Republic of Colombia, Mr. Álvaro Uribe Vélez, and was attended by high-level representatives of the governments of Argentina, Brazil, Canada, Chile, United States of America, Japan, México, Norway, Switzerland, The European Union and its member countries, together with representatives of the European Commission, the United Nations system, the Andean Development Corporation (CAF), the Inter-American Development Bank, The International Monetary Fund, the World Bank, and the Colombian Government.
3. The President and the Vice President of Colombia, the Minister of Foreign Affairs, The Minister of Internal Affairs and Justice, the High Commissioner for Peace, the Director of the National Planning Department and the Presidential Counsellor for Social Action participated on behalf of Colombia, submitting reports on the progress of government policies, the peace process, human rights and the National Strategy for International Cooperation.
4. The attending government representatives, members of the G-24, reaffirming the London Declaration, highlighted the importance of the processes started therein. In addition, they acknowledge the efforts made, the mechanisms established, such as the Follow-up Commission, and the achievements attained by the Government of Colombia in relation to the aforementioned Declaration.

The participants favorably received the points of view put forth by civil society as an important contribution to building a dialogue conducive to peace.

5. They reaffirmed their support of the Colombian Government in its efforts to improve the well-being and the security of all citizens, and in the fight against terrorism and illegal drugs. They acknowledge the progress being made within a democratic context by improving governance and promoting institutional presence and law enforcement to ensure respect for the law and human rights throughout the country and for International Humanitarian Law, where applicable.
6. They supported and acknowledge the efforts and progress being made in the search for a peaceful and negotiated solution to the situation of internal violence stemming from the conflict with illegal armed groups, highlighting the work undertaken by the Secretary-General of the United Nations, the Organization of American States, the Catholic Church, the Government of Mexico and other countries.
7. They demanded that illegal armed groups commit to a cease fire and a meaningful peace process, show respect for International Humanitarian Law and the rights to which Colombians are entitled, stop attacks on civilian population, recruitment of minors and extortion, halt the production and trafficking of illegal drugs and immediately free all *kidnapped persons*. In this context, they underscored the benefits that a humanitarian agreement could bring, taking into account the rule of law and International Humanitarian Law.
8. They highlighted the importance and relevance of the disarmament, demobilization and reinsertion processes that have been taking place. They stressed the need to complement the current legal framework with legislation that would fulfil the principles of truth, justice and reparation thus permitting further support for such processes.

9. They highlighted the progress made and the willingness of the Government and state institutions to work towards implementing the recommendations of the United Nations High Commissioner for Human Rights, and encouraged them to continue with their efforts in order to obtain results as soon as possible. In this sense, they stressed the importance of the Government's initiative to develop a National Action Plan for Human Rights and its intention to reach an agreement in this respect with broad sectors of Colombian society, so as to help build an environment that favors peaceful coexistence, justice and reconstruction of the social fabric. They took note of the recent changes made in the judicial system to strengthen justice and the fight against impunity.
10. Acknowledging the achievements attained, they encouraged the Government to continue to strengthen its presence throughout the country, stressing the need to reinforce existing measures to guarantee the right to life and freedom of expression for union members, journalists, human rights defenders and leaders of civil society in their legitimate and important work, urging it to firmly maintain this commitment. They made a vigorous appeal to illegal armed groups to respect these rights.
11. They reiterated their demand that illegal armed groups comply with the recommendation issued by the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights in Colombia.
12. They congratulated the Colombian Government for the recent destruction of mines stockpiled by the Armed Forces, in compliance with the Convention on the Prohibition of Use, Stockpiling, Production and Transfer of Anti-personnel Mines and their Destruction. They acknowledge this measure as an additional expression of Colombia's commitment to the consolidation of International Humanitarian Law. They demanded that illegal armed groups immediately cease the production and use of anti-personnel mines.
13. They acknowledge the efforts of the Government and encouraged that they be continued in order to improve the serious conditions facing the vulnerable population, particularly those of the internally displaced, indigenous communities and Afro-Colombians. They expressed the need to strengthen attention to this worrying humanitarian situation. In this sense, they supported efforts that seek long-lasting solutions, such as the National Plan for Integral Attention to the Displaced Population and the Humanitarian Action Plan, on which an agreement is still pending.
14. They highlighted the importance of the discussion process aimed at establishing the International Cooperation Strategy, in which national public entities, the international community and the civil society have participated actively. At the same time, they welcomed the Colombian Government's willingness to provide space for democratic participation and encouraged it to continue working in this direction.
15. They assumed a commitment to continue to support the International Cooperation Strategy in a decisive and concrete manner, pursuant to the priorities established in the six thematic blocs: "Forest; Return to Civility; Productive and Alternative Development and Peace Programs; Forced Displacement and Humanitarian Assistance". In this context they acknowledged the Governments' commitment to the Millennium Goals.
16. They stressed the support provided by the international community and the importance of dialogue and cooperation between the Government of Colombia and civil society in all its diversity, including the private sector. They reaffirmed their commitment to the Government to continue working in a coordinated manner, with the participation of civil society and relevant international bodies, within the framework of the London Process.

**LONDON DECLARATION, JULY 10, 2003**

## LONDON MEETING ON INTERNATIONAL SUPPORT FOR COLOMBIA

Senior representatives of the Governments of Argentina, Brazil, Canada, Chile, Colombia, the European Union, Japan, Mexico, Norway, Switzerland and the United States of America and of the European Commission, the UN and agencies, the Andean Development Corporation, Inter-American Development Bank, IMF and World Bank met in London on 10 July to discuss the situation in Colombia. All Government representatives present reaffirmed their strong political support for the Colombian Government in its efforts to address threats to democracy, terrorism, illegal drugs, human rights and international humanitarian law violations and the serious humanitarian crisis.

The meeting was opened by Bill Rammell MP, Minister responsible for relations with Latin America in the Foreign and Commonwealth Office.

The Vice President and the Foreign Minister of Colombia attended the meeting and set out their Government's strategy and vision for the future.

The meeting welcomed and acknowledged the views of civil society which were presented by ABColombia and a representative of Colombian civil society.

All Government representatives present expressed their full support for the democratically elected Colombian Government and for all efforts to develop the fully functioning institutions of a democratic state throughout its territory, based on respect for human rights and international humanitarian law and the welfare and safety of all citizens, and to reform the country's institutions. They expressed their support for the Colombian Government in its fight against conflict-related violence and illegal drug production and trafficking, underlining the need in so doing to respect the rule of law, human rights and, when applicable, international humanitarian law.

They welcomed President Uribe's commitment to seek a negotiated solution to the internal conflict in Colombia including through direct engagement with those illegal armed groups prepared to negotiate a peace agreement. They underlined the importance of the contribution of the UN. They offered their full continuing support to the good offices of the UN Secretary-General, and thanked the Special Adviser to the UN Secretary-General on Colombia for his contribution.

They expressed their willingness to provide practical help to the Colombian Government and the UN in peace efforts. They called upon all the illegal armed groups to agree to a ceasefire and to enter a serious negotiating process to seek a peaceful solution to the conflict. They condemned all violent acts against the civilian population and elected representatives and called for the release of kidnap victims, and the halting of narcotics trafficking.

They expressed deep concern about the humanitarian crisis in Colombia, particularly the plight of internally displaced persons, as well as the grave human rights and international humanitarian law situation. They voiced their strong support for the work undertaken by the Office of the UN High Commissioner for Human Rights in Colombia. They noted with satisfaction the Colombian Government's pledge to implement the recommendations made by the UN High Commissioner for Human Rights. They urged the Colombian Government to implement these recommendations promptly and to take effective action against impunity and collusion especially with paramilitary groups.

They welcomed the efforts of President Uribe to reform Colombian institutions in order to develop a fully functioning democratic state throughout its territory, based on the rule of law, respect for human rights, the safety and welfare of its citizens, social and economic reform and

sustainable economic development. They emphasised the importance of such measures, especially in rural areas that have borne the brunt of the conflict, in helping to achieve a peaceful solution. They noted the significant role which the private sector could play in meeting some of these challenges.

They welcomed the Colombian Government's statement that they recognised and supported the role of civil society and Non Governmental Organisations as important stakeholders in carrying out reform, implementing development programmes and defending human rights and moving towards a negotiated settlement of the internal armed conflict. They further welcomed and underlined the importance of the Colombian Government's pledge to protect civil society leaders, including of trade unions, who have suffered threats against themselves and their families.

Finally, they agreed to review and refocus their cooperation programmes with particular emphasis on contributing to the strengthening of state institutions, the alleviation of the humanitarian crisis, the protection of human rights, environmental activities and the development of alternatives to drug production. Having taken careful note of the Colombian Government's priorities in these areas, they agreed to consider how to make their cooperation programmes more effective in the light of the current situation in Colombia, with a view to a donors' co-ordination conference to be organised by the Inter-American Development Bank at a date convenient to the Colombian Government and the donor community.

**Report of the High Commissioner for Human Rights  
on the situation of human rights in Colombia for 2005**

**Summary**

This report by the United Nations High Commissioner for Human Rights on Colombia covers 2005 and is in response to the request formulated by the Commission on Human Rights during its 61st period of sessions.

**National context and evolution of the internal armed conflict**

During 2005, the panorama of the country revolved around debates over important regulations and the impact of the internal armed conflict. Other prominent issues were the notable influence of paramilitaries and the process of negotiation and demobilization of these groups. The Free Trade Agreement (FTA) was also widely discussed. The Constitution was amended to permit the possibility of immediate re-election of the President. The Constitutional Court declared that amendment and the law for electoral guarantees to be in accordance with the Constitution. The adoption in June of Law 975 of 2005, the "Justice and Peace" Law, made it the applicable legal framework for demobilized persons responsible for grave crimes. The evolution of the conflict was characterized by the continuance of the offensive of the security forces against the rearguard of the guerrillas of the Revolutionary Armed Forces of Colombia-Popular Army (FARC-EP), as well as the persistence of attacks against the civilian population by the illegal armed groups. Demobilization of paramilitary groups continued, with some interruptions. No substantive advances were observed regarding freeing persons held by the FARC-EP, in spite of diverse national and international efforts. In the second half of the year, the process of dialogue with the guerrillas of the National Liberation Army (ELN) was activated, which provided for a meeting outside of the country between the Government and leaders of the ELN, in December. Drug trafficking, kidnapping, extortion and contraband gasoline continued to be the main sources of financing for the illegal groups. The High Commissioner visited Colombia in May and met with authorities and representatives of civil society. The UN Working Group on enforced or involuntary disappearances visited the country in July.

**Situation of human rights and international humanitarian law**

The human rights situation was characterized by a series of grave violations linked to civil and political rights and by unresolved challenges in terms of economic, social and cultural rights. Official statistics continued to be unable to adequately reflect this situation and lacked a comprehensive gender focus. The existence of a pattern of extrajudicial executions and forced disappearances was observed, associated with violations linked to the administration of justice and to impunity. Arbitrary detentions, torture and cruel and inhuman or degrading treatment were also recorded, along with attacks on freedom of expression. These violations are not part of a deliberate State policy at the highest levels, but a lack of acknowledgement by the authorities of these violations, and the insufficiency of corrective actions, constituted obstacles to their being surmounted. Human rights violations due to action or omission by public servants in conduct perpetrated by paramilitaries continued to exist. The situation of poverty, which affects more than half of all Colombians, particularly ethnic groups, women and children, shows high levels of inequity, reflected in lack of access and enjoyment of the rights to education, health services, employment and housing, among others.

The persistence of grave breaches committed by illegal armed groups, particularly the FARC-EP and the paramilitaries of the Unified Self-Defence of Colombia (AUC) was observed. Through their actions, they failed to respect humanitarian norms and attacked the civilian population. The guerrillas, particularly those of the FARC-EP and to a lesser extent the ELN, continued to commit homicides, massacres, acts of terrorism, threats and attacks on the civilian population, hostage-taking, use of antipersonnel mines, recruitment of boys and girls and attacks on the

medical mission. The paramilitaries repeatedly violated their commitment to a cessation of hostilities and persisted in committing homicides, threats and attacks against the civilian population, hostage-taking, torture and humiliating and degrading treatment, forced displacements, recruitment of boys and girls and acts of sexual violence. Breaches of the principle of distinction, among others, stemming from the use of children as informants and in other military activities, were attributed to members of the security forces, particularly the army, along with the use of schools and civilian dwellings, as well as acts of sexual violence.

### **Challenges posed by the demobilization and its legal framework**

Colombia faced challenges in 2005 in the area of the Rule of Law, peace, justice and the fight against impunity. Since late 2003, more than 11,100 persons were recorded as having been collectively demobilized from paramilitary groups. Law 782 of 2002, and its Decree 128, were followed by the "Justice and Peace" Law as the applicable legal framework for demobilization. This law provides legal benefits for demobilized persons to whom the previous law cannot be applied because they are responsible for serious human rights violations or breaches of international humanitarian law. In spite of its references to the rights to truth, justice and reparation for the victims, the norms of the law do not succeed in being compatible with international principles. It was also observed that, due to institutional weaknesses of the justice system and provisions of the new law, regulations permitting benefits that include pardons are being applied to the great majority of demobilized persons. At the same time, the norms do not address the problem relating to the State's responsibility in a number of crimes by paramilitaries due to action or omission by State agents. These observations demonstrate the difficulties involved in terms of avoiding impunity. No mechanisms have been provided to guarantee dismantling of illegal structures. Paramilitarism continues to have a strong influence in various regions of the country, controlling political, economic and social dimensions of society. Non-fulfilment of the cessation of hostilities was recorded, along with recruitment of new members and the setting-up of new groups.

### **Situations of especially vulnerable groups**

A number of especially vulnerable groups were affected by violent actions on the part of illegal armed groups in the context of the internal armed conflict, as well as by violations of their fundamental rights and liberties. Certain policies and the behaviour of certain public servants also affected the situation of these groups. These include human rights defenders, members of women's and victims' organizations, community leaders and displaced persons and trade unionists. Also, communities at risk, such as displaced and blockaded communities along with indigenous people and Afro-Colombians and other ethnic minorities, were particularly affected and were the victims of violations and breaches. Given their special vulnerability, children, women, sexual minorities, journalists, members and leaders of political parties, conscientious objectors, detained persons, hostages and disappeared persons along with local authorities and employees of the justice system are added to the above-mentioned groups. The subject is developed in Annex IV.

### **Public policies and implementation of the recommendations**

The Office in Colombia continued to encourage implementation of the recommendations of the High Commissioner. Certain State institutions made greater efforts to advance in this process, whereas others did not take timely, pertinent and consistent measures. At the end of the year, the picture of implementation was varied and the overall process less expeditious than desired. In the field of prevention and protection, certain positive measures were taken, such as the adoption of protocols to regulate certain processes of the Inter-Institutional Early Warning Committee (CIAT) and an increase in the budget for the protection programmes of the Ministry of the Interior. However, weaknesses continue to exist in the operational field in terms of adoption and follow-up on alerts, as well as due to lateness and inefficiency in evaluating risks. The issuance of a directive on respect for the individual and collective work of human rights defenders has not adequately satisfied the recommendation to sanction non-fulfilment of presidential directives in

this field. No concrete advances were observed regarding review of the intelligence files. Certain measures were adopted aimed at 2 of the 12 indigenous communities at risk of extinction included in the recommendations. Significant efforts were observed to address the requirements of the Constitutional Court with regard to proper attention for displaced persons, although further progress continues to be needed.

The illegal armed groups continued to openly disregard the recommendations of the High Commissioner. The security forces, in their operations, have on occasion ignored humanitarian principles of distinction, limitation and proportionality.

Emphasis is placed on the adoption of certain norms, the ratification of international treaties and progress in drawing up a Plan for Education in Human Rights. Regarding the National Action Plan on Human Rights, progress was less than had been hoped for. The same was observed with respect to recommendations addressed to the Minister of the Interior and Justice and the National Institute of Prisons and Penitentiaries. In the field of impunity, the Attorney-General's Office and the Procurator-General's Office adopted certain actions. The low number of sentences, limited effectiveness of investigations into the responsibility of public servants and the inappropriate assumption of cases by the military criminal justice system continue to be a source of concern. In November, the Office signed a cooperation agreement with the Ministry of Defence to study progress in teaching human rights and international humanitarian law in a comprehensive, systematic and operational manner. There was little progress in sanctioning links between public servants and paramilitaries and effectively dismantling paramilitarism. Generalized poverty and inequity continued to be the main challenges in the field of social and economic policies. There was no progress in drawing up an adequate statistical system on human rights and international humanitarian law.

### **Recommendations**

In accordance with the Statement of the Chairperson of the Commission on Human Rights from April 2005, the High Commissioner underlines the importance of implementing the recommendations that she has addressed to national authorities of the three branches of the State and the control bodies responsible for the protection and promotion of human rights, to sectors of civil society, the international community, and the illegal armed groups. The complete text of the recommendations is included in Annex I.

The High Commissioner encourages the national authorities to pay special attention to six of the recommendations. She continues to formulate, with special emphasis, important demands addressed to the armed illegal groups. The High Commissioner also considers it vital that the country overcome the internal armed conflict by way of dialogue and negotiations that from the outset prioritize the respect for international humanitarian law and human rights.

The High Commissioner is firmly convinced that the situation of human rights and international humanitarian law would show tangible improvement if the recommendations are applied in a consistent and comprehensive manner. Certain advances achieved during 2005 should encourage further efforts during 2006 and beyond. The High Commissioner recommends that the present mandate of her Office in Colombia be extended well in advance of October 2006.

**UN Human Rights Commission's Chairperson Statement  
on the situation of Human Rights in Colombia**

**21 April 2005**

**Extracts :**

1. The Commission on Human Rights strongly supports the activities of the Office in Colombia of the United Nations High Commissioner for Human Rights, whose mandate was extended in September 2002 at the initiative of the President of the Republic of Colombia for a four year period until October 2006. This Office plays an important role in the work against ongoing violations of human rights and international humanitarian law in Colombia, through monitoring, advice, technical cooperation, and information and promotional activities. The Commission welcomes the proposed visit to Colombia in May 2005 of the High Commissioner, Ms Louise Arbour, at the invitation of the Government of Colombia.

3. The Commission highlights the efforts of the Government and State Institutions to work in the implementation of the recommendations of the High Commissioner and recognises the progress made so far.

5. The Commission express grave concerns at the situation of human rights and international humanitarian law, in particular with regards to vulnerable groups. ....The Commission recognises the efforts of the Government of Colombia to strengthen respect for civil, political, economic, social and cultural rights and takes note of the efforts of State Institutions to investigate violations of human rights. The Commission also notes that, in 2004, illegal armed groups were responsible for a vast majority of the breaches of international humanitarian law and criminal acts.

6. The Commission urges that dialogue and negotiations be pursued between the Government of Colombia and illegal armed groups, aimed at overcoming the situation of violence stemming from the conflict with illegal armed groups and at reaching a lasting peace. The Commission emphasizes the importance of truth, justice and reparation in a comprehensive peace strategy that should lead to reconciliation and lasting peace.

8. The Commission reaffirms its support for the London Declaration of 10 July 2003 and its recommendations, as well as the Cartagena Declaration adopted on 3 February 2005.... The Commission welcomes the efforts of the Colombian Government to engage in a constructive dialogue with civil society, and the recognition of the important role of civil society.

11. The Commission is concerned about continuing cases of problems relating to access to justice, judicial independence and impartiality, judicial guarantees and presumption of innocence. The Commission appeals to the Government of Colombia increasingly to address the issue of impunity and to take action to improve the capacity and effectiveness of the judicial system. In this context the Commission acknowledges the adoption of a new oral procedure that expedites criminal processes. The Commission underlines the important role of the Constitutional Court, in the defence of human rights – civil and political as well as economic, social and cultural rights – democracy and rule of law. The Commission also notes the work of the Office of the Ombudsman and other State institutions in the defence of human rights.

14. The Commission encourages the Government of Colombia to further develop, according to international parameters, its statistical system in order to cover adequately violations of human rights and breaches of international humanitarian law, by making use of the advice of the Office of the High Commissioner.

16. The Commission reiterates the need for all security measures taken under the Democratic Security Policy to comply with the obligations of Colombia under international law and

international humanitarian law. The Commission takes into account that controls for detention procedures and the right of habeas corpus exist in Colombia. However, it also expresses its gravest concerns at reports of extrajudicial executions attributed to members of the security forces or other public servants and at reports of arrests and mass searches carried out without appropriate legal foundations and the practice of individual or massive arrests as well as individual or mass detentions. It also expresses grave concern at reports of widespread use of torture and continuing enforced disappearances. The Commission acknowledges that the Government submits such reports to competent authorities for investigation.

18. The Commission expresses grave concern at reports that members of the security forces were responsible for breaches of international humanitarian law. The Commission expresses serious concern at reports of cases of support, collusion or complicity on the part of state agents with paramilitary groups, and encourages the Government of Colombia to strengthen its policies to sever all links between paramilitary groups and civil servants at regional and national levels in administrations and institutions and takes note of the increasing number of investigations taken by the State. It calls upon the Government of Colombia to increase its efforts to investigate such reports and to prosecute the personnel concerned under civil law and calls on the Government to make full use of the legal powers at its disposal to ensure that measures of suspension are taken when the investigation reveals significant evidence of collusion with the paramilitary forces.

21. The Commission condemns all breaches of international humanitarian law in Colombia and calls on all parties to the conflict to respect international humanitarian law, including humanitarian principles of distinction, limitation, proportionality and immunity of the civilian population.

23. The Commission strongly condemns continuous breaches by the paramilitary groups of the cessation of hostilities, and the fact that all illegal armed groups continue to use violent means and to commit serious and numerous breaches such as attacks on civilian population, indiscriminate attacks, homicides, massacres, hostage-taking, or forced displacements, recruitment of minors and violence against women and girls.

28. The Commission firmly condemns the practice of kidnapping, whether for political or economic reasons. The Commission expresses deep concern at the still high number of kidnapped persons and deplores the consequences that kidnappings have on victims, their families and society as a whole. The Commission urges the immediate unconditional release of all the kidnapped persons. In this context, the Commission emphasises the importance of reaching a humanitarian agreement that can lead to the rapid release of those kidnapped and to ending the practice of kidnapping. The Commission also condemns the fact that illegal armed groups continue to fund their activities through kidnapping, and through involvement in the production and trafficking of illegal drugs.

30. The Commission deplores that human rights defenders, including trade unionists, women's, organisations, social leaders, as well as journalists, opinion makers and local officials including, members of political parties, community leaders, judicial officers and business people continue to be particularly affected by the armed conflict, and to be the victims of homicides and threats by the illegal armed groups. The Commission encourages the Government to ensure that the programmes for the protection of human rights defenders and other vulnerable groups are comprehensive and effective. Reaffirming its particular concerns regarding the climate of hostility existing around the work of human rights defenders, the Commission also encourages the Government to ensure that all public servants at all levels show due respect to the individual and collective work carried out by human rights defenders. The Commission calls upon the Government to ensure that no public statements are made that may endanger their lives, integrity and security.

32. The Commission remains deeply concerned by the still extremely high numbers of Internally Displaced Persons (IDPs), and urges the illegal armed groups to refrain from actions which give rise to displacements. It recognises the downward trend in the number of newly displaced persons, noting however that the total number of newly displaced increased.

33. The Commission deplores the continued violence against indigenous and Afro-Colombian communities. The Commission also expresses grave concern at the situation of the indigenous and Afro-Colombian communities that are being subjected to confinement.

34. The Commission further condemns ongoing violations of the economic, social and cultural rights of persons belonging to minorities and indigenous communities, and urges all actors to respect their special cultural status. It appeals to all illegal armed groups to respect the identity and integrity of these minorities and indigenous communities. Supporting the efforts of the Government of Colombia to promote and protect the rights of persons belonging to minorities and indigenous communities, the Commission calls upon the Government of Colombia to increase its efforts to alleviate extreme poverty in regions with great concentration of minorities and indigenous communities. The Commission encourages the Government to take special and urgent measures to defend indigenous communities at risk of extinction and to prevent their forced displacement.

37. The Commission stresses the need to further address poverty, exclusion, social injustice and the gap in wealth distribution. The Commission supports the efforts of the Government of Colombia to address extreme poverty, illiteracy and unemployment and to guarantee access to health education and housing and encourages the Government to adopt a gender perspective in the formation of policies in these areas. The Commission is encouraged by the reduction of the unemployment rate.

## PERFIL MEDIO AMBIENTAL PARA COLOMBIA

### CSP 2007-2013

Colombia cuenta con 1.141.748 km<sup>2</sup> de territorio continental y 988.000 km<sup>2</sup> de territorio marino. Posee el 10% de biodiversidad mundial y el 56% del territorio continental está cubierto de bosques naturales<sup>39</sup>. Cuenta con una amplia oferta ambiental en recursos forestales, hídricos y multiplicidad de coberturas y usos del territorio en cinco grandes regiones naturales (Choco, amazonía, Orinoquía, Andes y Caribe/zonas insulares).

#### Los retos:

El tema ambiental es uno de los principales ejes transversales para el desarrollo sostenible, y por tanto será incluido en todas las intervenciones que realizará la CE en el país. Adicionalmente, existen retos específicos a nivel sectorial que deberán ser considerados en el desarrollo de la estrategia país 2007-2013. Estos retos son:

**1) Conservación en zonas de bosques tropicales:** La mayoría de los bosques en Colombia, no pertenecen al Nación sino a grupos étnicos. Del área cubierta por bosque natural, cerca del 42% pertenece a comunidades indígenas y afrocolombianas. De hecho, el 72% de los territorios de los resguardos indígenas (22.5 millones de has), y el 65% de las tierras adjudicadas a comunidades afrocolombianas, (2.6 millones de has) coinciden con áreas boscosas. El bosque natural, además de satisfacer las necesidades básicas de estas comunidades, provee cerca del 60% de la materia prima de la industria forestal nacional, equivalente a 1.558.438 m<sup>3</sup>/ha/año.

Durante los últimos 8 años la tasa de deforestación promedio ha alcanzado cerca de 220.000 has/año<sup>40</sup>, para un total de 1.7 millones de hectáreas destruidas. La explotación ilegal de maderas, la ampliación de la frontera agrícola y la producción de cultivos de uso ilícito son algunas de las causas. Sin embargo, la extrema pobreza subyace como la causa fundamental en la degradación de los ecosistemas.

El potencial de la biodiversidad para generar desarrollo y erradicar la pobreza, solo será visible si la población local se beneficia de la conservación y uso sostenible de los servicios y bienes generados a partir de los recursos biológicos. Las líneas “Medio Ambiente y Bosques Tropicales (21 02 05) y Co-financiación a ONG’s (21 02 13), así como el programa INCO DEV, deberán estar especialmente focalizadas en este sector.

**2) Gestión sostenible de Agro ecosistemas:** La zona andina de Colombia abarca cerca del 25% de la extensión del territorio continental y concentra el 70% de los habitantes del país (25 millones de personas). La presión producida sobre los ecosistemas y los servicios ambientales ha generado que el 70% de esta zona este transformada y cerca del 45% de su área presenta grados de erosión elevados<sup>41</sup>. La zona Caribe por su parte, aunque alberga menos población, es la más intervenida, alcanzando un 90% de superficie transformada y un 72% de su área presenta altos grados de erosión<sup>42</sup>. Estas regiones contienen una gran diversidad genética asociada a los cultivos de comunidades tradicionales y a sistemas de producción complejos.

---

39 61% en Bosques basales (amazonia, Chocó biogeográfico, magdalena medio etc.), 14% en Bosques andinos y páramos, 15% en relictos fragmentados de los dos anteriores, 5% en bosques de galería y 4% en bosques hidrofíticos tipo manglar y de pantano.

40 Zonificación de los conflictos de uso de las tierras en Colombia. IGAC 2002.

41. Citados en: *Estado de los Recursos Naturales y del Medio Ambiente*. Contraloría de la República. Bogotá, 2001.

42. Esta situación se explica, en parte, por el crecimiento de actividades ganaderas no sostenibles y el incremento de coberturas en pastos sin manejos adecuados, que han reemplazado casi por completo la vegetación natural.

La inequitativa distribución de la tierra<sup>43</sup> en zonas rurales y la utilización de técnicas inadecuadas de producción son los factores más importantes de abuso sobre los agroecosistemas locales. Estos factores, además de destruir la biodiversidad, contribuyen a la pobreza rural y amenazan la base misma del desarrollo en el país. El inadecuado manejo de los suelos especialmente en zonas de ladera, es la principal causa de fenómenos naturales como inundaciones y deslizamientos configurándose una espiral perversa entre pobreza-deterioro ambiental-desastres-pobreza. Aproximadamente el 35% del total del territorio colombiano se encuentra afectado por erosión de origen antrópico (60% del cual corresponde a la zona andina); más de 4 millones de personas fueron afectadas por desastres naturales; 82% por inundaciones, avalanchas o deslizamientos.

La generación de alternativas de producción y conservación de los recursos naturales SUELO Y AGUA en zonas de ladera, es fundamental y deberá ser ampliamente difundida a nivel de las iniciativas de Paz y Desarrollo Local, así como en los programas y proyectos de Desarrollo Alternativo financiados por la CE. Por otra parte el programa DIPECHO y los proyectos CAN sobre riesgos naturales, proveerán insumos muy importantes para apoyar la búsqueda de soluciones a estos problemas.

**3) En relación con el tema ambiental urbano**, Colombia ha vivido en los últimos cincuenta años un acelerado proceso de urbanización en el marco del cual la población se ha multiplicado por cuatro, pasando de 11.548.172 habitantes en 1951 a 45.294.953 habitantes en 2004, según datos y proyecciones del DANE.

Este tipo de “desarrollo” urbano genera problemas ambientales al interior de las ciudades tales como: congestión vehicular e ineficiencia del transporte masivo; contaminación atmosférica; contaminación por ruido; inadecuada e insuficiente recolección y disposición de residuos sólidos; precariedad del espacio público y de espacios para la recreación, etc.. Sin embargo la situación más crítica a nivel urbano se presenta a nivel de abastecimiento de agua potable y saneamiento básico en los asentamientos subnormales creados por los desplazamientos forzados.

Generar condiciones de vida más digna y acceso a los servicios básicos en los cordones marginales de las ciudades, constituye uno de los retos más complicados de resolver. La línea Desarraigados (19 09 03) puede proveer recursos e insumos técnicos importantes para hacer frente a esta problemática.

En cuanto al recurso *agua*, existe en general una abundante oferta hídrica<sup>44</sup>; sin embargo, como consecuencia de la desigual distribución del recurso, se prevé que 14 millones de habitantes pueden sufrir desabastecimiento en épocas secas, situación que alcanzaría una población de 29 millones para el año 2025<sup>45</sup>.

Actualmente el sector agropecuario es el mayor demandante de agua, con el 56% del total nacional. Por su parte, el sector doméstico demanda el 17% y el sector industrial cerca del 12%, siendo los siete centros industriales (Cali, Bogotá, Medellín, Manizales, Barranquilla, Cartagena y Bucaramanga) los de mayor consumo con el 84%. Solo el 8% de los vertimientos de aguas

---

43. Con respecto al problema agrario, se parte de una inequitativa concentración de la propiedad de la tierra, pues el 1.1% de los propietarios posee mas del 55% del territorio cultivable. Además de este alto grado de concentración, hay un uso inadecuado de la tierra pues la superficie empleada en la agricultura es sustancialmente menor a la potencialmente agrícola. A pesar de haberse duplicado la superficie intervenida entre 1960 y 1995, pasando de 19,6 millones de hectáreas a 39,9 millones de hectáreas, la superficie destinada a la agricultura disminuyó en cerca de 600.000 hectáreas pues las tierras más fértiles están dedicadas a la ganadería.

44 La precipitación promedio anual del país es de 3000 mm (promedio mundial alrededor de 900 mm), que genera un caudal específico de escorrentía superficial de 58 l/s/km<sup>2</sup> (3 veces mayor que el promedio suramericano y 6 veces mayor que la oferta hídrica específica mundial).

45 Perfil del Estado de los Recursos Naturales y del Medio Ambiente en Colombia. IDEAM, 2004.

domésticas son tratados<sup>46</sup> y los centros industriales generan el 62% del total de DBO, generando una seria contradicción entre “crecimiento económico” y preservación ambiental.

La inclusión de la “Iniciativa europea por el agua”, componente América Latina puede dar un apoyo fundamental en el desarrollo de alternativas de manejo integrado del recurso hídrico que den respuesta a las situaciones anteriormente descritas.

**4) Fortalecimiento de las instituciones y de las organizaciones sociales:** Colombia ha logrado construir un consistente Sistema Nacional Ambiental -SINA- con el transcurso de los años. Sin embargo, en el último trienio se ha presentado una grave crisis institucional. Actualmente, el otrora Ministerio de Medio Ambiente, ha queda reducido de hecho a al nivel de Vice-ministerio. Como consecuencia de la aguda crisis fiscal que afecta todas las actividades del gobierno central y además como producto de la escalada del conflicto armado, el interés y consecuentemente los recursos gubernamentales disponibles para el sector son cada vez menores. De hecho, las proyecciones actuales indican que el gasto del gobierno en materia de medio ambiente seguirá reduciéndose en el futuro.

Por otra parte existen un gran número de organizaciones no gubernamentales y de base, que se han constituido en el marco de referencia y soporte real del SINA. Apoyarlas es sin lugar a dudas una gran oportunidad para generar un activismo ambiental consistente con las necesidades de desarrollo del país.

---

46 Estudio Plan Decenal de Aguas Residuales. Ministerio del Medio Ambiente, 2002.

**COLOMBIA “MIGRATION” PROFILE****CSP 2007-2013**

According to the national authorities, the Colombian Diasporas is estimated at 5 million people. Their remittances to Colombia are valued at US\$ 4 million annually, converting it into the second source of hard currency in the country. However, migration is a phenomenon which only recently became a topic of the Colombian national agenda. Therefore there are no real analysis, statistics and knowledge concerning the causes and consequences of the migration phenomenon in Colombia, nor are there policies or instruments to measure the magnitude and impact of migration for the country and its citizens.

Until now, migration was seen only from a positive angle, as it reduces unemployment statistics, procures safe havens for Colombians whose life was being threatened, and represented access to better opportunities out of poverty. Unfortunately, many other aspects had not been taken into account and recent studies prove that migration is also a factor for significant loss of human capital and qualified citizens, disintegration of the traditional family structure, and in many cases it creates dependence on remittances and goods sent from abroad, weakening and affecting many Colombian families and ultimately, the society.

After Brazil and Mexico, Colombia ranks third in the list of countries to receive remittances in Latin America. Although remittances have positive impacts on the internal economy, foment internal consumption, and contribute to economic and business growth, its important volume could be better employed if they were channelled to generate savings or investment in social capital, education, business ventures and other co-development projects, instead of being used to purchase consumer goods or attend immediate necessities.

In this sense, the Colombian migrants living abroad could play a more prominent role in the development of the country, by strengthening Colombian communities both in Colombia and abroad.

The campaign "Colombia Nos Une", launched by the Colombian government in 2003, could foster approaches between different state sectors, social organizations, migrants and migrants' families, unifying efforts and creating networks with an integral perspective of the issue of migration to attend the needs of the migrant population abroad, but also providing adequate information to Colombian citizens considering migrating, allowing access to migration opportunities and avoiding its risks, and contributing to the development of Colombia and its people.

Bogota, 2 June 2006

## **ANNEXE 10**

Asistencia Oficial al Desarrollo - AOD - en Colombia DESEMBOLSOS 1998 - 2006

(en US\$)

	1.998	1.999	2.000	2.001	2.002	2.003	2.004	2.005	2.006
<b>BILATERAL</b>									
Alemania	14.229.612	13.960.026	15.437.368	8.755.320	21.342.910	20.992.140	20.000.000		
Austria	734.874	686.432	512.191	582.389		607.352	2.080.000		
Bélgica		1.300.000	1.300.000	4.282.500	1.998.181	2.135.397	2.138.500		
Canadá	3.634.226	2.035.586	2.646.089	1.811.995	2.500.000	3.084.280	5.684.127	3.855.350	
Dinamarca							251.246	164.000	
España	3.000.000	5.000.000	8.900.000	25.000.000	25.500.000	30.000.000	27.569.407		
Estados Unidos	2.733.833	1.389.500	3.851.021	37.111.253	125.508.594	117.900.000	125.000.000	125.000.000	
Finlandia	40.000	230.000	60.000	390.000	530.000				
Francia	2.600.000	1.047.000	5.709.147	1.475.000		8.326.231	9.088.552		
Italia	401.733			1.775.612	1.241.709	1.038.389			
Japón	10.229.612	10.000.000	14.000.000	15.787.519	6.913.553	6.991.907	6.189.172		
Noruega					8.380.000	8.082.475	7.507.952		
Países Bajos	500.000	8.536.818	8.000.000	7.325.097	9.561.800	7.990.968	16.730.909	12.000.000	
Reino Unido		5.500.000	4.000.000	3.086.733	493.571	1.476.851	396.327	243.000	746.100
Suecia		5.250.000	6.820.000	6.746.723	7.502.380	11.469.452	16.850.000	895.833	
Suiza				6.114.533	6.570.000	8.250.000	9.658.080		
<b>Subtotal Bilateral</b>	<b>38.103.891</b>	<b>54.935.362</b>	<b>71.235.816</b>	<b>120.244.674</b>	<b>218.042.698</b>	<b>228.345.442</b>	<b>249.144.272</b>	<b>142.158.183</b>	<b>746.100</b>
<b>MULTILATERAL</b>									
ACNUR					2.620.000	4.300.000	4.638.000	4.255.331	5.000.000
BID	9.195.000	645.600	12.400.000	3.900.000	4.500.000	6.780.000	6.493.071		
BM	1.580.000	1.697.970	1.254.199	605.350	1.200.200	3.014.198	7.046.158		
CAF		919.129	1.136.185	1.011.952	823.188	1.926.858	924.537	1.000.000	
CEPAL						200.000	350.000		
FAO	3.037.000	1.607.812	1.793.991		1.607.100	380.321	285.128		
OACNUDH					580.335				
OEI			607.000		0	2.435.289	454.482		
OIM					9.320.000	11.042.000	17.704.202		
OIT				1.260.504	0	500.000			
ONUDI						95.000			
ONUSIDA						105.000			
OPS/OMS						10.000	874.000	2.730.000	2.890.000
PMA	700.000	2.380.752	2.400.000	1.857.164	877.691	690.200	1.166.200	285.600	
PNUD		2.380.752	2.400.000	1.857.164	877.691	1.005.007	859.876		
SECAB		86.980			1.434.297	1.054.279			
UNODC	795.260	4.440.000	4.500.000		1.609.150	1.968.750	2.069.943		
UNESCO				265.000	337.700	134.415			
UNFPA	600.000	400.000	574.014	700.000	1.017.000	409.950	549.000	549.000	549.000
UNICEF	4.426.662			2.835.346	4.445.000	4.548.852	2.188.105	1.500.000	1.500.000
Unión Europea	27.994.440	10.768.939	10.751.172	16.951.104	18.081.727	36.303.846	46.800.000	65.899.030	68.160.011
<b>Subtotal Multilateral</b>	<b>48.328.362</b>	<b>24.737.678</b>	<b>37.126.561</b>	<b>30.121.124</b>	<b>36.753.213</b>	<b>65.731.807</b>	<b>78.193.751</b>	<b>88.278.837</b>	<b>80.599.011</b>
<b>TOTAL</b>	<b>86.432.253</b>	<b>79.673.040</b>	<b>108.362.377</b>	<b>150.365.798</b>	<b>254.795.911</b>	<b>294.077.250</b>	<b>327.338.023</b>	<b>230.437.020</b>	<b>81.345.111</b>

Datos correspondientes a la cooperación internacional al desarrollo no reembolsable. [Programable por Gobierno y No programable]

FUENTE: ACCI, a partir de los informes de actividades de cada año y los reportes de las fuentes cooperantes.

En multilaterales el primer dato corresponde a recursos del Organismo. La segunda cifra a recursos reportados por los países y son ejecutados por el organismo.

14/06/2005

**Cuadro Estadísticas Proyectos Cooperación Internacional**

<b>ÁREA</b>	<b>% Aporte internacional por área</b>	<b>N° de Proyectos por área</b>	<b>Aporte Internacional por área U\$.</b>	<b>FUENTE</b>	<b>% Aporte Internacional por fuente</b>	<b>N° Proyectos por fuente</b>	<b>Aporte Internacional por fuente U\$.</b>
<b>Desarrollo Empresarial</b>	10,23%	125	\$ 97.285.962,37	Alemania	0,24%	1	\$ 2.263.000,00
				Belgica	0,14%	2	\$ 1.344.864,30
				BID	1,88%	23	\$ 17.894.918,00
				CAF	0,09%	5	\$ 809.600,00
				Canadá	0,01%	7	\$ 50.667,00
				Comisión de la U.E.	0,13%	1	\$ 1.235.000,00
				España	5,56%	2	\$ 52.870.348,70
				ONUDI	0,05%	1	\$ 500.000,00
				PNUD	0,09%	3	\$ 900.000,00
USAID	2,04%	80	\$ 19.417.564,37				
<b>Agropecuario</b>	1,49%	64	\$ 14.215.215,36	Bélgica	0,05%	1	\$ 449.845,50
				BID	0,07%	1	\$ 640.000,00
				Banco Mundial	0,05%	1	\$ 450.000,00
				Canadá	0,01%	5	\$ 50.167,00
				Comisión de la U.E.	0,32%	2	\$ 3.083.476,70
				FAO	0,20%	6	\$ 1.907.000,00

				JICA	0,06%	2	\$ 574.293,00
				PNUD	0,05%	3	\$ 439.613,00
				Reino Unido	0,09%	4	\$ 843.716,00
				Suecia	0,00%	1	\$ 42.380,00
				Suiza	0,00%	1	\$ 28.980,00
				USAID	0,60%	37	\$ 5.705.744,16
<b>Ciencia y Tecnología</b>	0,75%	13	\$ 7.143.948,00	Bélgica	0,08%	2	\$ 791.700,00
				CAF	0,01%	1	\$ 55.000,00
				Canadá	0,08%	1	\$ 787.401,00
				FAO	0,03%	1	\$ 300.000,00
				JICA	0,06%	4	\$ 583.527,00
				PNUD	0,01%	1	\$ 50.000,00
				Reino Unido	0,01%	1	\$ 112.320,00
				Suecia	0,27%	1	\$ 2.574.000,00
				Suiza	0,20%	1	\$ 1.890.000,00
<b>Derechos Humanos</b>	10,66%	92	\$ 101.419.854,70	Bélgica	0,02%	1	\$ 214.500,00
				Banco Mundial	0,09%	1	\$ 809.658,00
				Canadá	0,01%	1	\$ 62.170,86
				Comisión de la U.E.	2,51%	14	\$ 23.895.740,70
				España	0,02%	2	\$ 234.296,40
				Japón	0,12%	1	\$ 1.100.550,00
				Países Bajos	0,52%	5	\$ 4.970.279,60

				PMA	4,19%	1	\$ 39.818.311,00
				PNUD	0,04%	2	\$ 342.632,00
				Reino Unido	0,07%	11	\$ 648.553,13
				SECAB	0,03%	1	\$ 281.130,00
				Suecia	1,58%	16	\$ 15.006.900,00
				Suiza	0,65%	11	\$ 6.140.249,00
				UNICEF	0,01%	3	\$ 70.818,00
				UNODC	0,07%	1	\$ 641.424,00
				USAID	0,76%	21	\$ 7.182.642,04
<b>Desarrollo Alternativo</b>	7,17%	80	\$ 68.238.291,00	Canadá	0,41%	1	\$ 3.937.007,00
				UNODC	0,73%	2	\$ 6.950.000,00
				USAID	6,03%	77	\$ 57.351.284,00
<b>Desarrollo Social</b>	17,07%	362	\$ 162.322.123,10	Alemania	1,16%	1	\$ 11.050.000,00
				Austria	0,19%	5	\$ 1.814.751,90
				Bélgica	0,46%	12	\$ 4.384.649,60
				BID	1,27%	5	\$ 12.105.654,00
				Banco Mundial	0,13%	2	\$ 1.200.000,00
				Canadá	0,69%	22	\$ 6.546.904,99
				Comisión de la U.E.	2,09%	11	\$ 19.907.010,50
				España	4,42%	22	\$ 42.081.625,38
				Italia	0,51%	4	\$ 4.849.616,20

				Japón	0,01%	1	\$ 69.529,00
				JICA	0,27%	5	\$ 2.521.647,00
				OIT	0,21%	1	\$ 2.000.000,00
				OPS/OMS	0,14%	6	\$ 1.326.601,00
				Países Bajos	0,38%	6	\$ 3.589.972,90
				PNUD	0,17%	13	\$ 1.631.425,00
				Reino Unido	0,04%	6	\$ 413.273,50
				Suecia	1,12%	21	\$ 10.619.960,00
				Suiza	0,22%	10	\$ 2.094.379,00
				UNESCO	0,00%	1	\$ 26.000,00
				UNFPA	0,13%	6	\$ 1.232.269,00
				UNICEF	0,03%	9	\$ 299.612,00
				USAID	3,42%	193	\$ 32.557.242,09
<b>Desarrollo Urbano</b>	9,16%	11	\$ 87.128.475,27	Alemania	0,75%	1	\$ 7.157.662,00
				BID	0,13%	3	\$ 1.241.000,00
				España	8,25%	3	\$ 78.487.627,40
				PNUD	0,01%	1	\$ 60.000,00
				UNFPA	0,01%	1	\$ 116.000,00
				USAID	0,01%	2	\$ 66.185,87
<b>Estupefacientes</b>	1,49%	5	\$ 14.167.400,00	BID	0,01%	1	\$ 112.500,00

				Comisión de la U.E.	1,09%	1	\$ 10.400.000,00
				Suecia	0,06%	1	\$ 574.600,00
				UNODC	0,32%	2	\$ 3.080.300,00
<b>Infraestructura</b>	11,19%	167	\$ 106.432.662,20	Canadá	0,01%	14	\$ 133.652,93
				España	10,12%	3	\$ 96.282.336,80
				Japón	0,39%	50	\$ 3.726.441,00
				Suiza	0,06%	2	\$ 541.800,00
				UNESCO	0,01%	2	\$ 50.000,00
				USAID	0,60%	96	\$ 5.698.431,47
<b>Justicia</b>	6,36%	18	\$ 60.445.837,48	Belgica	0,05%	1	\$ 489.268,00
				BID	0,04%	1	\$ 350.400,00
				Canadá	0,10%	1	\$ 944.881,88
				Comisión de la U.E.	0,15%	1	\$ 1.430.000,00
				Noruega	0,01%	1	\$ 51.217,00
				Países Bajos	0,12%	3	\$ 1.133.173,60
				Reino Unido	0,00%	1	\$ 29.402,00
				Suecia	0,01%	3	\$ 130.619,00
				USAID	5,88%	6	\$ 55.886.876,00

<b>Medio Ambiente</b>	8,26%	41	\$ 78.520.279,43	Alemania	1,47%	4	\$ 13.970.064,00
-----------------------	-------	----	------------------	----------	-------	---	------------------

				BID	0,23%	2	\$ 2.173.000,00
				Banco Mundial	1,04%	4	\$ 9.908.200,00
				CAF	0,01%	1	\$ 62.000,00
				Canadá	0,40%	1	\$ 3.779.527,00
				Comisión de la U.E.	0,60%	3	\$ 5.740.671,30
				España	0,17%	3	\$ 1.578.877,60
				FAO	0,01%	1	\$ 90.000,00
				Francia	0,18%	1	\$ 1.700.000,00
				Italia	0,12%	2	\$ 1.100.586,50
				JICA	0,01%	1	\$ 92.425,00
				Países Bajos	3,44%	9	\$ 32.765.131,20
				PNUD	0,03%	2	\$ 255.000,00
				Suecia	0,02%	1	\$ 169.780,00
				Suiza	0,53%	5	\$ 5.082.953,00
				USAID	0,01%	1	\$ 52.063,83
<b>Modernización del Estado</b>	4,48%	86	\$ 42.636.959,15	BID	0,45%	7	\$ 4.295.157,00
				Banco Mundial	0,16%	3	\$ 1.476.000,00
				CAF	0,07%	6	\$ 707.628,00
				Comisión de la U.E.	0,73%	2	\$ 6.901.711,00
				España	0,07%	7	\$ 641.082,70

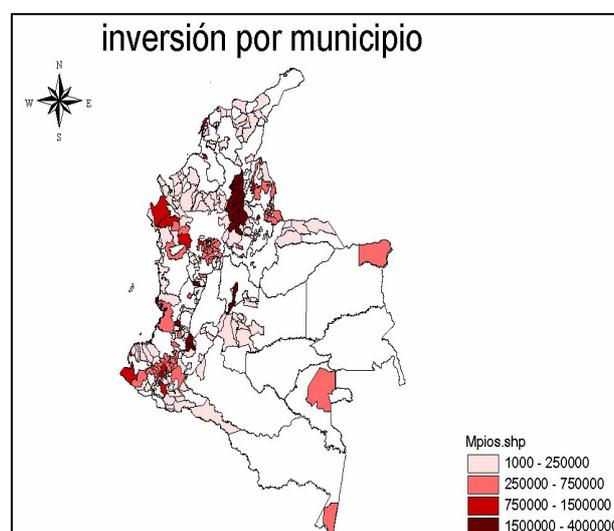
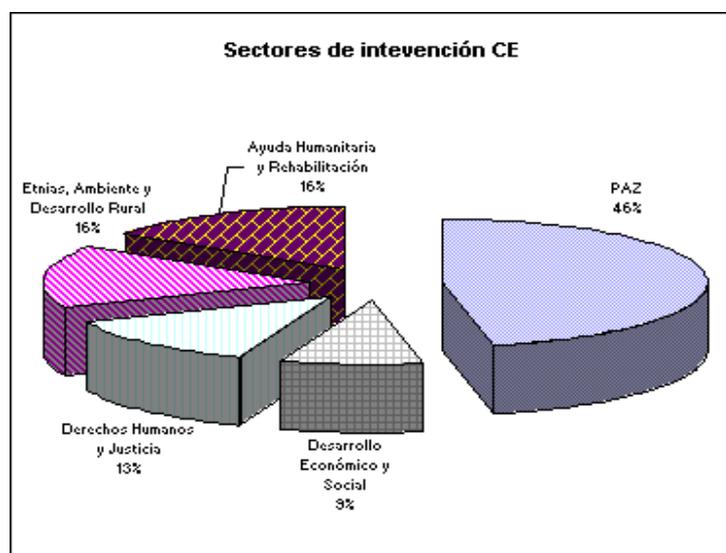
				Italia	0,01%	1	\$ 130.000,00
				JICA	0,17%	3	\$ 1.589.792,00
				Países Bajos	0,01%	1	\$ 70.000,00
				PNUD	0,68%	22	\$ 6.476.317,00
				Suecia	0,65%	7	\$ 6.168.110,00
				UNFPA	0,10%	2	\$ 986.746,00
				UNODC	0,05%	1	\$ 505.273,00
				USAID	1,33%	24	\$ 12.689.142,45
<b>Paz y Desarrollo Regional</b>	11,46%	52	\$ 108.986.467,30	Alemania	1,07%	1	\$ 10.185.500,00
				BID	0,01%	1	\$ 120.000,00
				Banco Mundial	0,11%	1	\$ 1.020.000,00
				Canadá	0,35%	2	\$ 3.307.086,50
				Comisión de la U.E.	7,14%	6	\$ 67.869.787,70
				España	0,91%	2	\$ 8.639.972,90
				PNUD	0,13%	7	\$ 1.209.487,00
				Reino Unido	0,00%	1	\$ 4.900,00
				Suecia	1,43%	8	\$ 13.586.430,00
				Suiza	0,07%	2	\$ 712.164,00
				UNICEF	0,00%	3	\$ 35.250,00
				USAID	0,24%	18	\$ 2.295.889,23

<b>Prevención de Desastres</b>	0,23%	4	\$ 2.151.631,00	Banco Mundial	0,11%	1	\$ 1.060.000,00
				OPS/OMS	0,06%	1	\$ 538.282,00
				PNUD	0,01%	1	\$ 91.200,00
				JICA	0,05%	1	\$ 462.149,00
<b>TOTAL</b>	<b>100,00%</b>	<b>1120</b>	<b>\$ 951.095.106,36</b>		<b>100,00%</b>	<b>1120</b>	<b>\$ 951.095.106,38</b>

## ANNEXE 11

### EUROPEAN COMMISSION COOPERATION IN COLOMBIA 2001 - 2006

BUDGET LINE	2001 Commitment	2002 Commit.	2003 Commit.	2004 commit.	2005 plan commit.	2006 plan commit.	commitments 2001 - 2006
fin. and tech coop	34.800.000		33.000.000	13.000.000	0	24.200.000	105.000.000
economic cooperation	0	110.080	0	0	0	0	110.080
uprooted	0	1.520.000	10.550.000	11.000.000	20.000.000	20.000.000	63.070.000
humanitarian aid ECHO	10.000.000	7.945.216	8.200.000	8.000.000	12.000.000	12.000.000	58.145.216
ngo	2.431.702	1.494.148	3.500.000	0	2.000.000	2.000.000	11.425.850
envi-forest-drugs-AIDS	4.075.976	939.716	2.115.120	0	2.000.000	2.000.000	11.130.812
Democracy - DHR	7.091.564	2.687.041	2.778.945	1.500.000	2.500.000	2.500.000	19.057.550
migration	0	0	560.000	0	500.000	500.000	1.560.000
antipersonal mines	0	0	500.000	0	0	0	500.000
<b>total per year</b>	<b>58.399.242</b>	<b>14.696.201</b>	<b>61.204.065</b>	<b>33.500.000</b>	<b>39.000.000</b>	<b>63.200.000</b>	<b>269.999.508</b>



**Activities in favor of uprooted people financed in Colombia with the « Aid to uprooted people in Asia and Latin America » Regulation (2130/2001), expired in December 2006.**

**1. Background to the Regulation**

The EC has supported uprooted people in Asia and Latin America since 1984, though it was only in 1997 that the Council adopted a regulation to provide a legal basis for the use of the funds<sup>47</sup>. The regulation expired at the end of 1999, was extended until December 2000 and finally replaced by Regulation (EC) No. 2130/2001 of the European Parliament and of the Council of 29 October 2001, on operations to aid uprooted people (AUP) in Asian and Latin American developing countries<sup>48</sup> which was extended until 31 December 2006<sup>49</sup>.

Operations financed under this regulation were intended to assist uprooted people<sup>50</sup> and demobilised former soldiers return to and settle in their country or region of origin or other country, reintegrate them into the socio-economic fabric of the relevant country, and provide support to local communities and resettlement areas that are hosts to such integration.

**2. Financial Allocations in millions Euros**

	<b>1997</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>	
Asia	38	38	37.95	
Latin America (Salvador, Honduras, Nicaragua, Guatemala)	21.35	21.35	21.24	
	<b>2001</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>
Asia	13.9	12.1	23	25
Afghanistan	25.4	24	24	24
Latin America (Colombia)	-	4.3	10	11
	<b>2005</b>	<b>2006</b>		
Asia	26	27		
Afghanistan	24	25.5		
Latin America (Colombia)	20	21		

<sup>47</sup> Regulation No. 443/97 of 3 March 1997 (Official Journal L 068, 8.3.1997, p. 1)

<sup>48</sup> Official Journal L 287, 31.10.2001, p. 3.

<sup>49</sup> Regulation No. 107/2005 of 12 January 2005 (Official Journal L 23, 26.1.2001, p. 1)

<sup>50</sup> Uprooted People are defined in the Regulation as (i) refugees (as defined by the UN Convention of 28 July 1951 and the UN protocol of 31 January 1967 on the status of refugees); (ii) displaced persons who have been forced to seek refuge outside their region of origin owing to conflict situations but who do not enjoy refugee status; and (iii) former refugees or displaced persons.

### **3. Past Experience: Summary table of actions financed in Colombia (2002-2005)**

<b>Partner</b>	<b>Project</b>	<b>Program Year</b>	<b>Duration (months)</b>	<b>Budget (€)</b>
UNHCR	Support to Displaced Persons	2002	12	1.522.913
<b>Solidaridad Internacional</b>				
Solidaridad Internacional	Reestablishment of displaced population in Southwest	2003	24	2.700.000
CISP	Apoyo al proceso de rehabilitación socio-económica de poblaciones desarraigadas por el conflicto	2003	24	1.911.900
OXFAM	Caminos hacia la inclusión: rehabilitación de población afectada por el conflicto	2003	36	1.974.750
Plan Internacional	Atención integral a niñez en situación de desplazamiento en fase de restablecimiento	2003	36	843.416
HANDICAP	Mejora de la situación de la población desplazada y con discapacidad	2003	36	618.368
FIDES	Acciones integrales para la atención a población desplazada	2003	24	551.566
UNHCR	Support to Displaced Persons	2003	12	1.642.894
<i>Sub- Total 2003</i>				<b>10.242.894</b>

Partner	Project	Program Year	Duration (months)	Budget (€)
Comité Griego de Solidaridad Democrática	Apoyar la organización, la alimentación digna y el rescate de la experiencia productiva rural	2004	24	356.995
Ricerca e Cooperazione	Proyecto de atención a la población desplazada de étnia Wiwa y población vulnerable	2004	24	340.252
Cruz Roja Holandesa	Proceso comunitario participativo de cinco comunidades desarraigadas y receptoras	2004	36	913.494
Alcaldía Mayor de Bogotá	Generación de un modelo de atención a población desplazada	2004	30	1.500.000
MASER	Apoyo a los procesos de rehabilitación socio económica de la población desarraigada por el conflicto	2004	24	1.466.946
Mercy Corps Scotland	Convivencia, Productividad y Equidad Social, Un Modelo de Trabajo para el Apoyo a las Poblaciones Desarraigadas	2004	18	1.498.373
CISV	Programa de mejoramiento de la calidad de vida de 250 familias desmovilizadas y altamente vulnerables	2004	36	478.160
Diakonie Apoyo en Emergencias	ENRAIZAR, comunidades desarraigadas del Caquetá echando raíces	2004	36	1.130.000
Gobernación del Valle	Acciones para la Implementación de un Modelo de Gestión para el Desarrollo Humano y la Convivencia con población retornada y acogida	2004	36	1.228.830
<i>Total Contribution NGO's 2004</i>				8.913.049

<b>Partner</b>	<b>Project</b>	<b>Program Year</b>	<b>Duration (months)</b>	<b>Budget (€)</b>
UNHCR	Support to Displaced Persons	2004	18	1.800.000
<i>Sub- Total 2004</i>				<b>10.713.049</b>
Local and International NGOs Local and regional authorities	Socio-economic integration of displaced population, including returns.	2005	36	10.200.000
Presidential Agency for Social Action and International Cooperation	Monitoring of the IDPs situation	2005	36	6.000.000
UNHCR (FAFA with UN, as multi-donors programme)	Support to legal aspects concerning IDPs	2005	15	1.900.000
UNICEF (FAFA with UN, as co-financing of an action)	Prevent recruitment and help reinsertion of demobilized child soldiers	2005	36	1.900.000
<i>Sub-total 2005</i>				<b>20.000.000</b>
<i>Total 2002-2005</i>				<b>42.478.587</b>

**COLOMBIA'S PARTICIPATION IN HORIZONTAL  
EU-LA PROGRAMMES**

**1. ALBAN - EUROPEAN UNION PROGRAMME OF HIGH LEVEL SCHOLARSHIPS FOR  
LATIN AMERICA**

The **Alban** programme aims at furthering co-operation in the field of Higher Education between the EU and Latin America. The programme promotes increased mobility of Latin Americans into the European area of Higher Education. Such individuals may benefit from the excellence of such institutions, thus enhance their employability and so have better employment prospects once they return to their own countries. The Alban programme covers the period 2002-2010 and is now in its first phase: 2002-2005. The total cost of the Alban programme is **€113.5 m**, with a European Community contribution of **€88.5m**, out of which €75m will be devoted to scholarships. This represents an average of 3,900 scholarships, of 12 months each and €1,500 per month each. (First phase: €37.5m for scholarships).

**Colombia's participation in Alban - European Union Programme of High level Scholarships for Latin America**

The **first Alban call** for candidates was for the academic year **2003/2004**, and 251 scholarships were awarded. On average, they were for a period of two years, the average EC contribution being €26,700 per scholarship, with a total EC contribution of **€ 6.7m**. **Out of 251 selected candidates, 37 (14.7%)** were Colombian and their main areas of study were Engineering and Technology and Natural Sciences.

At the **second Alban call (2004/2005)**, 779 scholarships were awarded, again for an average of two years, with an average EC contribution of €25,600 per scholarship amounting to a total of **€ 20.22m**. Of the **779 selected, 113 are Colombian**, who study mainly Natural Sciences, Social Sciences and Engineering and Technology. This represented **14.5%**, roughly the same percentage as the previous call.

<b>Eligible candidates &amp; Scholarships awarded to Colombian nationals by type of course<sup>51</sup></b>					
<b>Year</b>		<b>M</b>	<b>D</b>	<b>E</b>	<b>Total</b>
<b>2003</b>	<b>Eligible</b>	251	283	16	550
	<b>Awarded</b>	15	22	0	37
<b>2004</b>	<b>Eligible</b>	164	206	11	381
	<b>Awarded</b>	46	66	1	113
<b>TOTAL Awarded Colombia</b>		61	88	1	<b>150</b>
<b>TOTAL Awarded LA 03+04</b>		<b>421</b>	<b>564</b>	<b>45</b>	<b>1030</b>

The percentage of scholarships awarded to Colombian nationals together in the 2003 and 2004 calls represents **14.56 %** of the total number of scholarships awarded to all of the LA countries.

### **Main Alban Events in Colombia in 2005**

At the moment the programme does not foresee any events in Colombia for this year. However, there was an **Alban Ex Alumni Meeting** in Valencia, Spain, on **13 May 2005** to which all of the Ex Alumni from Colombia were invited.

## **2. ALFA - LATIN AMERICA ACADEMIC TRAINING**

The ALFA programme began in **1994** and sought to reinforce co-operation in the field of Higher Education. The programme co-finances projects aimed at improving the capacity of individuals and institutions (universities and other relevant organisations). The first phase, ALFA I, with an EC contribution of **€ 31m**, ran until 1999 and the second phase (**2000-2005**), ALFA II, for which the EC contribution is **€52m**, has a total of 10 selection rounds (2000-2004). The total European Community financial contribution to the ALFA II approved projects in the context of the first 9 selection rounds amounts to **€48.5m**. The average European contribution per project is **€233,500**.

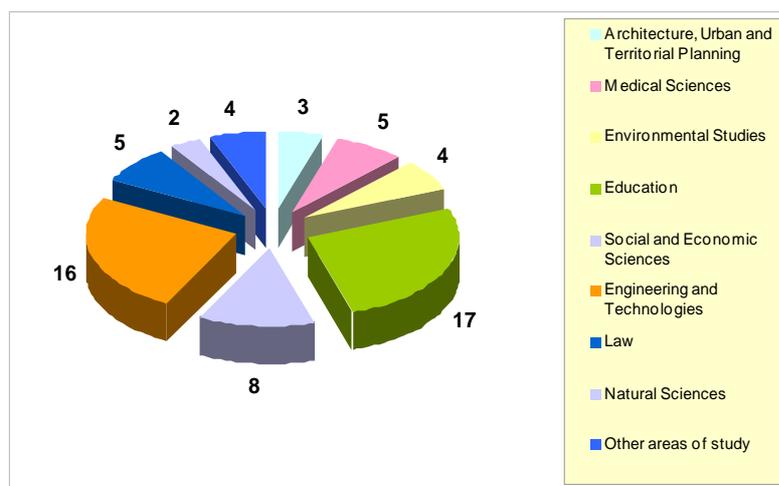
### **Colombia's participation in ALFA II - Latin America Academic Training**

**28** eligible Higher Education Institutions (HEIs) from Colombia participate in **64** of the **208** approved projects of ALFA II in the context of the first 9 selection rounds (involvement in **over 30% of the projects**). In total, HEIs from **Colombia** co-ordinate **9** of the 64 above-mentioned approved projects with **7** joint co-ordinations: Belgium-

---

<sup>51</sup> **M** stands for Master Degree, **D** for PhD studies and **E** for Specialization of Professionals.

Colombia, France-Colombia, Germany-Colombia, the Netherlands-Colombia (twice) and Spain-Colombia (twice). The main fields of study of the **64** projects in which Colombian HEIs are involved can be seen in the following pie-chart:



The EC financial contribution to the activities carried out by the **64** projects in which Colombia participates is **€17.4m**, which represents on average **72.8 %** of the total cost of each project. The average EC contribution per project is approximately **€267,750**.

### Main ALFA Events in Colombia in 2005

- **18 – 22 Apr, Bogotá:** Final Workshop of the ALFA Project ‘Red de Universidades Eurolatinoamericanas en estudios asociativos y cooperativos’, (ref: II-0247-A)
- **27 – 30 Jun, Bogotá:** Open Seminar, presentation of the results of the ALFA Project RUEDA, ‘Evaluación de los Programas de Educación a Distancia’ (ref: II-0153-A).

### 3. AL-INVEST ENHANCING COMMERCE BETWEEN SMES

The AL-INVEST programme involves the promotion of international long-term co-operation between SMEs in both the EU and Latin America. It is made up of two networks of organisations called Coopecos in Europe and Eurocentros in Latin America. These networks constitute the foundation of the programme and implement its activities. The EC launched the programme in **1993** (EC contribution **€11m**) and it is now in **Phase III** for 2004-2007 (**€46m**). In addition to the traditional tool of sectorial meetings to stimulate direct contact between the SMEs, in this latest phase, new capacity and institution building activities have also been incorporated, such as the Business Development facility, LA and EU Business Weeks and so on. In total, the participants from Latin America now number **55 Eurocentros**.

### **Colombia’s Participation in AL-INVEST - enhancing trade and investment between SMEs**

The **4** current **Eurocentros from Colombia** are:

- Bogotá Chamber of Commerce
- Medellín Chamber of Commerce
- Cartagena Chamber of Commerce
- Manizales Chamber of Commerce

Of the 250 cases where the principal operator of a project has been Latin-American, Colombian Eurocentros have led **9** of them (approx. **3.6 %**). Colombians have also collaborated in **85** of the 464 activities organised by AL-INVEST to date, involving **505 companies**, and a participation rate of **20.21%**. The value of the contracts signed between European and Colombian enterprises amounts to **€1,627,800** and covers a wide range of sectors from coffee, fruits, flowers and plants, agro-industry, machinery and mechanical equipment.

### **Main AL-INVEST Events in Colombia in 2005**

(The main operator of each of the following events is Colombian;)

- **20 – 25 Apr, Bogotá:** Latin American Week Book Week.
- **11 – 16 Jul, Medellín:** Capacity Building for SMEs Internationalisation of the Food Sector.
- **14 – 16 Jul, Bogotá:** Business Meeting BIO Colombia.
- **25 Jul – 6 Aug, Bogotá:** Capacity Building for SMEs Recycling of Solid Waste in the Leather Sector.
- **17 – 19 Aug, Medellín:** Business Meeting Andean Clusters of Tailors.

**This event also takes place in Colombia, however the main operator is a European Coopeco.**

- **From 15 May:** Institutional Twinning Creation of an information and orientation portal for “EurepGAP Norms” in Bolivia, Colombia and Germany.
- **1 Jul – 30 Oct:** Institutional Exchange Programme IFU Europa-Colombia in Colombia, Great Britain, France and Spain.

### **4. @LIS ALLIANCE FOR INFORMATION SOCIETY**

@LIS aims at reducing the digital divide between Europe and Latin America, integrating Latin America into a Global Information Society and creating long-term partnerships between the two regions. The programme was adopted by the EC on 6 December, 2001. It has a total budget of **€77.5m** of which **€63.5m (approx 82%)** is financed by the European Commission. The activities of the programme have been organised around three areas of intervention: dialogues, networks and demonstration projects. Within these 3 areas, 5 horizontal actions (in which all countries are involved and issues are addressed as a region) and 19 demonstration projects (individual participation in four areas – e-Education, e-Inclusion, e-Governance and e-Health) are being developed.

## Colombia's Participation in @LIS Alliance for Information Society

### Horizontal Actions:

Colombia differs from other Latin American partners in the fact that one of its members, Asociación Latinoamericana de Regualdores (**REGULATEL**), actually coordinates **Action 3: the Network of Regulators**. Like other Latin American countries, Colombia also has a partner in the Network of Regulators, called **CRT**, Comisión de Regulación de Telecomunicaciones and one in the Network of Researchers (ALICE), **Universidad de CAUCA**.

### Demonstration Projects:

Colombia is active across all aspects of the @LIS programme, with members in all four sectors of demonstration projects. There are currently Colombian partners participating in **8 of the 19 demonstration projects (42% rate of participation)**. Although none of the project co-ordinators is Colombian, **12 Colombian partners** in total are active, with four partners in the project T@lemed. In total 107 Latin American partners participate in @lis demonstration projects, so over **11% of the members are from Colombia**.

The **8 @LIS demonstration projects** currently on-going in **Colombia and their members** are:

PROJECT TYPE	DEMONSTRATION PROJECT NAME	NAME OF COLOMBIAN MEMBER
<b>e-Education &amp; Cultural Diversity</b>	ELANE	Universidad del Cauca
<b>e-Governance</b>	EMPLENET	CORPLAN – Coporación Metropolitana de Planeación y Desarrollo de Bucaramanga
	Metalogo	Federación Colombiana de Municipios
<b>e-Health</b>	T@lemed	Camara de Ind. Y Com. Colombo-Alemana
		Universidad Santiago de Cali
		Centro Internacional de Vacunas
		Centro de Telemedicina - Universidad Nacional Bogota
	EHAS	Universidad del Cauca
<b>e-Inclusion</b>	JIQ	Jugando de Locales
		MAVI
	LINK ALL	GIT - Universidad del Cauca
	RED SOCIAL	Instituto Nacional para Ciegos

## Main @LIS Events in Colombia in 2005

- **28 Feb – 2 Mar**: Santiago de Calí University: TALEMED Pilot Zero Installation Workshop
- **3 – 4 Mar**: Universidad Nacional de Colombia: TALEMED Pilot Zero Installation Workshop
- **18 – 20 May, Cartagena**: TALEMED IX Latin American Conference on the German Economy

## **5. URB-AL - URBAN POLICY COORDINATION**

URB-AL is a decentralised co-operation programme directed at local communities of the EU and Latin America as well as other actors involved in the urban sector. It aims to disseminate and apply "Best Practices" in the area of urban policy as well as to facilitate research into contemporary issues. The programme activities are proposed, implemented and managed by the participants themselves. URB-AL currently represents more than **800** different local authorities and 2000 cases of participation (a single local authority can take part in several of its activities). The first phase from 1995-2000 had a budget of **€14m**. URB-AL is presently in its second phase (**2001-2006**) with a budget of **€50m**.

### **Colombia's participation in URB-AL - Urban Policy Coordination**

The URB-AL programme consists of thirteen **thematic networks** co-ordinated by a single local authority. Latin American local authorities coordinate six of the thematic networks, but **Colombia doesn't coordinate any of the networks**. All those local actors who wish to co-operate on a given theme participate in the corresponding network, which provides a focal point of information and a forum for discussion. Joint projects are then designed and implemented within the networks. To date **154 joint projects** have been selected, of which **26** have the involvement of Colombian local authorities. Colombia also has **6 external members** who participate in the joint projects.

Of the 268 different Latin American local authorities who are active in joint projects, **26** are from **Colombia (10%** of the total).

Of the approved joint projects, the following **3 Colombian** local authorities are coordinators:

- Cartagena de Indias
- Manizales
- Medellin

### **Main URB-AL Events in Colombia**

- **6 – 11 June, Bogotá**: Meeting of Project R10-A3-04 *PRACTICAR - Laboratorio de prácticas para el fortalecimiento de las políticas públicas locales de lucha contra la nueva pobreza urbana* (Project coordinator Rome, Italy)

## **EUROSOCIAL – REGIONAL PROGRAMME FOR SOCIAL COHESION**

The general objective of EUROsociAL is to increase levels of social cohesion in Latin American societies. It focuses on the policies of education, health, the administration of justice, fiscal policy and employment. To this end the programme will promote the exchange of experiences concerning these particular policies between public administrations of the EU and Latin America. The programme specifically aims to establish the conditions whereby this exchange can generate social cohesion. EUROsociAL will last for a period of **4 years (2004-2007)**. The European Commission's contribution to the programme is **€30m**. More information can be found by contacting the Programme Coordinator; [Vittorio.Tonutti@cec.eu.int](mailto:Vittorio.Tonutti@cec.eu.int) or on the EUROSOCIAL website: [http://europe.eu.int/comm/europeaid/projects/amlat/eurosocial\\_en.htm](http://europe.eu.int/comm/europeaid/projects/amlat/eurosocial_en.htm)

## **EUROSOLAR**

The objective of EUROSOLAR is to promote the use of renewable energy sources in the poorest countries of Latin America and improve living conditions in combating poverty, particularly that of indigenous groups. It permits those in the poorest rural areas without access to the national grid to access a source of electricity generated by sun and wind. EUROSOLAR provides these communities with a hybrid system of photovoltaic panels and small wind panels in order to generate electricity and other applications for community use. The installation of a maximum of **600** such facilities is planned. The countries participating in the EUROSOLAR programme are Bolivia, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Paraguay and Peru. The programme will be submitted to the EU Member States for approval in the second half of **2005** and will have a duration of **4 years**. The total contribution from the European Commission is **€24m**. For more information about EUROSOLAR, please contact the Programme Coordinator; [Antonio.Crespo@cec.eu.int](mailto:Antonio.Crespo@cec.eu.int)

## **OBREAL - OBSERVATORY OF THE RELATIONS BETWEEN EUROPE AND LATIN AMERICA**

OBREAL is a programme consisting of a network of **23** universities from Latin America and Europe, led by the University of Barcelona, whose aim is to promote reflection on the relationship between the EU and Latin America. It focuses on the common challenges being faced by both regions and how these challenges can be overcome effectively. The activities of OBREAL concern bi-regional association and common interests, keeping in mind the expectations of each region. In addition OBREAL advocates the diffusion of information relating to the relationship between the EU and Latin America and the strategic vision of each region. The European Commission's contribution to the activities of OBREAL is **€1.35 m** and the programme will run for **3 years (2005-2007)**. More information can be found on the OBREAL website: [http://europe.eu.int/comm/europeaid/projects/amlat/oreal\\_en.htm](http://europe.eu.int/comm/europeaid/projects/amlat/oreal_en.htm) or by contacting the Programme Coordinator; [Vittorio.Tonutti@cec.eu.int](mailto:Vittorio.Tonutti@cec.eu.int)

### Processus de rédaction du document de stratégie Colombie

En vue de rédiger le document de stratégie 2007-2011, incluant le programme indicatif national de programmation de l'aide communautaire en Colombie, la Commission européenne a réalisé une étude de pré-programmation en deux phases :

- phase 1 (décembre 04-avril 05) : évaluation de la programmation 2001-2006 et rédaction d'une note conceptuelle (base de la consultation des acteurs concernés par la coopération européenne en Colombie), en vue de la rédaction du document de stratégie ;
- phase 2: démarrage en avril et réalisation, entre mars et mai 2005, de 4 séminaires de consultation de la société civile et des acteurs gouvernementaux sur les notes conceptuelles Colombie, CAN et Amérique Latine. Les consultations se sont faites en deux temps :
  1. d'abord au niveau local, avec 3 rencontres organisées respectivement à Medellín (26 avril), Pasto (28 avril) et Carthagène (2 mai) qui ont rassemblé 226 personnes représentant des ONG, le secteur privé, les universités et autorités locales ;
  2. ensuite au niveau national, le 31 mai, à travers un atelier de 160 personnes issues des institutions publiques et privées d'envergure nationale.

Cet exercice a permis de valider les secteurs stratégiques proposés par la Commission et les thèmes fondamentaux à prendre en compte au moment de la mise en œuvre.

Au moment de la consultation officielle avec le gouvernement colombien de la stratégie de l'UE en Colombie et du programme indicatif national, les acteurs ayant participé aux séminaires de consultation seront informés par la délégation du résultat de celles-ci et des éléments qui auront pu être pris en compte.

\*       \*  
\*